



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 1/2009

BFV-Newsletter 01/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den ersten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter fuer bessere Information und Transparenz bei den Beschaeftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschaeftigten. Er tritt fuer Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenueber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/brancheninfos_bfv.php3).

Inhalt:

1. Tarifrunden fuer Filmschaffende - BFV/ver.di fordert 10% Gagenerhoehung
2. Praktikantenurteil gilt auch fuer Film- und TV-Produktionen
3. Umfrage zur Gagenhoehe durch Berufsvereinigung Filmton
4. Medien-Treffs in mehreren Staedten und zur Berlinale
5. RTL: Tauziehen um Betriebsuebergang
6. FFG-FFA-Streit mit Kinoverband vor der Loesung?
7. Erneut Aenderungen beim Krankengeld
8. Kurzmeldungen
9. Impressum / Abo

1. Tarifrunden fuer Filmschaffende - BFV/ver.di fordert 10% Gagenerhoehung

Fuer die ueber 20.000 Filmschaffenden verhandelt derzeit die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit den Arbeitgebern ueber neue Tarife. Vom BundesFilmVerband in ver.di werden fuer die Filmschaffenden Gagenerhoehungen von 10% und die Begrenzung der Arbeitszeit am Filmset auf zwei Stunden pro Tag gefordert. Zudem sollen weitere Berufsgruppen wie Beleuchter und Taetigkeiten wie Tonschnitt, 2.Regieassistentz, Motiv-Aufnahmeleitung und Requisitenfahrer, die fuer den Film-Produktionsprozess unabdingbar sind, in den Gagenkatalog aufgenommen werden. Eine effektive Begrenzung der Arbeitszeiten in der Filmbranche fordert ver.di, damit gesundheitsgefaehrdende, belastende und der Kreativitaet abtraegliche Drehtage von mehr als zwei Stunden Dauer nicht mehr die Regel darstellen. Dadurch soll auch der Trend der Verdichtung auf immer weniger Drehtage beendet oder gar umgedreht werden.

Die Vertreter der Film- und Fernsehproduzenten haben kein Angebot zu Gegenerhoehung unterbreitet und die Absicht auf eine "Nullrunde" geaussert. Zur Hoehstarbeitszeit wolle man nicht ueber eine Tagesgrenze sondern ueber ein Wochenlimit von 70 Stunden verhandeln. So wurden die ergebnislosen Verhandlungen auf den 23. Maerz in Muenchen vertagt. Zwischenzeitlich soll eine kleinere Arbeitsgruppe der Tarifparteien ueber die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen in die Gagentabelle beraten.

"Die Filmbranche befindet sich dank wirksamer staatlicher Filmfoerderung in einer kleinen Boomphase. Die Filmschaffenden wollen in diesem Jahr endlich mit deutlichen Gagenerhoehungen daran teilhaben. Es gibt einen erheblichen Nachholbedarf", erklarte ver.di-Verhandlungsfuehrer Matthias von Fintel. Allein der Bund foedere Filmproduktionen jaehrlich mit 60 Millionen Euro, dazu komme noch die millionenschwere Foerderung durch die Laender. Dagegen seien die Gagen der Filmschaffenden seit dem Jahr 2000 durchschnittlich nur um ein Prozent und damit weit unter der Inflationsrate angehoben worden.

In den Tarifverhandlungen fuer die Kinobeschaeftigten fordert ver.di Lohnerhoehungen von sechs Prozent. Damit verbindet die Gewerkschaft das Ziel, einen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde zu erreichen. Zudem sollen Verkaeuer von Suesswaren und Getraenken wie alle anderen Kinobeschaeftigten eine zweite Lohnstufe ab zwei Berufsjahren erreichen koennen. In der zweiten Runde der Verhandlungen kurz vor Weihnachten hatte der Hauptverband deutscher Filmtheater (HDF) allerdings nur angeboten, die Loehne in zwei Stufen ueber zwei Jahre anzuheben: ab Januar 2009 um 1,5 Prozent und ab Januar 2010 um ein Prozent. Ueber eine Lohnstufe fuer

Verkäufer gebe es noch Abstimmungsbedarf unter den Arbeitgebern.

Inzwischen ist am 31. Dezember die Friedenspflicht abgelaufen und am 27. Januar findet die dritte Tarifrunde statt. "Angesichts des Arbeitgeberangebots koennen wir Streiks nicht mehr ausschliessen", erklarte ver.di-Verhandlungsfuehrer von Fintel: "Die Arbeitnehmer haben endlich kraeftige Lohnerhoehungen verdient".
http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=496de2fe7015c&akt=brancheninfos_filmfernsehproduktion
<http://presse.verdi.de/pressemitteilungen/showNews?id=95621be8-cc4e-11dd-7e97-0019b9e321cd>

2. Praktikantenurteil gilt auch fuer Film- und TV-Produktionen.

Zwar ist eine Initiative zu einem Gesetz fuer faire Praktika am Gerangel zwischen Arbeits- und Bildungsministerium gescheitert, doch inzwischen gibt es hoffnungsvolle Urteile. So entschied das Arbeitsgericht Kiel, dass ein Jugendlicher der im Altenheim als Praktikant arbeitete, um eine Lehrstelle als Pfleger zu ergattern, nicht mit einem sittenwidrig niedrigen Salaer abgespeist werden darf. Nach Berechnungen der Richter kam der junge Mann bei seiner 17monatigen Arbeit auf einen Stundenlohn von 1,30 Euro. Praktikanten haben Anspruch auf vollen Lohn, wenn sie tatsaechlich als Arbeitskraft eingesetzt werden, entschieden die Kieler Richter und verurteilten das beklagte kommunale Altenheim zur saeftigen Nachzahlung. Zuletzt gelang es einer Hochschulabsolventin aus Bremen, eine Nachzahlung gegen eine sueddeutschen Agentur durchzusetzen, bei der die Innenarchitektin ein halbes Jahr als "Praktikantin" gearbeitet hatte - fuer 2,46 Euro Brutto pro Stunde.

Angesichts des SPD-CDU-Streits auf Ministeriumsebene ist nicht mehr damit zu rechnen, dass es eine Gesetzesregelung mit Minimalschutz fuer die Generation Praktikum vor der Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres geben wird. Allerdings halten Experten aufgrund der bisherigen Urteile den Klageweg fuer Erfolg versprechend - den muss allerdings jeder allein beschreiten. Rechtsschutz fuer betroffene bei Film- und Fernsehproduktion bietet hier die Gewerkschaft ver.di.

http://www.hensche.de/Rechtsanwalt_Arbeitsrecht_Urteile_Verguetung_Praktikanten_LAG-Ba-Wue_5Sa45-07.html

http://www.dgb-jugend.de/studium/meldungen/erfolg_fuer_praktikanten

<http://www.his.de/pdf/22/generationpraktikum.pdf>

http://www.fairwork-verein.de/cms/front_content.php

3. Umfrage zur Gagenhoehe durch Berufsvereinigung Filmton

Die Berufsvereinigung Filmton hat eine Umfrage zur Einkommenssituation bei deutschen Film- und Fernsehproduktionen gestartet. Sie laeuft noch bis zum 1. Februar 2009 und hat zum Ziel, die regionalen Unterschiede in der Bezahlung im Film- und Fernseh-Ton beziffern zu koennen. Auf Grundlage dieser Daten sollen allgemeinguelte Richtwerte und Gagenempfehlungen erarbeitet werden. Die anonyme Beantwortung der 14 Fragen im Internet geht recht zuegig - zum Mitmachen sind alle aufgerufen, die Ton zu Bewegtbild aufnehmen oder bearbeiten, sei es bei Spiel-, Fernseh-, Dokumentarfilm, Fernsehserien, in der Werbung, oder im Nachrichtenbereich. Die Berufsvereinigung Filmton veranstaltet ausserdem regelmaessig Branchentreffen und Weiterbildungsveranstaltungen zu diversen Themen rund um den Filmton. Sie finden Berlin jeden zweiten Dienstag im Monat und in Koeln jeden ersten Dienstag im Monat statt.

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=4964c37447026&akt=brancheninfos_filmfernsehproduktion

<http://www.bvft.de/>

http://ofb.ms-media.de/bvft_gagenumfrage/?ref=home

4. Medien- und Filmtreffs in mehreren Staedten und zur Berlinale

Das neue Jahr beginnt mit einer Reihe von informativen Veranstaltungen fuer Medienschaffenden - veranstaltet durch connexx-av. An mehreren Standorten gibt es regelmaessige Treffs - die naechsten sind in Hamburg (21.01. und 18.02.), in Frankfurt am Main (26.01. und 23.02.) sowie in Berlin (27.01.). Ausserdem bereiten connexx-av und der BundesFilmVerband wieder eine Aktion bei den Internationalen Filmfestspielen Berlin Anfang Februar vor. Am 7. Februar ab 11.00 Uhr laedt der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di zum "FilmFruehstueck" ein. Filmschaffende, die im BFV/ver.di, in Berufsverbaenden organisiert oder noch gar nicht organisiert sind, sind herzlich eingeladen zum Austausch ueber Film, Tratsch und Arbeitsbedingungen sowie zum gemeinsamen Fruehstueck (auf Selbstkosten). Das Café Stresemann befindet sich in der Naehe vom Potsdamer Platz, Stresemannstrasse 90.

Auf der Berlinale treffen sich vom 5. bis zum 15. Februar nicht nur Filmschaffende, Stars und Sternchen bei zahlreichen Vorfuehrungen und Premieren, sondern auch Filmhaendler und der cineastische Nachwuchs bei Dutzenden Veranstaltungen. Erstmals wird der weltberuehmte Berliner Friedrichstadtpalast zum Berlinale-Kino. Ausserdem setzt die Festivalleitung verstaerkt auf Digitaltechnik: 29 von insgesamt 49 Leinwaenden werden mit digitalen Kinosevernen ausgestattet. Verantwortlich dafuer ist die Tuebingen "Bewegte Bilder Medien AG". Parallel dazu gibt es besondere Vorfuehrungen mit 70-mm-Breitbandfilmen (Retrospektive Zelluloid meets Pixel).

<http://www.connexx-av.de/termine.php3>

<http://www.berlinale.de>

5. RTL: Tazziehen um Betriebsuebergang

Nach dem Erfolg der ersten Informationsveranstaltung von connexx-av zu Betriebswechsel und Personalabbau im Zuge des RTL-Umzugs gab es am 19. Januar ein zweites Treffen. Im gut besuchten Restaurant "Stadtwaldgarten" in Koeln gab Arbeitsrechtler Christoph Domernicht Einblick in die rechtlichen Hintergruende und Tipps fuer effektive Handlungsoptionen zum Schutz fuer die Kollegen der RTL Produktion und Technik. Bereits Anfang Dezember hatte das Arbeitsgericht in Koeln einem Antrag des Betriebsrates von RTL Television stattgegeben. In diesem forderte der Betriebsrat die Einrichtung einer Einigungsstelle zur Verhandlung eines neuen Sozialplanes. Hintergrund ist die Umstrukturierung des RTL Konzerns, bei dem knapp 40 Beschaeftigte aus dem Bereich Produktion und Technik ihren Job verlieren sollen. Dieser Bereich wird in die RTL-Schwester CBC (Cologne Broadcasting Center) ausgegliedert. Unverstaendnis fuer die Entscheidung des Senders, keinen hoeher dotierten Sozialplan zu vereinbaren, kommt vor allem deswegen auf, weil RTL finanziell sehr gut dasteht.

http://www.connexx-av.de/termin_volltext.php3?id=4965f02ea483a&akt=termine

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php3?id=493559ea9a4af&akt=brancheninfos_privaterrundfunk

6. FFG-FFA-Streit mit Kinoverband vor der Loesung?

Das neue FilmFoerderungsgesetz (FFG) ist Anfang 2009 in Kraft getreten und passt die bundesweiten Regel den neuen technischen und medienwirtschaftlichen Entwicklungen an (Details s. BFV-Newsletter 9/10/11/12/2008). Trotzdem herrscht nicht eitel Sonnenschein: Die im HDF Kino organisierten Kinobetreiber wollen ihre Beitrage zur FilmFoerderungsanstalt (FFA) nur unter Vorbehalt zahlen, was zu oeffentlicher Kritik von FFA und Kulturstaatsminister Bernd Neumann gefuehrt hat. Eine Entscheidung koennte auf der vom 14. Januar auf den 21. verschobenen ausserordentlichen HDF-Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main fallen. Auf der Tagesordnung steht neben der "Ungleichbehandlung der Kinobetreiber im neuen FFG" auch der geplante neue Deutsche Kinopreis als Publikumspreis. Laut Spiegel ist ein Einlenken des HDF moeglich. Trotzdem klagt die Kinokette UCI vor dem Bundesverwaltungsgericht und wird die Abgabe bis zu einer endgueltigen Entscheidung nur unter Vorbehalt ueberweisen.

Seit 2008 zahlt auch die Kinokette Cinestar ihre Abgabe nur unter Vorbehalt und hat eine noch laufende Beschwerde bei der EU-Wettbewerbskommission eingereicht.

Da etliche neue Foerderregeln durch die FFG-Novelle eingefuehrt werden, hat die FFA Uebergangslösungen eingefuehrt und stellt die neuen Antragsformulare als Download auf ihrer Website zur Verfuegung.

http://www.ffa.de/index.php?page=presse_detail&news=754

http://www.bundesregierung.de/nn_23334/Content/DE/Artikel/2008/06/2008-06-04-filmfoerderungsgesetz-wird-modernisiert.html

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2009-01-02-filmf_C3_B6rderung_property=publicationFile.pdf

7. Erneut Aenderungen beim Krankengeld

Die Streichung des Krankengeldes fuer unstaendig und - wie in der Filmwirtschaft ueblich - auf Produktionsdauer Beschaeftigte sowie fuer freiwillig versicherte Selbststaendige in der gesetzlichen Krankenversicherung wird zurueckgenommen, informiert das Netzwerk mediafon. Damit kann der Anspruch auf das gesetzliche Krankengeld auch weiterhin mit dem normalen Krankenkassenbeitrag erworben werden. Das sieht laut mediafon ein Gesetzentwurf vor, den das Bundesministerium fuer Gesundheit nach heftigen Protesten von Gewerkschaften und Verbraucherverbaenden am Silvestertag vorgelegt hat. Er sieht vor, dass freiwillig versicherte Selbststaendige und Arbeitnehmer, die keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung haben, zwar auch weiterhin keinen Anspruch auf Krankengeld haben, "es sei denn, das Mitglied gibt eine Wahlerklaerung gegenueber der Krankenkasse ab. In diesem Faellen entsteht der Anspruch (auf Krankengeld) mit dem ersten Tag der siebten Woche der Arbeitsunfaehigkeit".

Im Klartext bedeutet das: Freiwillig versicherte Selbststaendige, unstaendig und auf Produktionsdauer Beschaeftigte sollen dann waehlen koennen, ob sie sich zum ermaessigten Tarif von 14,9 Prozent ohne oder zum allgemeinen Tarif von 15,5 Prozent mit Krankengeldanspruch versichern wollen. Krankengeld gibt es in all diesen Faellen allerdings erst ab dem 43. Krankheitstag; um die Luecke davor zu schliessen, muss man auch kuenftig einen Wahltarif abschliessen. Fuer freiwillig versicherte Selbststaendige, die so eine "Wahlerklaerung" gegenueber der Krankenkasse abgeben, aendert sich damit gegenueber der bisherigen Lage gar nichts. Fuer unstaendig und befristet Beschaeftigte mit Vertraegen ueber hoechstens vier Wochen verschlechtert sich die Situation, da sie zum 31.12.2008 Anspruch auf Krankengeld vom ersten Krankheitstag an hatten. Das Gesetz soll im Fruehjahr verabschiedet werden und dann rueckwirkend zum 1.1.2009 in Kraft treten.

Was mit den Wahlтарifen geschieht, die bisher schon abgeschlossen wurden, dazu sagt der Gesetzentwurf ebenso wenig wie zu der Frage, wie Leute behandelt werden, die in naechster Zeit, also vor der Verabschiedung des Gesetzes langfristig krank werden. Trotzdem warnt mediafon davor, "wegen dieser Unsicherheit jetzt noch schnell einen Wahlтарif abzuschliessen".

http://www.mediafon.net/meldung_volltext.php3?akt=news_versicherungen&id=495cb74d8ae48

http://www.bmg.bund.de/cln_117/nn_1168248/SharedDocs/Downloads/DE/GV/GT/Entwuerfe/publizierte-Entwuerfe/

Referentenentwurf 15.AMG Novelle,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Referentenentwurf_15.pdf

8. Kurzmeldungen

Aktueller Ratgeber Selbstaendige

Aufgrund vieler Gesetzesänderungen in 2008 hat das Beratungsnetzwerk mediafon seinen "Ratgeber Selbstaendige" ueberarbeitet und aktualisiert. Das Angebot der ver.di-Tochter ist fuer Mitglieder kostenlos, Nichtmitglieder zahlen auch wie beim Service von mediafon und filmfon. Fuer den "Ratgeber Freie" wird eine Neuauflage vorbereitet und bis diese erscheint, ist der komplette (und laufend aktualisierte) Text unter <http://www.ratgeber-freie.de> kostenlos und ohne Passwort zugaenglich.

<http://www.mediafon.net/ratgeber.php3>

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php3?id=452f86e2542f7&akt=presse_pressemeldungen

Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung

Auf Zustimmung im Bundeskabinett ist der von Kulturstatsminister Bernd Neumann kurz vor Weihnachten vorgelegte Medien- und Kommunikationsbericht 2008 gestossen. Dazu gehoert auch ein umfassendes Gutachten des Hans-Bredow-Instituts - beides jeweils ueber 200 Seiten stark. Filmwirtschaft und AV-Produktion sind eigene Kapitel gewidmet mit konkreten Analysen. Nun wird der Bericht vom Bundestag beraten.

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2009-01-12-medienbericht-teil1-barrierefrei.property=publicationFile.pdf

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2009-01-12-medienbericht-teil2-barrierefrei.property=publicationFile.pdf

Bundesweites Filmfestival "ueber Macht"

Am 16. Januar ist das bundesweite Filmfestival "ueber Macht" im Berliner Kino International gestartet und tourt dann bis Herbst 2009 bundesweit durch 120 Staedte. 30 bundesweite und ueber 1000 regionale Verbaende unterstuetzen das Filmfestival, bei dem in 13 Dokumentarfilmen Menschen im Mittelpunkt stehen, denen es gelingt, sich aus der Machtlosigkeit zu befreien. Nach Berlin sind die Filme bis Ende Januar auch in Passau, Bamberg und Hamburg zu sehen. Weitere Tour-Termine auf der Website unter:

<http://diegesellschaft.de/projekt/blog/eintrag.php?eid=86>

<http://diegesellschaft.de/uebermacht/index.php>

Videowettbewerb von respect und ZDF

Als Jugendcommunity der Aktion Mensch veranstaltet respect zusammen mit der Jugendpresse Deutschland und dem ZDF einen Videowettbewerb. Mitmachen koennen alle Interessierten zwischen 12 und 25 Jahren, der Wettbewerb laeuft in drei Alterskategorien. Einsendeschluss ist der 15. Maerz 2009.

<http://www.respect.de/inbestergesellschaft>

EU genehmigt deutsche Filmfoerderung bis 2013

Die Europaeische Kommission hat die deutschen Filmfoerderregelungen mit einem Volumen von 212 Mio. EUR nach den Beihilfavorschriften des EG-Vertrags bis zum 31.Dezember 2013 genehmigt. In den letzten Monaten wurden von Bruessel auch Filmfoerderungen anderer Laender genehmigt, darunter Italien (104 Mio) und Ungarn (231 Mio).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1940&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Studio.TV.Film erweitert Fuehrungsteam

Die Produktionsfirma Studio.TV.Film GmbH, die bisher vorwiegend Kinderfernsehklassiker produziert hat, erschliesst sich neue Geschäftsfelder: Unter dem Dach der in Heidelberg ansässigen Firma sollen verstaerkt Primetime-Fernsehfilm, Dokumentationen sowie internationale Kino-Koproduktionen entstehen. Das neue Fuehrungsteam um Geschäftsfuehrer Albert Schaefer wurde verstaerkt.

<http://www.studio-tv-film.de>

UFA Cinema baut Produktionsbereich aus

Der neue Kino-Ableger der UFA, UFA Cinema, baut seinen Produktionsbereich weiter aus und verstaerkt die Bueros in Berlin und Muenchen. Zum Team gehoeren Patrick Zorer (bislang Constantin Film AG), Oliver Dressnandt, Nina Maag (zuletzt Ratpack Filmproduktion) und Mattias Adler.

<http://www.ufa.de>

Studio Babelsberg will "Filmhafen Tempelhof"

Studio Babelsberg will den stillgelegten Flughafen Berlin-Tempelhof nutzen - als "Filmhafen Tempelhof" fuer Filmproduktionen, ein oeffentlich zugangliches Veranstaltungszentrum sowie ein Buero und Wohnungskomplex fuer Film- und Medienschaefende. Ausserdem soll die Aussenkulisse "Berliner Strasse", in der etwa "Sonnenallee" gedreht wurde, von Babelsberg nach Tempelhof umziehen.

<http://www.filmhafen-tempelhof.de>

Neue Marktanalyse "Der deutsche Film im Ausland"

Zum ersten Mal analysiert German Films in einer Uebersicht den deutschen Film in allen wesentlichen Auslandsmaerkten. Auf 286 Seiten stellt die Untersuchung neben Informationen zum jeweiligen Filmland ausfuehrlich die Auswertung deutscher Filme in Kino, TV und auf DVD dar. "Der deutsche Film im Ausland" steht auf den Seiten von German Films zum Download bereit.

http://www.german-films.de/download/1/marktanalyse_web2008.pdf

Veraenderungen durch Produzentenallianz

Die Gruendung der Allianz Deutscher Produzenten - Film & Fernsehen hat zu einer Veraenderung bei der German Films Service + Marketing gefuehrt: Die Anteile der Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten (15 Prozent) und des Bundesverbands Deutscher Fernsehproduzenten (zehn Prozent) gehen auf die Allianz (20 Prozent) sowie die bestehenden Gesellschafter AG DOK - Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (drei Prozent) und AG Kurzfilm - Bundesverband Deutscher Kurzfilm ueber. Auch die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) hat die Produzentenallianz als neues Mitglied aufgenommen. Gleichzeitig haben der Bundesverband Deutscher Fernsehproduzenten und die Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten zum Ende 2008 ihren Austritt aus der SPIO erklaert.

<http://www.produzentenallianz.de>

Technik-Oscar fuer Arri

Einer von vier Technik-Oscars, die die Academy of Motion Picture Arts and Sciences wieder am 7. Februar im Beverly Wilshire Hotel verleiht, geht nach Muenchen fuer das Arrimax 18/12 Beleuchtungssystem.

<http://www.arri.de>

Absolventen-Programm von Sony fuer 2009

Hochschulabsolventen, die eine internationale Karriere in der IT- und Medienbranche anstreben, koennen sich jetzt noch beim europaeischen Hochschulabsolventenprogramm (EGP) von Sony bewerben. Es erstreckt sich ueber zwei Jahre, in denen die Teilnehmer an zwei Einsatzorten arbeiten, an acht Schulungen in ganz Europa and einem begleitenden Mentoring-Programm teilnehmen. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2009.

<http://www.sony.de/section/home/article/2008/11/egp09>

Trans-Atlantik-Programm fuer Filmemacher

Das Erich Pommer Institut in Potsdam-Babelsberg bietet 2009 erneut eine Reihe interessanter Fortbildungsveranstaltungen. Mit Unterstuetzung der EU findet das neue internationale Weiterbildungsprogramm "Trans Atlantic Partners - International Co-Production: Focus Europe and Canada" statt. Es richtet sich an kanadische und europaeische Film- und Fernsehproduzenten, im Mittelpunkt stehen rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen fuer Koproduktionen und es wird in zwei Modulen im Juni in Berlin und im September in Halifax (Kanada) stattfinden. Bewerbungsschluss ist der 3. Maerz.

http://www.epi-medieninstitut.de/Co-Pro+Europe+Canada+Programme_en.html

Neue Film-Seminare in Muenchen

Nach dem grossen Erfolg 2008 bieten die Muenchner Filmwerkstatt e.V. und die Bavaria Film GmbH in Kooperation mit dem MedienCampus Bayern e.V. auch in den ersten drei Monaten des Jahres 2009 wieder eine Reihe von Wochenend-Seminaren zur Weiterbildung Filmschaefender an.

<http://www.muenchner-filmwerkstatt.de/anmeldebedingungen.htm>

Regisseur Edgar Reitz erhaelt Kulturgroschen 2009

Der Film- und Fernsehregisseur Edgar Reitz (76) erhaelt den Kulturgroschen 2009 des Deutschen Kulturrates. Der Kulturgroschen wird seit 1992 verliehen und ist die hoechste Auszeichnung, die der Deutsche Kulturrat fuer kulturpolitisches und kulturelles Engagements verleiht. Die Verleihung findet am 30. September 2009 in Berlin statt.

<http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1459&rubrik=2>

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php3.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Hamburg

Olaf Hofmann

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

fon: 040.28056067, fax: 040.25328815

mail: olaf.hofmann@connexx-av.de

Redaktion dieses Newsletters:

Olaf Hofmann und konzeptW

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Niedersachsen

Wille Bartz

Goseriede 10-12

30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 02/2009

BFV-Newsletter 02/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den zweiten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter fuer bessere Information und Transparenz bei den Beschaeftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschaeftigten. Er tritt fuer Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenueber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/brancheninfos_bfv.php3).

Inhalt:

1. ARD will Budgets fuer fiktionale Programme nicht erhoehen
2. Neue Krankengeldregelung 2009 - Tarifvertrag FFS sichert Entgeltfortzahlung
3. Projekt zum "Arbeitsschutz beim Film" startet in Hamburg
4. 26,6% Marktanteil fuer deutschen Film 2008
5. Budgets beim DFFF gehen durch neue Verteilung wieder runter
6. Neuer Schwung fuer "5 statt 12"! - Scholz und Neumann suchen Kompromiss
7. Deutsche Filme bei Berlinale geehrt
8. Kurzmeldungen
9. Impressum / Abo

1. ARD will Budgets fuer fiktionale Programme nicht erhoehen

Die ARD sei kein Fuellhorn, von der die Produzenten fiktionaler Programme hoehere Budgets fuer ihre Leistungen erwarten koennten, stellte der ARD-Vorsitzende und SWR-Intendant Peter Boudgoust am 5. Februar auf der oeffentlichen Mitgliederversammlung der Allianz Deutscher Produzenten - Film & Fernsehen klar und wies deren Forderung zurueck, die Hersteller von Shows, Serien, TV-Filmen und Kinokoproduktionen an den gestiegenen Einnahmen in Hoehe von rund 500 Mio. Euro durch die Gebuehrenerhoehung zum 1. Januar 2009 zu beteiligen. Er begruendete die Haltung des Ersten mit sich weiter oeffnenden Schere zwischen Ein- und Ausnahmen. Die Gebuehrenerhoehung fuehre zu einer Steigerung des ARD-Etats um 1,1% im Jahr. Sie werde durch sinkende Werbeeinnahmen und eine immer groessere Zahl von Haushalten gegenueber, die keine Gebuehren zahlen, marginalisiert. Ausserdem seien die medienspezifischen Kosten - einschliesslich des Rechteerwerbs - um durchschnittlich 6% in den vergangenen 10 Jahren gestiegen.

Die ARD-Intendanten werden daher in den kommenden Wochen in Klausur gehen, um Einsparungen fuer die kommenden Jahre zu beraten. Boudgoust lud die Produzenten ein, diesen Diskussionsprozess im Schulterschluss zu begleiten. Mit der Allianz soll ein regelmaessiger Gespraechskreis installiert werden.

Die Produzenten sind in der Zwickmuehle. Die Budgets fuer fiktionale ARD-Programme sind seit Jahren gleich geblieben. Dem stehen wachsende Ausgaben gegenueber. Zum einen fuer die Entwicklung neuer Ideen bis zur Produktionsreife. Die Handelsunkosten in Hoehe von pauschal 6% der Budgets decken bei weitem nicht die Ausgaben. 10 - 15% seien angemessen, argumentiert die Allianz. Ausserdem stehen Tarifverhandlungen fuer die Mitarbeiter hinter der Kamera an. ver.di und der BundesFilmVerband haben den Tarifvertrag zum 31. Dezember 2008 gekuendigt. Gefordert werden 10% mehr Gehalt und eine Begrenzung der Arbeitszeit auf maximal 12 Stunden am Tag, was die Zahl der Drehtage fuer Serien, TV-Filme und Spielfilme erhoecht.

Wenn die ARD nicht in der Lage sei, die Budgets zu erhoehen, muesse sie Auslands- und Online-Rechte abgeben, so die Forderung der Allianz. Martin Moszkowicz, Vorstand Film und Fernsehen der Constantin, warf den Ersten vor, es verhindere mit der jetzigen Politik, alle Rechte an sich zu binden, die Entstehung eines Online-Marktes. Boudgoust signalisierte Gespraechsbereitschaft. Die ARD wolle in den kommenden Wochen pruefen, welche Programme in den Mediatheken nachgefragt seien. Dann wolle er mit den Produzenten in eine neue Verhandlungsrunde ueber die monetaere Abgeltung gehen.

Die Politik wird ihr dabei auf die Finger gucken. Angelika Krueger-Leissner, filmpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, erinnerte den ARD-Vorsitzenden daran, dass die Politik im Rahmen der Novellierung des FFF und des Film- und Fernsehabkommens nur auf eine gesetzliche Regelung dieser Frage verzichtet habe, weil

Sender und Produzenten im November 2008 eine Einigung in Aussicht gestellt haben. Bislang liegt aber nur der Entwurf des Vertrags fuer die Kinoproduktionen vor. In zwei Wochen soll die endgueltige Fassung vorliegen. Sollte es zu keiner freiwilligen Einigung kommen, wird der Gesetzgeber taetig werden.

<http://www.produzentenallianz.de>

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=496de2fe7015c&akt=brancheninfos_filmfernsehproduktion

2. Neue Krankengeldregelung 2009 - Tarifvertrag FFS sichert Entgeltfortzahlung

Zum Jahreswechsel ist es fuer einen Grossteil der Filmschaffenden zu wesentlichen Aenderungen hinsichtlich der bislang geltenden Krankengeldregelung in Verbindung mit der Beitragszahlung (bislang erhoelter Beitrag) gekommen. Die wesentliche Aenderung besteht darin, dass der Anspruch auf Krankengeld als Regelleistung ab dem 1.1.2009 wegfaellt. Dies gilt gleichermaßen fuer den bislang zu zahlenden "erhoelten" Beitrag; dieser ist abgeschafft. Genauso wie der erhoelte Beitrag nicht mehr zu entrichten ist. Den gibt es ab dem 1.1.2009 nicht mehr. Zu unterscheiden sind ab 2009 der "allgemeine" Beitragssatz (derzeit 15,5%) sowie der "ermaessigte" Beitragssatz (derzeit 14,9%). Von dieser Aenderung sind aus der Filmbranche vor allem alle "unstaendig" und "kurzzeitig" beschaeftigten Filmschaffenden betroffen. Wobei "kurzzeitig" Beschaeftigte alle die sind, deren Arbeitsvertraege nicht laenger als 10 Wochen dauern. Sprich: das wird der Grossteil der Filmschaffenden sein!

Die betroffenen Filmschaffenden (also alle, die nicht laenger als 10 Wochen beschaeftigt sind) und die Filmproduktionen zahlen in Zukunft den ermaessigten Beitragssatz. Allerdings muessen sich die Filmschaffenden gegen jenes Risiko absichern, was bislang vom Bezugsanspruch durch das Krankengeld abgedeckt war. Das heisst, fuer die ersten vier Wochen eines moeglichen Krankheitsfalles waehrend eines Arbeitsverhaeltnisses muessten sich Filmschaffende grundsaeztlich ueber einen Wahltarif fuer die Zahlung eines Krankengeldes selbst absichern. Nach der Vierwochenfrist gilt bei Krankheit der Anspruch auf Entgeltfortzahlung durch die Produktion (Arbeitgeber) gemaess § 3 Entgeltfortzahlungsgesetz. Aber auch gegen das Risiko laenger als sechs Wochen krank zu sein, muss eine Absicherung bedacht werden.

Fuer einen Grossteil der Filmschaffenden duerfte es dagegen bei Krankheitsfaellen bis maximal sechs Wochen zu keinen allzu dramatischen Auswirkungen kommen, denn auf Basis des Tarifvertrages fuer Film- und Fernsehschaffende (FFS) ist die Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Unfall waehrend der gesamten Beschaeftigungszeit bei einer Produktion fuer mindestens sechs Wochen und laengstens bis zum Ablauf der Befristung gesichert. Und zwar unabhaeugig davon wann der Filmschaffende waehrend seiner Beschaeftigungszeit durch Krankheit verhindert ist - also auch in den ersten vier Wochen. Dies haben die Gewerkschaft und die Produzenten bereits in den neunziger Jahren vereinbart.

"Die Filmschaffenden sollten ihre persoenliche Situation und das Risiko (laenger als sechs Wochen krank zu sein oder nicht unter den Tarifvertrag zu fallen) genau abwaegen, denn bei den meisten ist ein zusaetzlicher Wahltarif ueberhaupt nicht erforderlich. Ausserdem sollte man Vertraege mit Anbietern nur unter Vorbehalt abschliessen, da sie gesetzlich eine Laufzeit von drei Jahren haben", empfiehlt der Vorstand des BFV. Da nach wie vor an den Gesetzen geschraubt und gedreht wird und erst Mitte des Jahres eine endgueltige Regelung zu erwarten ist, kaempft die Gewerkschaft fuer einen gesetzliche Anspruch auf Krankengeld mindestens ab dem 42. Tag bzw. der siebten Woche - fuer einige sogar schon ab dem ersten Tag. "Es waere auch eine hausgemachte Unverschaeemtheit, wenn ohnehin sozial schlecht abgesicherten Berufsgruppen abermals in die Taschen gegriffen wird", resuemiert der BFV-Vorstand.

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=499554b674bf5&akt=brancheninfos_filmfernsehproduktion

http://www.mediafon.net/meldung_volltext.php?id=499c399151fa6&akt=news_versicherungen

3. Projekt zum Arbeitsschutz beim Film startet in Hamburg

Das Amt fuer Arbeitsschutz in Hamburg hat zu einem Auftaktermin mit Vertretern der Filmbranche geladen, um sich gezielt mit den Problemen der Arbeits- und Ruhezeiten am Filmset auseinanderzusetzen. Im vergangenen Jahr hatte es sowohl in Hamburg als auch bundesweit immer wieder erhebliche Verstoesse gegen sowohl gesetzliche als auch tarifliche Regelungen der zulaessigen Arbeits- und Ruhezeiten bei Filmproduktionen gegeben (siehe auch BFV-Newsletter 9/08 und 12/08). Am 17. Maerz treffen sich die Vertreter der Aufsichtsbehoerde mit Vertretern von Produktionen, NDR, Berufsgenossenschaft, Filmfoerderung und Gewerkschaft (Bundesfilmverband BFV in ver.di) zum intensiven Projektgespraech. Ziele sind in erster Linie die Beschaeftigten umfassend zur Arbeitszeitproblematik und den Auswirkungen gesundheitlicher Belastungen zu informieren, sowie natuerlich Loesungsansaeetze und Vorschlaege zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen fuer die Filmschaffenden zu diskutieren.

"Wir begruessen die Initiative der Behoerde sehr und sehen vor allem die Wichtigkeit darin, das im Rahmen dieses Projektes ueber eine flaechendeckende Zeiterfassung zur Durchsetzung tariflicher Regelungen verstaerkt gesprochen werden muss", kommentiert der Vorstand des BFV seine Erwartungen an das Projekt. Das Projekt duerfte auch als Signal gewertet werden, dass Filmschaffende sich mit Erfolg gegen zu lange Arbeitszeiten bzw. zu kurze Ruhezeiten zu Wehr setzen koennen. Denn ohne deren konsequentes Agieren, waere niemand "offiziell" im Bilde gewesen. "Es ist absolut wichtig, dass die Kollegen dies nicht als Denunziantentum bewerten, sondern als letztes und gewolltes Mittel, seine Interessen und seine Gesundheit zu schuetzen", stellt der Vorstand des BFV klar.

4. 26,6% Marktanteil fuer deutschen Film 2008

"Keinohrhasen", "Unsere Erde", "Der Baader Meinhof-Komplex" und "Die Welle" beschwerten dem deutschen Film 2008 einen weiteren Aufwind. 11 Filme made in Germany erreichten im Kalenderjahr 2008 mehr als 1 Mio. Zuschauer. Und wie immer, wenn es dem deutschen Film gut geht, geht es dem gesamten Kino gut. 129,4 Mio. Tickets wurden gelöst, das sind 4 Mio. mehr als 1 Jahr zuvor.

Auch die Zahl der Neustarts deutscher Filme erreichte eine neue Rekordmarke. Die FFA registrierte 185 Filme mit deutschem Ursprungszeugnis in den Kinos. Unter den Premieren waren 60 Dokumentarfilme - 15 mehr als 2007 und doppelt so viele wie 2003. FFA-Chef Peter Dinges lobte die Genrevielfalt. Auf der anderen Seite laesst sich eine Konzentration der Aufmerksamkeit der Zuschauer auf wenige Filme konstatieren. Im Schnitt erreichten deutsche Produktionen 2008 168.000 Zuschauer, nur 26 der gestarteten Filme lagen darueber.

In 117 Kinosaelen ging 2008 fuer immer das Licht aus, 95 wurden dagegen neu oder wieder eroeffnet. Das groesste Minus hatte Nordrhein-Westfalen und Hamburg zu verzeichnen. Der Rueckgang der Anzahl der Spielstaetten konnte damit beinahe gestoppt werden. Ein akutes Problem ist nach wie vor die Konzentration der Kinos. Heute verfuegen noch 1001 Staedte und Gemeinde mindestens ueber ein Kino, ein Jahr zuvor waren es noch 1032 Standorte.

<http://www.ffa.de>

5. Budgets beim DFFF gehen durch neue Verteilung wieder runter

Die Herstellungskosten der vom DFFF gefoerderten Spielfilme sinken - von rund 5,7 Mio. Euro in 2007 auf 4,9 Mio. Euro in 2008. Fuer Animationsfilme sind sie im Vergleichszeitraum von 6,7 auf 9,0 Mio. Euro gestiegen, fuer Dokumentarfilme jedoch von 0,72 Mio. Euro auf 0,58 Mio. Euro und fuer Spielfilme von 12,5 auf 8,8 Mio. Euro gesunken. Bei letzterem schlaegt wohl vor allem die groessere Zahl hoch budgetierter deutsch-amerikanischer Koproduktionen in 2007 durch. 99 Filme wurden 2008 durch den DFFF unterstuetzt, womit die Zahl gleich blieb. 59.1 Mio. der 60 Mio. Euro wurden ausgegeben. 28,7 Mio. Euro gingen an die 37 Koproduktionen, 30,4 Mio. Euro an die 62 rein deutschen Filme. Im Vorjahr waren es 34 Koproduktionen, die 33,4 Mio. Euro erhielten, und 65 deutsche Filme, deren Produzenten sich ueber 26.0 Mio. Euro Unterstuetzung freuen konnten. Auch der Effekt kann sich sehen lassen: 1,06 Mrd. Euro betrug die Herstellungskosten der gefoerderten Filme. Davon wurden 752 Mio. in Deutschland ausgegeben.

Geaendert hat sich nach einer Analyse der FFA auch die Finanzierungsstruktur des deutschen Anteils am Budget. Neben den 16% vom DFFF steuernden regionale Foerderungen 2007 30% und ein Jahr spaeter 29% zu den Budgets bei. Die Einstellungen fuer Vorabverkaeufe sanken von 28 auf 26% und die Senderbeitraege von 14 auf 12%. Gestiegen ist der Anteil der Barmittel der Produzenten von 10 auf 15%, womit das wirtschaftliche Ziel des DFFF den Produzenten die Bildung von Eigenkapital zu erleichtern aufzugehen scheint.

<http://www.ffa.de>

6. Neuer Schwung fuer "5 statt 12"! - Scholz (SPD) und Neumann (CDU) suchen Kompromiss zur sozialen Absicherung von Film- und Kulturschaffenden

Das von Film-Gewerkschaftern (BundesFilmVerband in ver.di) vorgeschlagene Modell zur sozialen Absicherung fuer Filmschaffende "5 statt 12", das Filmschaffenden endlich eine berufsadaequaten Anspruchsvoraussetzung zum Bezug von Arbeitslosengeld I (ALG I) in beschaeftigungslosen Zeiten ermoeglichen soll, bekommt immer mehr Zustimmung. Die Unterschriftenliste zaehlt inzwischen bundesweit ueber 6000 Unterstuetzer aus der Film- und Fernsehbranche, die eine geringere, nur fuenfmonatige Beschaeftigungszeit statt der bisherigen 12 Monate als Anspruchsvoraussetzung fuer ALG I in dieser speziellen Branche einfordern. Nicht zuletzt durch die vielen Diskussionen am Rande der diesjaehrigen Berlinale gewann die Auseinandersetzung zu diesem Thema neuen Schwung.

Das es so wie bisher fuer die oft nur auf kurze Dauer Beschaeftigten im Filmgeschaef nicht weitergehen kann, unterstrich auch SPD-Politiker und Bundesausserminister Frank Walter Steinmeier in seiner Rede auf dem 6. SPD-Filmabend anlaesslich der Berlinale 2009. Die SPD liess durchblicken, dass sie von ihrem bisherigen Vorschlag, die Rahmenfrist wieder von zwei auf drei Jahre zu verlaengern, Abstand nehmen koennte. Diese Entscheidung begreusste der Vorstand des BFV sehr, da man in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen hatte, dass dieser Schritt das Problem des Abrutschens in Hartz IV und damit das Ziel der sozialen Absicherung, nicht loesen kann.

Auch die Union hat anlaesslich ihres traditionellen CSU- Filmgespraches zur Berlinale ueber Kulturstaatsminister Neumann verkuendet, dass sie diese Problematik noch in dieser Legislaturperiode loesen moechte. Ein gemeinsames Gesprach zu diesem Schwerpunkt ist zwischen Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) und Bernd Neumann (CDU) bereits geplant. Der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske und der Vorsitzende des Fachbereiches Medien, Frank Werneke, wandten sich umgehend im Namen der betroffenen Film- und Kulturschaffenden an den Arbeitsminister, um in einem Gesprach einen zielfuehrenden und konstruktiven Kompromiss der jeweils unterschiedlichen Vorschlaege der Regierungskoalitionen herbeizufuehren.

Alle Filmschaffenden und Betroffenen sollten diese Chance Nutzen und durch ihre Unterstuetzung zur "5 statt 12 Kampagne" jetzt verstaerkt ein Zeichen setzen!

Wer noch nicht auf der Unterschriftenliste steht, kann dies einfach unter http://www.connexx-av.de/brancheninfos_5statt12.php3 online machen.

Unterschrift eure Kolleginnen und Kollegen am Set an, macht die Kampagne publik, leitet den Link fuer die Online-Unterschriftenaktion weiter und ladet einfach den Aufruf als PDF runter: <http://www.connexx-av.de/upload>

[/pdf_2007-02-20_5-statt-12.pdf](#) und sammelt vor Ort Unterschriften. Jetzt gibt es die Moeglichkeit konkret und effektiv aktiv zu werden um auf die Politik Einfluss zu nehmen!

7. Deutsche Filme bei Berlinale geehrt

"La teta asustada" von Claudia Llosa wurde bei der Berlinale mit dem Goldenen Baeren geehrt. Den silbernen Baeren teilten sich "Alle Anderen" von Maren Ade und "Gigante" von Adrián Biniez. Der Regiepreis ging an Asghar Farhadi fuer "Darbareye Elly". Ueber die Silbernen Baeren fuer ihre Performance freuten sich Sotigui Kouyate in "London River" von Rachid Bouchareb und Birgit Minichmayr in "Alle Anderen". Ihre Wahl begruendete die Jury damit, dass es im Wettbewerb dieses Jahr sehr viele Filme gegeben hat, in denen es vor allem darum ging, wie das Verstaendnis und die Interpretation wichtiger Themen vorangetrieben werden. Daher wurden Filme und Kuenstler ausgezeichnet, denen es gelang, politisches Statement und poetische Form in ein ausgeglichenes Verhaeltnis zu setzen. Weitere Preise vergab die Jury mit dem Silbernen Baer fuer eine herausragende kuenstlerische Leistung an Gábor Erdély und Tamás Székely fuer das Sound-Design in "Katalin Varga" von Peter Strickland sowie an Oren Moverman und Alessandro Camon fuer die Vorlage zu "The Messenger" von Oren Moverman. Der Alfred-Bauer-Pries ging ex aequo an "Gigante" von Adrián Biniez und "Tatarak" (Der Kalmus) von Altmeister Andrzej Wajda. Festival-Chef Dieter Kosslick zeigte sich zufrieden mit dem 59. Jahrgang des Filmfestes, das wieder einmal seinen Ruf als groesstes Publikumsfestival der Welt unter Beweis stellte. Mit 270.000 verkauften Karten wurde - nicht zuletzt durch die neue Spielstaette im Friedrichstadt-Palast - ein neuer Zuschauerrekord erreicht.

Die positive Bilanz wird von den wirtschaftlichen Aussichten getruebt. Schon in diesem Jahr hatte die Erhoehung der Akkreditierungsgebuehr fuer Fachbesucher von 50,- auf 100,- Euro sowie fuer Journalisten von 40,- auf 60,- Euro fuer Unmut und Protest gesorgt. "Wir haben keine gravierenden Veraenderungen im Markt, und die Zahlungen unserer Sponsoren sind nicht zurueckgegangen. Dennoch mussten wir um Kostensteigerungen aufzufangen, die Gebuehren fuer die Teilnahme der Profis erhoehen. Das ist mir nicht leicht gefallen. Trotzdem werden wir im kommenden Jahr nichts mehr auf der Naht haben, wie der Schwabe sagt. Ich bin optimistisch, dass die Sponsoren uns die Treue halten oder sich die Berlinale als Marke so etabliert hat, dass neue Firmen hinzukommen. Aber wissen tun wir es erst am Ende des Festivals," betonte Kosslick. Vom Gesamtetat von rund 18 Mio. Euro uebernimmt der Bund eine Summe von 6,5 Mio. Euro. "Ich kann gegenueber Kulturstaatsminister Neumann und den Abgeordneten des Bundestages nur meine Befuerchtungen ausdruecken, dass es im kommenden Jahr schwieriger sein koennte. Ich wuerde mich aber freuen, wenn die zum Jahresende auslaufende Unterstuetzung des World Cinema Fonds durch die Bundeskulturstiftung weitergefuehrt wuerde und der Talent Campus unterstuetzt werden koennte" wirft Kosslick, einen Blick voraus. Und der Erfolg scheint ihm Recht zu geben. Schliesslich wurde der Gewinner der Goldenen Baeren vom World Cinema Fond gefoerdert.

<http://www.berlinale.de/de/HomePage.html>

8. Kurzmeldungen

Bundesverwaltungsgericht: Kinofilmabgabe an die FFA vermutlich verfassungswidrig

Ende des Streits um das FFG in Deutschland in Sicht. Am 25. Februar entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ueber die so genannte Musterklage einzelner Kinobetreiber wie UCI gegen das FilmFoerderungsgesetz (FFG). Sie hatten gegen die Ungleichbehandlung der Einzahlergruppen geklagt - die Kinos und die Videowirtschaft muessen einen bestimmten Teil des Umsatzes einzahlen waehrend die oeffentlich-rechtlichen wie auch privaten Fernsehanstalten freiwillig zum Etat der FFA beitragen. Diese seit Jahrzehnten immer wieder heftig debattierte Regelung hat sich auch nach der Novellierung des FFG zum 1. Januar 2009 nicht geaendert. Als sich dies abzeichnete, hat der Hauptverband Deutscher Filmtheater (HDF) seinen Mitgliedern Ende 2008 empfohlen, die Beitrage an die FFA nur unter Vorbehalt zu zahlen. Diese Empfehlung hat die ausserordentliche HDF-Mitgliederversammlung vom 21. Januar 2009 in ihrer "Frankfurter Erklaerung" aufgehoben. Mit diesem Schritt will die Interessenvertretung der Filmtheater ein Signal setzen, um wieder in den Dialog mit der Politik einzutreten. Der Verband stellt es den Mitgliedsbetrieben frei, sich kostenlos der laufenden Beschwerde der Kinokette Cinestar gegen das FFG bei der EU-Wettbewerbskommission anzuschliessen.

<http://www.hdf.de>

<http://www.rechtslupe.de/wirtschaftsrecht/filmabgabe-in-bisheriger-form-verfassungswidrig-37399>

Regisseure bekommen 10% der Lola-Praemien

Regisseure profitieren kuenftig von den mit insgesamt 1,75 Mio. Euro dotierten Goldenen Lolas fuer den besten Spielfilm in Gold, Silber und Bronze sowie fuer den besten Kinderfilm in Gold und den besten Dokumentarfilm in Gold. 10% der jeweiligen Preissumme koennen sie fuer eines ihrer neuen Projekte gemeinsam mit einem Produzenten ihrer Wahl abrufen. Diese Entscheidung von Kulturstaatsminister Bernd Neumann soll ihre Arbeit wuerdigen und in ihrer Entscheidungsfreiheit bestaerken. Erstmals sollen die Regisseure mit der Verleihung des Deutschen Filmpreises 2010 beteiligt werden. Zur Einbeziehung von Koproduktionen wie "Waltz with Bashir", "Ein Leben wie ein Leben" oder "Cherie", "The International" und "Der Vorleser" gibt es keine Beschluesse, obwohl Akademie-Praesident Guenter Rohrbach im Herbst angekuendigt hat, dass die Akademie das Problem des jetzigen Quasi-Ausschlusses eines Teils

der Produzenten und Filmschaffenden erkannt habe. Das BKM betont dazu, dass die Entscheidung ueber die Einbeziehung dieser Filme alleine in den Haenden der Filmakademie laege. Wichtig sei nur, dass die Filmakademie mit der Gesamtpreissumme auskomme.

http://www.bundesregierung.de/nn_23350/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/Kulturpolitik/KunstundKulturfoerderung/kunst-und-kulturfoerderung.html

Mecklenburg endlich mit Filmfoerderung

Mecklenburg-Vorpommern stellt kuenftig 400.000 Euro im Jahr fuer die wirtschaftliche Filmfoerderung zur Verfuegung, kuenndigte Ministerpraesident Erwin Sellering an. Gefoerdert wird ausschliesslich der Dreh zwischen Ostseekueste und Mecklenburger Seenplatte. Bis zu 50% der Kosten koennen uebernommen werden. Die entsprechenden Richtlinien wurden in der vergangenen Woche mit der Europaeischen Union abgestimmt und werden in den kommenden Tagen im Internet veroeffentlicht. Foerderantraege koennen direkt beim Wirtschaftsministerium in Schwerin gestellt werden. Um Produzenten bei der Suche nach Drehorten zu unterstuetzen, wurde im November der Service FilmLocationMV gegruendet, der bei der FilmLand MV GmbH in Schwerin angesiedelt wurde. Neben der wirtschaftlichen Filmfoerderung bleibt die Kulturelle Filmfoerderung Mecklenburg Vorpommern erhalten, die unter anderem Christian Schwochows bemerkenswertes Debuet "Novemberkind" und den Berlinale-Beitrag "Ein Traum in Erdbeerfolie - Comrade Couture" unterstuetze. 200.000 Euro stehen jaehrlich fuer die Unterstuetzung der Drehbuch- und Projektentwicklung sowie den Dreh zur Verfuegung.

Aus fuer Filmhafen Tempelhof

Die Berliner Filmbranche und die parlamentarische Opposition grollen mit Berlins Regierenden Buergermeister Klaus Wowereit. Der hatte quasi im Alleingang und unter Umgehung des laufenden Ausschreibeverfahrens mit den Veranstaltern der Modemesse "Bread & Butter" einen Vertrag ueber die 10jaehrige Nutzung aller Hangars sowie Teilen des Flugfelds und des Eingangsfoyers des ehemaligen Flughafens Berlin-Tempelhof geschlossen. Zu den Interessenten an einer Nachnutzung gehoerten auch die Berliner Union Film und die Filmbetriebe Berlin-Brandenburg der Babelsberg-Eigner Carl Wobcken und Christoph Fisser. Sie erklaerten ihr Vorhaben fuer gescheitert, dort ein Medienzentrum zu etablieren, deren Herzstueck die so genannte Berliner Strasse, in der unter anderem "Sonnenallee", "Der Tunnel" und "Der Pianist" gedreht wurden, und die zu Filmstudios umgebauten Hangars sein sollten. "Entgegen anders lautender Darstellungen ist eine Nutzung fuer die Filmproduktion mit den jetzigen Ausgangsbedingungen nicht mehr moeglich. Bei einer festen, mehrmonatigen Belegung aller sieben Hangars sowie der Haupthalle und der Aussenflaechen lassen sich langfristige Planungen, die gerade fuer Hollywood Grossproduktionen notwendig sind, nicht umsetzen;" heisst es in einer Presseerklaerung der Filmtheaterbetriebe. Fisser und Wobcken weisen vor allem darauf hin, dass fuer die Verwirklichung ihres Konzepts keinerlei Subventionen notwendig gewesen waeren.

<http://www.medienboard.de/WebObjects/Medienboard.woa/wa/CMSshow/1436390?wosid=>

Schweigers Filmpreis nach Leipzig

Leipzig ist der Favorit von Til Schweiger und seinem Stammproduzenten Tom Zickler fuer die Ausrichtung des Filmpreises, den er als Reaktion auf die Querelen mit der Deutschen Filmakademie um die Nominierung von "Keinohrhasen" angekuendigt hatte. Der Streit hatte im vergangenen Jahr fuer Schlagzeilen gesorgt, da Schweiger aus der Filmakademie erst aus und dann wieder eingetreten war. An seinem eigenen Projekt haelt er trotzdem fest. Wenn alles klappt, kann das Publikum in diesem Jahr erstmals den beliebtesten Film und Stars kueren, aber auch die Leistung der Mitarbeiter hinter der Kamera bewerten. Abgestimmt werden kann im Internet und in den Kinos. Schweiger und Zickler haben sich mit dem Hauptverband Deutscher Filmtheater einen starken Partner gesucht. Fuer die Organisation sorgt dessen Tochterfirma, die jaehrlich im April das Schaulaufen der Filmbranche beim Filmtheaterkongress in Baden-Baden perfekt stemmt. Die Werbung uebernimmt die HDF-Tochter "Zukunft-Kino Marketing", die die frechen Kampagnen "Raubkopierer sind Verbrecher" und "Filmbefreier" konzipiert hat. Ausserdem laufen im Moment die Verhandlungen mit den deutschen Fernsehsendern um eine Direktuebertragung der Veranstaltung.

<http://www.rp-online.de/public/article/kultur/film/526958/Til-Schweiger-Neuer-Filmpreis-als-Protest.html>

AG Kino mit positiver Bilanz 2008

Das Arthouse-Kino gewann auch 2008 an Popularitaet. Die Besucherzahlen stiegen im vergangenen Jahr durchschnittlich um 7% und lagen 3% ueber dem Niveau von 2006. Gruende fuer diesen positiven Trend sieht die AG Kino im profilierten und anspruchsvollen Angebot dieses Film-Segments, das insbesondere die aeltere Generation ins Kino zurueckholte. Zudem bauten die Filmkunsttheater ihre Kooperationen mit Schulen aus. Kinder und Jugendliche wurden in Sonderveranstaltungen sowie den beiden sehr erfolgreichen Schulkinotourneen "Cinefété" und "Britfilms" der AG KINO-GILDE fuer das Kino als einzigartigen Ort und fuer Filme jenseits des Mainstream sensibilisiert.

<http://www.agkino.de>

Neues Darlehensmodell in Sachsen-Anhalt

"Sachsen-Anhalt - Impuls Medien" taufte das Neue Bundesland sein neues Darlehensprogramm fuer Firmen, die dort

bereits ansaessig sind oder sich dort ansiedeln wollen. 50 Mio. Euro stehen fuer Vorhaben zur Verfuegung, bei denen Finanzierungsluecken bestehen oder die im Moment sehr vorsichtigen Banken mit der Kreditvergabe zoegern. Pro Projekt koennen bis zu 3 Mio. Euro gewaehrt werden. Der Zinssatz liegt bei 9, 45% pro Jahr, die maximale Laufzeit bei 15 Jahren. Das Geld kann direkt in Projekte aus allen Bereichen der Medienwirtschaft von der Film- und Fernsehproduktion bis zu den Neuen Medien fluessen, aber auch fuer Betriebsausgaben, taetige Beteiligungen sowie die Vorfinanzierung von Zulagen und Zuschuessen genutzt werden. Eine Arbeitsplatzgarantie ist nicht gefordert. Im Gegensatz zu vergleichbaren Angeboten, kann das Darlehen ohne Hausbank direkt bei der Investitionsbank des Landes beantragt werden.

Junkersdorf wieder an FFA-Spitze

Eberhard Junkersdorf ist am 11. Februar vom Verwaltungsrat der FFA in seinem Amt als Vorsitzender des 9koeufigen Praesidiums bestaetigt worden. Der Produzent von Hauffs "Messer im Kopf" und "Stammheim", von Trottas "Heller Wahn" sowie Schloendorffs "Blechtrommel" und "Tod eines Handlungsreisenden" ist seit 1999 auf diesem Posten.

Zum zweiten Mal in der Geschichte des Greniums gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Joachim A. Birr, Geschaeftsfuehrendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Audiovisuelle Medien, kandidierte gegen Junkersdorf. Birr wurde ebenso wie Wolfgang Bjoernsen fuer den Deutschen Bundestag, Hans Ernst Hantgen fuer das BKM, Johannes Klingsporn fuer die Verleiher, Hans-Henning Arnold (VPRT) fuer die privaten Fernsehsender, MDR-Intendant Udo Reiter fuer ARD und ZDF, HDF-Vorstandsvorsitzender Thomas Negele fuer die Filmtheater und Ulli Aselmann fuer die Allianz Deutscher Produzenten- Film und Fernsehen - ins Praesidium gewaehlt. Zu Junkersdorf Stellvertreter wurde mit Alexander Thies ebenfalls ein Vertreter der Produzentenallianz gekuert.

<http://www.ffa.de>

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persoendlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php3.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Hamburg

Olaf Hofmann

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

fon: 040.28056067, fax: 040.25328815

mail: olaf.hofmann@connexx-av.de

Redaktion dieses Newsletters:

Olaf Hofmann

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschaeftsfuehrer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Niedersachsen

Wille Bartz

Goseriede 10-12

30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 03/2009

BFV-Newsletter 03/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den dritten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter fuer bessere Information und Transparenz bei den Beschaeftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschaeftigten. Er tritt fuer Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenueber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/brancheninfos_bfv.php3).

Inhalt:

1. BFV uebergibt mehr als 8.000 Unterschriften an Bernd Neumann und Olaf Scholz
2. Vorbehaltszahlungen der Kinos gefaehrden 31 Produktionen
3. Gewerkschaft haelt an Hoechststarbeitszeitgrenze von 12 Stunden taeglich fest
4. Quo Vadis 100er Modell
5. Typhoon AG meldet vorlaeufige Insolvenz wegen Drehverlaengerung
6. Produktion muss im Interesse des Nachwuchses steigen
7. John Rabe Favorit fuer Lola-Gala
8. Kurzmeldungen
9. Impressum / Abo

1. BFV uebergibt mehr als 8.000 Unterschriften an Neumann und Scholz - Filmschaffende unterstuetzen "5 statt 12"

Der Vorstand des BundesFilmVerbandes BFV in ver.di hat in dieser Woche mehr als 8000 Unterschriften von Film- und Kulturschaffenden an den Minister fuer Kultur und Medien, Bernd Neumann, sowie den Minister fuer Arbeit und Soziales, Olaf Scholz uebergeben. "Mit dieser abschliessenden "symbolischen" Aktion soll die Lobbyarbeit der Film-Gewerkschafter fuer die Verbesserung sozialer Absicherung von Film- und Kulturschaffenden im Rahmen der Kampagne "5 statt 12" beendet werden", so der Vorstand vom BFV. Es ist allem Anschein nach in Kuerze mit einer Einigung zwischen SPD und CDU zu diesem Thema zu rechnen, die von den beiden Ministern federfuehrend erarbeitet werden soll, und den typischen Rahmenbedingungen der Beschaeftigungsverlaeufer von kurzzeitig und unstaetig beschaeftigten Filmschaffenden Rechnung tragen wird. Allein das ist schon ein grosser Erfolg, nach dem die Verhandlungen der Regierungsvertreter zu diesem Thema bislang immer wieder gescheitert waren. Der BFV-Vorstand will mit der Unterschriftenuebergabe einmal mehr deutlich machen, dass sein Vorschlag zur erforderlichen Verbesserung der sozialen Absicherung von Filmschaffenden ueber die Verkuerzung der Anwartschaftszeit von 12 auf 5 Monate alternativlos ist. Dies ist von ver.di-Vertretern gegenueber den Ministerien, Fraktionen und Ausschussvorsitzenden immer wieder betont worden, denn nur durch eine deutliche Reduzierung der Anwartschaftszeiten entstehen bei typischen Beschaeftigungsverlaeufer der Filmschaffenden regelmaessig wieder neue Anspruchszeiten auf ALG I waehrend der Rahmenfrist von zwei Jahren. Nur das verhindert einen immer wiederkehrenden Hartz-IV-Status. Auch das vom BKM favorisierte "Schweizmodell" schafft nur eine Teilloesung fuer bestimmte Beschaeftigungsgruppen, die im Wege ihrer Beschaeftigungsverlaeufer durch die Doppelzaehlung der ersten 30 Beschaeftigungstage in einer Produktion von der Regelung profitieren. Filmschaffende in Serien, Mehrteilern und Kinoprojekten haben dann kaum eine Chance, innerhalb der Rahmenfrist von zwei Jahren sozial abgesichert zu sein, dass sie keine Hartz-IV-Zeiten bekommen. Denn: Hier ist erforderlich, insgesamt 480 Sozialversicherungstage vorzuweisen um 8 Monate ALG I Anspruch zu erreichen. Nur dann waeren Film- und Kulturschaffende innerhalb von zwei Jahren wirklich sozial abgesichert ohne in einen Hartz-IV-Status zu fallen. "Gerade vor dem Hintergrund, dass mit der neuen Krankengeldregelung und der Einfuehrung von Wahlтарifen ein weiterer Einschnitt in die soziale Absicherung der Filmschaffenden gemacht wurde, darf es bei Anspruchsvoraussetzung fuer den Bezug von ALG I und der angestrebten Vermeidung von Hartz-IV-Zeiten nicht nur zu Teilloesungen kommen. Darum wollen 8000 unterstuetzende Filmschaffende eine Loesung wie 5 statt 12", so der BFV-Vorstand abschliessend.

http://www.connexx-av.de/brancheninfos_5statt12.php3

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=47ab15a513235&akt=brancheninfos_filmfernsehproduktion

2. Vorbehaltszahlungen der Kinos gefaehrden 31 Produktionen

Vorbehaltszahlungen seien blauaeugig, betonte Bernd Neumann eindringlich innerhalb seines Eroeffnungsvortrags des Branchenhearings Filmwirtschaft, zu dem Bundeswirtschaftsministerium und BKM am 12. Maerz nach Babelsberg eingeladen hatten. Er spielte damit auf den durch das Urteil des Verwaltungsgerichts Leipzig zum FFG ausgelosten Streit um die Zukunft dieses Foerderinstruments an. Die Richter hatten das FFG grundsaeztlich nicht in Frage gestellt, aber die Ungleichbehandlung der Einzahlergruppen beanstandet und die Klage zur Entscheidung an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verwiesen. Im Kern geht es darum, dass seit dem ersten, 1967 verabschiedeten Filmfoederungsgesetz Filmtheater und Verleih und seit den 90er Jahren auch die Videoanbieter vom Gesetzgeber verpflichtet wurden, bis zu 3% ihrer Umsaetze zu ueberweisen. Die Fernsehanstalten dagegen zahlen im Rahmen des 1974 erstmals unterzeichneten Film- und Fernsehabkommens freiwillig. Es wird immer parallel zur Novellierung des FFG neu verhandelt - noch harren aber sowohl die aktuellen Vertraege mit den oeffentlich-rechtlichen als auch mit den privaten Sendern der Unterzeichnung. Die Sender bekennen sich wie alle anderen Bereiche der Filmbranche grundsaeztlich zum FFG. "Wir bleiben bei der Zusage, unsere Beitrage weiter ohne Vorbehalt zu zahlen", betont der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust. "Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass die bisherige Regelung frei ausgehandelter Vertraege ueber den Finanzierungsbeitrag der Fernsehveranstalter verfassungsgemaess ist und somit die Rundfunkfreiheit umfaenglich gewaehrleistet wird." Das sieht ein juristisches Gutachten des Hauptverbands Deutscher Filmtheater (HDF), das Grundlage der Klage war, anders. Er sieht sich durch das Urteil bestaetigt und will vor weiteren Entscheidungen die schriftliche Begrueundung in vier Wochen und dann eventuell die Klage in Karlsruhe abwarten, wo eine Entscheidung Jahre dauern kann.

Um im Falle eines Erfolgs das eingezahlte Geld zurueckzubekommen, zahlen HDF-Mitglieder wie die UCI und Cinestar ihre FFG-Abgaben unter Vorbehalt. 2007 kamen so 1,652 Mio. Euro zusammen. Die Cinemaxx AG und Kinopolis haben sich Anfang dieser Woche angeschlossen. Wenn alle Kinos ihre Beitrage so zahlen, reisst das ein Loch von 20 Mio. Euro im Etat der Filmfoederungsanstalt als Verwalterin des Geldes. Neumann draengt die Branche, das FFG nicht voreilig kaputt zu machen, denn keiner solle glauben, dass die Karlsruher Richter ihr Urteil so formulierten, dass das Geld zurueckgezahlt werde. Er will es aber gar nicht so weit kommen lassen und nach dem Eingang der schriftlichen Urteilsbegrueundung den beanstandeten Punkt schnell aendern. Die grosse Mehrzahl der Laender ist offenbar bereit, die Anstalten ebenso wie die anderen Marktteilnehmer zu den Zahlungen zu verpflichten. Wofuer sie zwei Bedingungen stellen: Der Bund uebernimmt das juristische Risiko und die Einzahlungen der Sender in ihre Laenderfoerdertoepfe duerfen nicht gekuerzt werden.

In den Vorbehaltszahlungen liegt jedoch die Crux, denn die FFA darf das Geld nicht ausgeben. So liefen in den 90er Jahren 56 Mio. DM auf als die Videoanbieter gegen ihre Einbeziehung als Zahler geklagt hatten. Auch diesem Druckmittel will Neumann den Wind aus den Segeln nehmen. Er lasse in seinem Haus juristisch pruefen, ob die unter Vorbehalt gezahlten Beitrage nicht doch dem Haushalt der FFA zur Verfuegung stehen koennten. Momentan musste das BKM jedoch reagieren - bis auf die Projektforderung, die durch die Zahlungen der Sender weiter gefuehrt werden muss, sind alle anderen Toepfe im FFA-Etat auf Null gesetzt worden. Dadurch ist der Dreh von 31 Filmen mit einem Produktionsvolumen von mindestens 100 Mio. - 150 Mio. Euro, darunter Til Schweigers potentieller Hit "Keinohrkueken", akut gefaehrdet, weil die Referenzfilmfoederung voellig aus bleibt. "Dies haette unwiederbringliche Folgen fuer die gerade aufsteigende deutsche Filmproduktionslandschaft in Deutschland. Die Referenzfilmfoederung ist zwingende Voraussetzung bei der Finanzierung Erfolg versprechender Produktionen, die ihrerseits in erheblichem Masse dazu beitraegt die wachsende Beschaeftigung der Branche zu stabilisieren. Abgesehen davon, haben Kinobetreiber in der Vergangenheit immer auch von gefoerderten Filmen profitiert, je unverstaendlicher ist gerade ihre Haltung in dieser Angelegenheit", kritisiert der Vorstand des Bundesfilmverbandes (BFV) in ver.di.

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/Medienpolitik/Filmfoederung/filmfoederung.html>

<http://www.ffa.de/>

3. Gewerkschaft haelt an Hoechstleistungszeitgrenze von 12 Stunden taeglich fest

In der zweiten Verhandlungsrunde fuer auf Produktionsdauer beschaeftigte Film- und Fernsehschaffenden hat ver.di am 23. Maerz in Muenchen die Forderung bekraeftigt, die Gagen linear um zehn Prozent zu erhoehen und die Maximalarbeitszeit pro Tag auf 12 Stunden zu begrenzen. Seitens der Produzenten wurden erneut keine Tariferhoehungen angeboten und dagegen zur Begrenzung der Arbeitszeit ein Wert von 72 Stunden pro Woche genannt. Die Verhandlungen gehen am 11. Mai in die dritte Runde. Fuer den 21. April haben die Tarifparteien einen Arbeitsgruppen-Termin vereinbart, um wirksamere Regelungen zur Verbesserung der Arbeitszeitbestimmungen zu erarbeiten. Das Ziel von ver.di bleibt dabei, eine deutliche Eindaeummung ueberlanger Arbeitszeiten sowie die konsequente Einhaltung der Ruhezeiten muss erreicht werden. Darueber hinaus sollen weitere Detailfragen fuer den Neuabschluss des Film-Tarifvertrages beraten werden. Ein erstes Ergebnis hat die Verhandlungsrunde am 23. Maerz schon gebracht. Strukturelle Veraenderungen und der Berufskatalog in der neuen Gagentabelle wurden weitgehend geklaert. Aus Sicht von ver.di ist dabei enttaeuschend, dass es nicht gelungen ist, die Berufe aus dem Bereich Beleuchtung/Kamerabuehne in die Gagentabelle mit aufzunehmen. Die wechselseitigen Gagenvorstellungen lagen

fuer diese Berufe zu weit auseinander, um eine Loesung finden zu koennen. Erfreulich ist hingegen, dass fuer andere Berufe im Produktionsbereich, die Filmeditoren oder Szenenbildner vereinbart wurde, staerkere Gagensteigerungen als die noch zu verhandelnde lineare Erhoehung vorzunehmen. Damit wird den Veraenderungen dieser Berufsbilder Rechnung getragen. Eine neue Position im Bereich Kamera fuer Schwenker, Studiokameraleute oder Kamera-Operator wurde noch nicht abschliessend fixiert. Hier muss noch eine zuverlaessige Bezeichnung gefunden werden. Erst mit der abschliessenden Tarifierhoehung soll dann die neu geordnete Gagentabelle vereinbart werden. "Wir bemuehen uns, fuer die Filmschaffenden so schnell wie moeglich Ergebnisse zu erreichen. Die Produzenten haben dazu bisher noch nicht mit substantiellen Angeboten zur Gagenerhoehung und Arbeitszeit beigetragen. Das ist ebenso bedauerlich wie unverstaendlich. Wir erwarten im Mai ein Ergebnis oder zumindest weitgehende Fortschritte auf dem Weg dahin", erklarte Matthias von Fintel, ver.di-Verhandlungsfuehrer, abschliessend.

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=49c7bf5b759fe&akt=brancheninfos_filmfernsehproduktion

4. Quo Vadis 100er Modell

"Das 100er Modell ist tot", begann der FFA-Chef Peter Dinges seinen Beitrag beim Branchenhearing Filmwirtschaft. Obwohl er noch an dessen Richtigkeit glaube. Werde nicht bald eine Einigung erzielt, drohe bei der Digitalisierung der Kinos aehnlich wie bei der gegenwaertigen Ausruestung der Haeuser mit der 3-D-Technik ein Alleingang der grossen Kinoketten, der durch die Einnahmeausfaelle von Kinos und Verleihern auch das von PriceWaterhouseCooper entwickelte Modell zur Digitalisierung der Kinos zum Einsturz braechte. Verlierer sei dann die bestehende Kinolandschaft. "Plan B und C sollten jetzt kommen, wobei wir keine grossen Modelle brauchen, sondern zum Handeln gehalten sind", mahnte Dinges. Die These loeste einen Disput zwischen Thomas Negele (HDF) und Peter Sundarp (Verleiher) aus. Beide Seiten stehen zum Modell, nachdem sich Verleiher, Bund, Laender sowie die Branche selbst die bislang geschaezten Kosten von rund 226 Mio. Euro teilen. Kinos und Verleih streiten jedoch noch um die Hoehe der Kosten und deren Verteilung. Mit 70.000 Euro pro Leinwand rechnet der HDF, 60.000 hat PWC errechnet. Negele verwies auf 160 Mio. Euro technische und 187 Mio. Euro Modernisierungskosten bei den Kinos sowie zusaetzlich 275 Euro je Monat und Leinwand fuer Strom, Wartungskosten und aehnliches fuer den digitalen Betrieb, die sich in der 13jaehrigen Laufzeit des PWC-Modells auf 135 Mio. Euro summieren, auf denen insbesondere die Kinos dauerhaft sitzen bleiben. Sundarp haelt bei den zusaetzlichen Betriebskosten die Haelfte fuer gerechtfertigt, was auch von PWC beruecksichtigt worden sei. Die Verleiher sind bereit, 100 Mio. Euro in den Digitalisierungstopf zu zahlen, bezogen auf Einsparungen von 350,- Euro fuer jede der 57.000 jaehrlich gezogenen Kopien fuer fuenf Jahre. Danach haben sie jedoch gewaltige Kosteneinsparungen, die durch die Digitalisierung verursachten Mehrkosten bei den Kinos fallen jedoch weiter an. Um diese abzufedern, moechte der HDF die Verleiher jetzt staerker zur Kasse bitten oder die Garantie haben, dass sich die Verleiher beteiligen. Ein zweites Problem der Finanzierung des Modells entsteht durch die gegenwaertige Situation der FFA, aus deren Etat 20 Mio. in die Digitalisierung fließen sollen. 10 Mio. Euro sind schon angespart. Sollten die Kinoketten bei ihren Vorbehaltszahlungen bleiben, koennten Bund und Laender von ihrer Zusage abruecken, 60 Mio. einzuzahlen, brachte Margarethe Evers die Sorgen der Branche auf den Punkt. Das waere dann das Ende des Modells, zu dem Bernd Neumann noch steht. Voraussetzung fuer ein finanzielles Engagement des Bundes sei ein Konzept, zu dem alle aus der Branche stehen.

<http://www.ffa.de/>

<http://www.hdf.de>

5. Typhoon AG meldevorlaufige Insolvenz wegen Drehverlaengerung

Regisseur Dominik Graf staunte nicht schlecht. In der Nacht zum 15. August 2008 bekam er waehrend des Drehs des Achtteilers "Im Angesicht des Verbrechens" unerwarteten Besuch vom Berliner Landesamt fuer Arbeits-, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (Laget), das die Arbeiten nachts um 1.30 Uhr abbrechen liess. Das Amt ging Hinweisen von Mitarbeitern der Produktion nach, dass es bei den Dreharbeiten, fuer die am 17. Juni 2008 die erste Klappe gefallen war, mehrfach zu Verletzungen des Arbeitszeitgesetzes in Verbindung mit dem Tarifvertrag fuer Film- und Fernsehschaffende FFS durch Ueberstunden und Nichteinhaltung der Ruhezeit gekommen sei. "Wir koennen als Behoerde nur Stichproben machen, weil wir personell schlecht ausgestattet sind. Wir haben diesen Fall oeffentlich gemacht, weil es sich in der Szene rum sprechen soll, dass Gesetze eingehalten werden muessen", kommentiert Robert Rath, Pressesprecher des Lageti. Der Abend hatte indes weit reichende Folgen. 12 zusaetzliche Drehtage musste die Produktion einziehen, um das Pensum zu absolvieren und die Gesetze einzuhalten. Haetten Produzent Marc Conrad, Regisseur Dominik Graf und ihre Produktionsleiterin aber nicht reagiert, haetten sie strafrechtlich belangt werden koennen. Mehrkosten in Hoehe von mehreren Mio. Euro sollen entstanden sein, von denen der federfuehrende Sender, der WDR, nur bereit gewesen sei, die Haelfte zu uebernehmen. In dieser Situation zog die Typhoon Films die Notbremse und meldete beim Koelner Amtsgericht die vorlaufige Insolvenz an. "Zur Zeit stehen diverse Verhandlungen mit Beteiligten zur Fortfuehrung der Produktion 'Im Angesicht des Verbrechens' an. In Abstimmung u.a. mit der Geschaeftsleitung der Typhoon AG haben wir uns entschlossen, derzeit keine Presseerklaerungen abzugeben", erklart Insolvenzverwalter Dr. Wolfgang Delhaes auf Anfrage zu den Gruenden des Streits. Der Koelner Anwalt hat sich stets optimistisch gezeigt, die Ansprueche gegenueber dem WDR durchzusetzen. Er will aber ebenso wie der WDR mit Blick auf den juristischen Streit auch nicht kommentieren, ob es

sogar zum Zerwuerfnis mit dem Regisseur gekommen sein koennte. Aus dem Sender heisst es: "Der WDR bedauert die juengste Entwicklung bei der Typhoon AG sehr. 'Im Angesicht des Verbrechens' ist ein aussergewoehnliches Projekt, an das wir hohe Erwartungen knuepfen. Seit Beginn der Zusammenarbeit zwischen Typhoon und dem WDR hat der WDR stets zu seinen Zusagen gestanden und alle vertraglichen Pflichten fristgerecht und in vollem Umfang erfuehlt.

Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Der WDR ist selbstverstaendlich zur Zusammenarbeit mit dem Insolvenzverwalter bereit, um die Fertigstellung des in der Postproduktion befindlichen Mehrteilers voran zu bringen." Durch den Streit scheint fraglich, ob der geplante Sendetermin des Achtteilers zum Ende des Jahres zu halten ist. Immer am Freitag um 21.45 Uhr sollte die Geschichte des Berliner Polizisten Marek Gorsky (Max Riemelt) und dessen Kollegen Sven Lottner (Ronald Zehrfeld), die die Koepfe des illegalen Zigarettenhandels in der Stadt finden sollen, ausgestrahlt werden. Zu dem Krimi wurde Autor Rolf Basedow durch den Erfolg der Serie "Abschnitt 40" inspiriert. Conrad bot das Konzept Sat1 an. Vier Buecher wurden vom damaligen Senderchef Roger Schawinski bestellt. Verwirklichen wollte er sie nicht. Da Conrad das kuenstlerische Potential erkannte, steckte er 120.000 Euro eigenes Geld in die weitere Entwicklung. Mit den Buechern ueberzeugte er Wolf-Dietrich Brueckner und Gebhard Henke vom WDR, die das Budget mit BR, NDR, SWR, Arte, ORF und Degeto stemmten. Beide Seiten wollten Eventqualitaet. 139 Sprechrollen wurden besetzt, 50 - 60 Schauspieler sind in allen Folgen zu sehen, mehr als 250 Motive wurden abgedreht. Schon im Vorfeld wurden daher mehr als die ueblichen acht bis zehn Drehtage je Folge geplant. Durch die Streckung wurden es 14. Die Entwicklung bei diesem ambitionierten Objekt bedauert auch das Berliner Landesamt fuer Arbeitsschutz: "Wir wollen auf keinen Fall den Produktionsstandort Berlin killen. Es kann aber nicht sein, dass Filme nur gedreht werden koennen, wenn Gesetze nicht eingehalten werden", kommentiert Robert Rath. "Nicht nur unabhengige Firmen, auch Sendertoechter nehmen es mit der Einhaltung der Arbeitszeitvorschriften oft nicht so genau, und es darf als sehr deutliches Signal gewertet werden, wenn ein solcher Anspruch an ein "Event-Projekt" gestellt wird, dann muss eben von Anfang an schon beim Auftrag gebenden Sender realistisch mit 14 Drehtagen geplant werden", kommentiert der Vorstand des BundesFilmVerbandes BFV/ver.di die Auseinandersetzung. In Hamburg hat die zustaendige Behoerde, das Amt fuer Arbeitsschutz, die Thematik zu einem Projektschwerpunkt fuer 2009 gemacht. Teilnehmer der Projektgruppe sind Produktionsfirmen (z.B.: Polyphon fuer Studio Hamburg, Network Movie), Berufsgenossenschaft, Filmfoerderung und die Gewerkschaft ver.di mit dem BundesFilmVerband BFV. Ende des Jahres wollen sie eine Empfehlung zum Umgang mit Tarifvertrag und Arbeitszeitgesetz vorlegen.

6. Produktion muss im Interesse des Nachwuchses steigen

Die Filmproduktion in Deutschland koenne und muesse quantitativ und qualitativ gesteigert werden - der Produktions-Output zwischen Flensburg und Zugspitze liegt bei 500 bis 700 Mio. Euro, in GB bei 2,1 Mrd. und in Frankreich bei 1,4 Mrd. Euro. Nur so koenne auch Absolventen eine gerechte Chance gegeben werden. Im Gegensatz zu ihren Kommilitonen in Frankreich oder Grossbritannien, wo 90% der Absolventen schnell Arbeitsplaetze finden, sei die Quote mit 80% unter den Deutschen Filmhochschulern viel zu gering. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass 2/3 von ihnen dann vor allem fuers Fernsehen arbeiten. Die Ausgaben fuer Kultur sollten in der gegenwaertigen wirtschaftlichen Situation nicht gesenkt, sondern erhoeht werden, denkt der Kulturstaatsminister, Bernd Neumann. Sein Haushalt werde 2010 wohl auch wieder steigen. Allerdings sei es seinen Kollegen schwer zu vermitteln, dass der Film ein Stueck vom Kuchen abhaben moechte, wenn er sich gegenwaertig mit dem FFG die eigenen Finanzierungsquellen zerstoere. Als Wunsch der Branche wurden dem BKM die Erhoehung der Kulturellen Filmfoerderung des Bundes, in die momentan 32 Mio. Euro jaehrlich fliessen, mit auf den Weg gegeben. Darueber sind Neumanns Mitarbeiter mit dem Finanzministerium im Gespraeche. Neumanns "Baby" DFFF wird bis 2012 verlaengert. Vereinzelte Stimmen aus der Produzentenlandschaft wuenschen sich die Aufhebung der zeitlichen Begrenzung, die Mehrzahl aber eine Anhebung der jaehrlich zur Verfuegung stehenden Summe auf 80 bis 100 Mio. bzw. eine Aufhebung der Deckelung auf 60 Mio. Euro im Jahr.

Ein wenig mehr koennte gebraucht werden, denn nach der Evaluierung werden die Honorare deutschsprachiger Autoren auf die Kosten angerechnet werden koennen. Carl Woebcken, Studio Babelsberg, regte die Foerderung der Kosten fuer die VFX-Nachbearbeitung ueber den DFFF oder ein anderes Foerderinstrument an. Waeren sie innerhalb des DFFF als German Spend beruecksichtigt worden, haetten die betreffenden Firmen bei den Babelsberger Produktionen aus den Jahren 2007 und 2008 von Foerdergeldern in Hoehe von 14 Mio. Euro profitieren koennen. Geld, das sie gut brauchen koennen, um mit anderen europaeischen Laendern zu konkurrieren, wo der Aufbau dieses Zukunftszweiges finanziell unterstuetzt werde. Zum anderen, damit die Studios im Wettbewerb um internationale Grossprojekte nichts ins Hintertreffen geraten, weil dieser Teil der Produktion, der langfristig parallel zum Dreh vor Ort moeglich sein muesse, nicht gefoerdert wird und damit das gesamte Budget nicht konkurrenzfaehig sei. Martin Moszkowicz, Vorstand Constantin, mahnte ebenso die Modernisierung der Foerderungsinstrumente an, da andere Laendern den DFFF kopiert haetten. Dazu zaehlten auch steuerliche Erleichterungen fuer private Investoren, deren Beitrag wie in Frankreich zusaetlich zu den staatlichen Mitteln eingesetzt werden sollten. Um besonders die Moeglichkeiten kleiner Firmen zu verbessern, in den Genuss guenstiger Kredite zu kommen, regte er die Gruendung einer Deutschen Filmbank an.

7. John Rabe Favorit fuer Lola-Gala

"John Rabe" geht als Favorit in die Verleihung der Deutschen Filmpreise am 24. April 2009. Das Biopic erhielt sieben

Nominierungen, darunter als Bester Film, wo er mit "Der Baader Meinhof Komplex", "Chico", "Im Winter ein Jahr", "Jerichow" und "Wolke 9" konkurriert. Damit sind die Titel der etablierten Akademiemitglieder unter sich - raus gefallen ist mit "Novemberkind" das wohl beeindruckendste Debut der vergangenen Jahre. Christian Schwochow und seine Mutter Heide konnten sich zumindest ueber eine Drehbuch-Nominierung freuen. In dieser Kategorie dominieren die jungen Autoren, waehrend bei den Regisseuren die ueblichen Verdaechtigen auf der Liste sind. Mit US-Independent-Ikone Steve Buscemi und dem Chinesen Szenenbildner Tu Ju Hua sind bei der Koproduktion fuer "John Rabe" voellig verdient zwei Kuenstler nominiert worden, die nicht aus dem deutschen oder europaeischen Raum kommen. Die ausgelobte Praemie von 10.000 Euro wuerden sie im Falle der Wahl ebenso erhalten wie die anderen Gewinner. Teilnehmen koennen sie, weil "John Rabe" in Deutsch, Englisch, Chinesisch und Japanisch gedreht wurde, und Regisseur Florian Gallenberger und die Produzenten aus Deutschland stammen. Diesen strengen Kriterien der Filmakademie entsprachen andere Koproduktionen nicht - allen voran Golden-Globe-Gewinner und Oscar-Nominee "Waltz with Bashir", fuer dessen Musik Max Richter als einziger Deutscher im Vorjahr den Europaeischen Filmpreis erhielt.

Aber auch "Ein Leben fuer ein Leben - Adam Resurrected", wo Achim Krol sicher ein heisser Kandidat fuer die beste Nebenrolle waere, Tom Tykwers "International" mit einem wie immer grandiosen Kameramann Frank Griebe und nicht zuletzt "Operation Walkyrie - das Stauffenberg Attentat" und "Der Vorleser", wo Nachwuchs-Talent David Kross beeindruckt. Diese Filme wurden in diesem Jahr nicht eingereicht, womit alle Einzelleistungen deutscher Kuenstler unter den Tisch fallen. Das Problem der internationalen Koproduktionen brennt der Deutschen Filmakademie schon lange unter den Naegeln. Jetzt zeichnet sich eine Loesung ab. Ab kommemdem Jahr koennte, so ist es in der Akademie jetzt angedacht, anstatt der Lola fuer den besten auslaendischen Film auf deutschen Leinwaenden, die seit Jahren nicht mehr vergeben wird, eine Statuette fuer die Beste Koproduktion verliehen werden, die nach den Wuenschen der Akademie auch mit Preisgeld ausgestattet sein sollte, das vom BKM zusaetzlich bewilligt werden muesste. Das Haus von Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat dagegen betont, dass es alleine Sache der Akademie sei, wie die knapp drei Mio. Euro Filmpreispraemien verteilt werden. Es werde aber keine Erhoehung der Mittel geben.

<http://www.deutschefilmakademie.de>

8. Kurzmeldungen

Absage von mindesten 40 Fernsehfilmen

Die Finanzkrise hinterlaesst erste Spuren auf dem deutschen Film- und Fernsehmarkt. 40 Fernsehfilme, die die Produzenten seit mehreren Jahren entwickelt hatten, sind in den vergangenen Wochen gecancelt worden. Das sind doppelt so viel wie in den Jahren zuvor, ergab eine Umfrage der Allianz deutscher Produzenten - Film- und Fernsehen. Der Schwerpunkt lag bei den privaten Senderketten Pro7Sat1 und RTL, wo die Etats fuer Eigenproduktionen mit Blick auf den Rueckgang der Werbeeinnahmen massiv gekuerzt werden muessen.

<http://www.produzentenallianz.de>

Sozialplan fuer Berliner Sat1-Mitarbeiter

Die Sozialplanverhandlungen fuer die Berliner Betriebe von ProSiebenSat.1, die nach Muenchen/Unterfoehring umziehen sollen, sind erfolgreich abgeschlossen. Begleitet wurden die Verhandlungen von zahlreichen Protestaktionen und Streiks, zu denen ver.di seit Dezember aufgerufen hatte. "Mit diesen ersten Streiks im privaten Fernsehen und mit der ueberwaeltigenden Beteiligung und Geschlossenheit haben die Beschaeftigten die Unternehmensleitung erfolgreich unter Druck gesetzt. Nur deshalb wurden deutlich nachgebesserte Sozialplanregelungen erreicht", resuemiert ver.di-Tarifsekretaeer Matthias von Fintel das Ergebnis der Verhandlungen.

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=49ba457ec0547&akt=brancheninfos

Neuanfang fuer Berliner Union-Film

Die Berliner Union-Film am traditionsreichen Standort in Tempelhof wird wieder als Full-Service-Dienstleister im deutschen Film- und TV-Markt taetig sein. Im Rahmen einer uebertragenden Sanierung werden das laufende Geschaeff und die technische Kernmannschaft binnen kurzem auf eine neue Betriebsgesellschaft ueberfuehrt werden, die voraussichtlich auch den Namen der Vorgaengerin uebernehmen wird. Sie hatte am 28. Februar Insolvenzantrag stellen muessen. Die im Rahmen der Restrukturierung abzubauenen Mitarbeiter werden zum 1. April in eine Transfergesellschaft wechseln, um von dort in neue Arbeitsverhaeltnisse vermittelt zu werden. Die sozialvertraegliche Sanierung des Medienbetriebes konnte in gemeinsamer Anstrengung mit dem Betriebsrat und dem vorlaeufigen Insolvenzverwalter Christian Graf Brockdorff aus Potsdam entwickelt werden. Das Unternehmensgruppe Becker & Kries bleibt wie bisher Gesellschafter der Berliner Union-Film. Neben dem kuerzlich errichteten Servicecenter fuer das Filmequipment soll weiter an dem Ausbau des Medienstandorts Tempelhof gearbeitet werden, um das Unternehmen langfristig stabil am Markt zu positionieren.

http://mmm.verdi.de/archiv/2009/03/film/drohende_insolvenz

<http://www.BerlinerUnionFilm.de>

Jugendangebot von KiKa?

Kaum war die Idee in der Welt, droht sie schon wieder beerdigt zu werden. Im November hatte der damalige ARD-Vorsitzende Fritz Raff beim European Television Dialogue die Bildung einer Arbeitsgruppe angekuendigt, die dem Schwund der Zuschauer nach dem KiKa-Alter auf den Grund gehen sollte. Die Federfuehrung liegt bei MDR-Intendant Udo Reiter, aus dessen Einzugsgebiet der KiKa sendet. Offensichtlich wurden schnell Naegel mit Koepfen gemacht. KiKa-Programmgeschaeftsfuehrer Steffen Kottkamp kuendigte Anfang Maerz gegenueber dpa an, dass der Kanal bis 23.00 Uhr senden wolle, um aeltere Kinder und Jugendliche zu erreichen. "Wir muessen einraeumen, dass wir leichte Imageprobleme bei den aelteren Kindern haben", so Kottkamp. Die TV-Reihe "Krimi.de", eine Art "Tatort" fuer Jugendliche, soll oefter ausgestrahlt werden. Auch die Reihen "Dein Song", bei der der von den Kindern selbst geschriebene beste Musiktitel praemiert wird, und "Die beste Klasse Deutschlands", ein Quiz, sollten ausgebaut werden. Im Spaetsommer wird im Nachmittagsprogramm durchgaengig ein Dokusoap-Sendeplatz geschaffen. Der Bayerische Rundfunk will eine Reihe ueber Schueler entwickeln, die auf dem Schiff zur Schule gehen. Der Ki.Ka selbst produziert die Reihe "Ich" ueber Jugendliche, die in Communitys wie MySpace oder Facebook zu Hause sind, und das ZDF pruefe derzeit eine Dokusoap ueber eine Jungen- WG. Fuer die Verlegung des Sendeschlusses ist die Zustimmung der ARD- und ZDF-Gremien noetig. Eine Programmweiterung sei aber ohne Budgetanpassung nicht moeglich, sagte Kottkamp. Der Etat betraegt gegenwaertig 80 Millionen Euro.

Bayern Muenchen fordert Konjunkturprogramm fuer Fussballkicker

Waehrend Dieter Hoeness mit der Verpflichtung von Andrej Woronin fuer Hertha BCS die Spitze der Tabelle erobert hat, fordert Bruder Ulli in der "WirtschaftsWoche" ein Konjunkturprogramm fuer Bayern Muenchen, um Tabellenspitze und Campions League zu erobern. Zwei Euro pro Monat solle jeder Haushalt mit den Fernsehgebuehren an die Oeffentlich-rechtlichen Sender zahlen, damit diese ihre Berichterstattung ausdehnen und die Vereine das Kleingeld - 900 Mio. Euro - im Saeckel haben. Nur so koenne die Unterfinanzierung der Bundesliga-Vereine beendet und mit den finanziellen Moeglichkeiten der Klubs aus Spanien, England und Italien mitgehalten werden. Sollte die Zwangsabgabe fuer "notleidende Kicker" nicht klappen, hat der Muenchner schon einen Plan B. Gesucht wird die Person, die der Liga endlich ein Bezahlfernsehen schenkt, das deren finanziellen Vorstellungen gerecht wird. Waehrend Hoeness Vorstoss bei der Liga ein geteiltes Echo ausloesten, zeigten sich Landes- und Bundespolitiker empoeert. Auch ARD und ZDF reagierten natuerlich negativ. Die rote Karte erhielt er indes auch von den Deutschen: 88% halten Hoeness Vorstoss fuer einen vorgezogenen Aprilscherz.

Urheberrecht fuer Filmschaffende

Einen hervorragenden, an der Praxis orientierten Ueberblick zu allen Fragen des Urheberrechts fuer Filmschaffende vom Drehbuchautor und Regisseur sowie Schauspieler bis hin zu Szenenbildnern, Maskenbildner und Cuttern bietet das von Stefan Haupt in der Reihe "Berliner Bibliothek zum Urheberrecht" herausgegebene Buch "Urheberrecht fuer Filmschaffende". Dazu kommen von namhaften Experten verfasste Kapitel zur Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften, zur Regelung unbekannter Nutzungsarten bei "Altfilmen" sowie ein Ueberblick ueber Steuerrecht fuer Filmschaffende. Erschienen ist das Buch in Medien und Recht Verlags GmbH.

<http://www.mur-verlag.de>

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persoendlich an unter www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php3.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Hamburg
Olaf Hofmann
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
fon: 040.28056067, fax: 040.25328815
mail: <mailto:olaf.hofmann@connexx-av.de>

Redaktion: Olaf Hofmann

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschaeftsfuehrer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover

Quelle: www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?akt=publikationen_newsletter_bfv&id=49ccfda12a302

Zeitpunkt des Ausdrucks: 27.03.2015 11:00:36



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 04/2009

BFV-Newsletter 04/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den vierten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter fuer bessere Information und Transparenz bei den Beschaeftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschaeftigten. Er tritt fuer Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenueber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/brancheninfos_bfv.php3).

Inhalt:

1. Olaf Scholz muss nachsitzen
2. Neues FFG spaetestens Ende Mai - aber ein Nachtragshaushalt
3. MDR in der Kritik der Rechnungshoefe
4. Erster Erfolg im Kampf gegen Filmpiraterie
5. Metropolis zur Berlinale 2010
6. Verhandlungen ueber Rechteverteilung mit Sendern
7. Grosser Abend fuer deutsche Synchronstimmen 2009
8. Meldungen
9. Impressum / Abo

1. Olaf Scholz muss nachsitzen

"Mit dem Gesetzentwurf zur verkuerzten Anwartschaftszeit fuer unstetig Beschaeftigte macht das Bundesministerium fuer Arbeit und Soziales aus Sicht von ver.di einen Schritt in die richtige Richtung. Kuenftig sollen demnach bereits ab sechs Monaten Beschaeftigungszeit innerhalb einer Rahmenfrist von zwei Jahren Ansprueche auf Arbeitslosengeld 1 entstehen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfuellt werden," betont der stellvertretende ver.di-Vorsitzende, Frank Werneke. Zuvor war ein Jahr gefordert, was nur Beschaeftigte bei lang laufenden Serien erreichen konnten.

Um die geforderten Tage zu erreichen, wurden nach Einfuehrung der Agenda 2010 Sonderregelungen zwischen Produzenten und Gewerkschaften vereinbart - so die pauschale Anrechnung von drei Tagen Probe je Drehtag bei den Schauspielern oder Arbeitszeitkonten fuer Filmschaffende, mit denen Ueberstunden auf weitere Tage verteilt werden. Die Gewerkschaften schaeetzen aber, dass 60% der Produktionen nicht auf sie zurueckgreifen und die Regelungen nicht im Sinne der Tarifregelung umsetzen. Daher forderten sie weiter eine gesetzliche Neuregelung, um die Gefahr der Hartz-IV-Zeiten und der damit verbundenen sozialen Misere zu beseitigen oder zumindest stark zu reduzieren. Dies wurde auch von der Enquetekommission des Bundestages so gesehen. Doch es dauerte lange, bis SPD und CDU Taten folgen liessen.

Noch zur Berlinale standen sich die Positionen zur Neureglung unversoehnlich gegenueber. Das Haus von Bernd Neumann favorisierte eine Loesung auf Grundlage des Schweizer Modells, bei dem die ersten 30 Tage eines Drehs doppelt bei der Anrechnung auf die Sozialversicherungspflicht zaehlen. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt in der Schublade und der Minister war Mitte Maerz noch guten Mutes, dass er nach Abstimmung in der Koalition und den Vertretern der Betroffenen das Kabinett passieren wird. Das Haus von Olaf Scholz ueberraschte Ende Maerz mit einem anderen Gesetzentwurf, der am 28. April im Kabinett beraten wird. Nach einem Hearing am 7. April gaben die Gewerkschaft ver.di und Berufsverbaende zum 17. April ihre Stellungnahmen ab. Unisono begruessen sie, dass sich der Gesetzgeber bewegt.

Doch in drei Punkten fordern sie Nachbesserungen, damit der Grossteil der Mitarbeiter an den Sets nicht weiter gezwungen ist Beitrage in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, aber nie in den Genuss von Leistungen kommt. Als voellig inakzeptabel wird der Vorschlag angesehen, bei der Berechnung der Leistungen nur Arbeitsverhaeltnisse zu beruecksichtigen, die nicht laenger als einen Monat dauern. Das widerspricht den Produktionszeiten aller fiktionalen Programme. Schon bei einer gaengigen Tatort-Produktion kommen die Filmschaffenden mit Urlaubstagen und Zeitkonto auf 5-6 Wochen, manche Abteilungen auf noch mehr, wobei Arbeitszeiten von 60 Stunden und mehr in der Woche die Regel sind, Wochenend- und Nachtarbeit ebenso dazu gehoeren. Kurz - bis auf Schauspieler in Nebenrollen oder Beschaeftigte, die nicht in Schluesselpositionen taetig sind, fallen alle Beschaeftigten durch das Raster.

Zweiter wesentlicher Kritikpunkt ist die vorgesehene finanzielle Deckelung. Wer mehr als 30.240,- Euro im Jahr verdient, soll leer ausgehen. Was eindeutig dem Gleichbehandlungsgrundsatz gegenüber anderen Einzahlern widerspricht. Die Gewerkschaft fordert daher eine Verdoppelung der 30.240,- Euro auf 60.480 EURO. Last but not least wird eine Wartezeit eingeführt, die individuell aus der durchschnittlichen berufstypischen Beschäftigungspause errechnet werden soll. Was sich hinter diesem Beamtendeutsch verbirgt, kann keiner so recht sagen. In dieser Zeit besteht weder Anspruch auf ALG 1 oder Hartz IV. Vor allem aber sind die Beschäftigten dann weder Kranken- noch Rentenversichert. Ver.di fordert daher eine Streichung dieses Passus.

Die Einwände werden geprüft, Bernd Neumann wird am Ball bleiben. Die Begrenzung der Anrechnungszeit auf einen Monat wird wohl fallen. Drei Monate werden es aber in Abgrenzung zu den so genannten Saisonarbeitern höchstens sein. Andere Hürden scheinen schwerer zu überwinden zu sein. Angelika Krueger-Leissner, filmpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, hatte in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf betont, dass mit der Begrenzung der Einkommen nur die in den Genuss des Arbeitslosengeldes kommen, die wirklich darauf angewiesen sind. "Schon jetzt ist klar: nicht alle Wünsche können erfüllt werden. Deshalb begrüesse ich es, dass die Regelung nach drei Jahren auf den Prüfstand kommen soll, um bei Bedarf nachzjustieren." Was für viele Beschäftigte wohl weiter bedeuten könnte, einzahlen in die Solidargemeinschaft ja, aber Leistungen wird es keine geben.

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=49ec98b95f224&akt=brancheninfos

2. Neues FFG spätestens Ende Mai

"...und die Lola geht an ..." hiess es am 24. April unter dem Berliner Funkturm. 500.000 Euro kann der stolze Gewinner in einen neuen Film investieren. Im Moment müsste Kulturstaatsminister Bernd Neumann eher formulieren "könnte", denn die Prämien liegen wie die gesamte Referenzfilmförderung als Belohnung für einstige Kassenschlager auf Eis. Neumann musste die Auszahlung stoppen, nachdem Kinobesitzer gegen das Filmförderungsgesetz beim Verwaltungsgericht in Leipzig erfolgreich geklagt hatten und die Kinoketten UCI, Cinestar, Kinopolis und Cinemaxx AG ihre Zahlungen im Rahmen des Gesetzes unter Vorbehalt gestellt hatten. Dadurch ist akut der Dreh von 31 Filmen mit einem Produktionsvolumen von 100 Mio. Euro gefährdet. Hoffnung auf eine Verbesserung haben die Filmschaffenden durch die Arbeit der FFA und die jetzt vorliegende Begründung des Urteils geschöpft. Ohne Wenn und Aber wurde festgestellt, der deutsche Film sei ohne Förderung nicht lebensfähig. Ausserdem wisse niemand im Vorfeld, welche Titel an der Kinokasse Erfolg bringen. Daher sei eine grosse Bandbreite an Genres und Geschichten notwendig. Damit nahmen die Richter den Klägenden den Wind aus den Segeln. Sie hatten argumentiert, sie kämen ohne Movies made in Germany aus. Trotzdem werden sie nicht so schnell zahlen, da sie in einem entscheidenden Punkt Recht bekamen. Es sei kein Eingriff in die Programmfreiheit der Fernsehsender, wenn sie zu Zahlungen für die Filmförderung verpflichtet werden, konstatierten die obersten Verwaltungsrichter. Zumal sie seit 1974 im Rahmen der FilmFernsehabkommen freiwillig zahlen.

Angedacht war die gesetzliche Verpflichtung der Sender seit Jahrzehnten. Die Bundesregierungen machten stets einen Rückzieher, wenn die Sender mit einem Gang zum Bundesverfassungsgericht drohten, da Rundfunk in die Hoheit der Länder falle. Ob sie jetzt diesen Weg gehen würden, ist ungewiss. "Dies ist eine hypothetische Frage, zu der wir uns äussern, wenn sie sich stellt," heisst es aus der ARD. Die Sender stehen zu ihrer freiwilligen Verpflichtung, obwohl die neuen FilmFernsehabkommen nicht unterzeichnet sind. Es seien noch nicht alle Fragen geklärt, betont die ARD. "Wir beabsichtigen, ein angepasstes Film-Fernsehabkommen zu unterzeichnen. Dieses wird in den nächsten Wochen abgestimmt werden, parallel zur Abstimmung eines Gesetzentwurfs zur Änderung des FFG" bekräftigt Stefan Gaertner, Senior Vice President der German Free TV Holding, die Haltung der Gruppe ProSiebenSat1.

Zugleich an der Waage sind auch die Bundesländer. Sie senden positive Signale an Bernd Neumanns Haus, dass sie ein Stück ihrer Kulturhoheit aufgeben und sich ihm nicht in den Weg stellen. Der Teufel bei der Neuformulierung des Gesetzes steckt im Detail. Bis zu 3% ihres Nettoumsatzes zahlen die Kinos. Die Fernsehsender nur einen Bruchteil. Vor allem zahlen sie einen Teil ihres Beitrags durch die Ausstrahlung von Werbespots für deutsche Filme. Diese Werbung wollen sich die Kinobesitzer auch anrechnen lassen. Trotz der kniffligen Lage ist Bernd Neumann zuversichtlich, in der 2. Maiwoche, aber spätestens Ende dieses Monats einen mit allen Beteiligten abgestimmten novellierten Gesetzentwurf zur Filmförderung vorlegen zu können. Die Verhandlungen sind schwierig, nicht nur, weil vom Filmtheaterkongress in Baden-Baden keine positiven Signale zu vernehmen sind. So lange können die Filmschaffenden nicht warten.

Daher hat die FFA einen Nothaushalt vorgelegt, der vom BKM bewilligt wurde und am 30. April verabschiedet wird. Dann können wieder Referenz-Gelder für die Produktion bewilligt werden.

3. MDR in der Kritik der Rechnungshoefe

Die Rechnungshoefe der Vertragsländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen rügen in ihrem Bericht zu operativen Geldgeschäften der Dreiländeranstalt Spekulationen mit "risikobehafteten Geldanlagen". Gemeint sind so genannte 'Genussscheine', 'Floaters' und 'Reserve Floaters'. Diese Papiere gelten im Allgemeinen als sehr sicher, ihr Ertrag ist jedoch - im Gegensatz zu Festanlagen - nicht garantiert. Sie soll der MDR laut Rechnungsprüfern "unzulässigerweise als festverzinsliche Wertpapiere eingestuft" haben beziehungsweise im Fall der Genussscheine als Rentenpapiere ausgewiesen haben.

Der MDR hingegen widerspricht dieser Darstellung, auch weil er gegen die von ihm selbst aufgestellte Maxime

verstossen habe, nicht mehr als 35 Prozent des eigenen Kapitals in Aktien und aehnliches zu investieren. Sie hatten damit 2000 die Lehren aus einem ersten Desaster gezogen: Bereits in den Neunziger Jahren wurden nicht verwendete Mittel aus den Rundfunkgebuehren, Steuergelder und Werbeeinnahmen in sieben Spezialfonds angelegt. Drei waren an keinen bestimmtem Zweck gebunden und sollten laut MDR fuer wirtschaftsschwache Jahre beiseite gelegt werden. Ende 2000 hatten sie einen Wert von knapp 625 Mio. Euro. Wegen dramatischer Kursverluste sank der Wert der Ruecklagen bis Ende 2002 auf rund 464,7 Mio. Euro. Seit 2003 sei dieser wieder kontinuierlich angestiegen.

Im Oktober 2000 wurde bekannt, dass der Sender bei einem Geschaeff mit Ecuador-Anleihen 2,6 Mio. Mark verloren hat. Im Juni 2002 folgten Verluste aus dem Geschaeff mit Argentinien-Anleihen von etwa 9,3 Mio. Euro. Intendant Udo Reiter unterzeichnete schon am 4. Dezember 2000 die Dienstanweisung zur Verwaltung des Finanzvermoegens. Demnach durften ab sofort nur noch maximal 35 Prozent des gesparten Kapitals in Aktien und aehnlich unsichere Papiere investiert werden. Ob dies eingehalten wurde, ist jetzt umstritten. Der MDR wehrt sich vehement gegen den Vorwurf, "GEZ-Millionen an der Boerse verzockt" zu haben. Tatsaechlich ist die Lage unklar. Dass die Sendeanstalt fahrlaessig Millionen verloren haette, ist wahrscheinlich uebertrieben. Nach den schwachen Boersenjahren 2001 und 2002 wuchs die "stille Reserve" des MDR gegen Ende 2005 auf rund 536,6 Millionen Euro an. Im Zuge der Finanzkrise sei der Wert der Papiere jedoch deutlich zurueckgegangen, schreiben die Rechnungspruefer. Tatsaechlich koennte der Sender also Millionen Euro an der Boerse verlieren. Die Durchschnittsverzinsung aller Fonds seit Auflegung belaeuft sich immer noch auf 3,7 Prozent pro Jahr, betont dagegen die Intendanz in Leipzig. Dazu kommt der fade Beigeschmack, dass das Geld der Gebuehrenzahler fahrlaessig angelegt wurde und nicht ins Programm geflossen ist. So sahen es auch die Rechnungshueter in ihrer Empfehlung vom August 2008. Heiko Hilker, MDR-Insider und Abgeordneter der Linken im Saechsischen Landtag, vermutet gegenueber stern.de sogar dubiose Absichten hinter dem Finanzgebahren der MDR-Fuehrung: "In den Aktienfonds wurde ein Vermoegen erwirtschaftet und in der Sendeanstalt gespart. Alles lief auf die Bilanz des Jahres 2008 hinaus." Dem Jahr in dem Intendant Udo Reiter in seine vierte Amtszeit gewaehlt wurde. "Ich gehe davon aus, dass Herrn Reiter und dem Finanzvorstand die Verstoesse bekannt waren", so Hilke weiter.

Ein bitterer Beigeschmack bleibt auf jeden Fall. Seit Jahren klagt der Sender ueber besonders hohe Gebuehrenaussaetze durch die hohe Zahl von Gebuehrenbefreiungen der Hartz IV-Empfaenger und wollte sparen. Von 100 Millionen Euro in der laufenden Gebuehrenperiode war im Sommer 2008 die Rede. 2007 war das der Grund fuer einen Einstellungsstopp. Ausserdem drohen dem Sender Steuernachzahlungen in Millionenhoeh. Laut einem Bericht der "Dresdner Neuesten Nachrichten" vom August 2008 drohen dem Sender Steuernachzahlungen in Hoehe von 130 Mio. Fuer Werbeeinnahmen aus den Jahren 1995 bis 1998. Gegen den Bescheid des Finanzamtes hat der Sender geklagt. Hier koennte ein weiteres Finanzloch drohen. Andererseits - so anruechig wie es auf den ersten Blick scheint, ist das Finanzgebahren der Anstalt nicht. "Bild" zitiert MDR-Sprecher Stefan Mugrauer: "Gelder werden angelegt, weil sie zur Bedienung zukuenftiger Verpflichtungen wie Leasingraten, Betriebsrenten sowie anderer Verbindlichkeiten benoetigt werden.

Dies ist bei den Landesrundfunkanstalten gaengige Praxis." Tatsaechlich verpflichtet die Gebuehrenkommission KEF laut "FTD" die oeffentlich-rechtlichen Sender, fuer die Altersvorsorge Fonds aufzulegen, und macht ihnen Renditevorgaben, die ohne ein gewisses Risiko nicht zu erfuellen sind.

Ausserdem werden alle ARD-Anstalten von den Politikern angehalten, Gebuehren fuer betriebsfremde Zwecke einzusetzen, was bereits vor einigen Jahren beim WDR fuer Aufregung sorgte. Der Sender muss 2% der Rundfunkgebuehren an die Landesmedienanstalt (LfM), damit die ihren gesetzlich bestimmten Aufgaben ordnungsgemaess nachgehen kann. Diese hatte mit dem Geld auch Ruecklagen fuer Direktoren-Pensionen, Einrichtung und Foerderung Offener Kanale im Kabelnetz oder zur technischen Ausstattung ihres Gebaeudes im Duesseldorfer Medienhafen, obwohl sich das problemlos aus dem laufenden Haushalt bezahlen liesse. Aus einem einfachen Grund: Bleibt bei der Landesmedienanstalt am Ende eines Jahres Geld uebrig, muss es laut Gesetz an den WDR ueberwiesen werden, damit der Gebuehregelder sparen kann. In den Jahren 1994, 1995, 1996, 1997 und 1998 betrug der Ueberweisungsbetrag an den WDR insgesamt genau 0,00 Euro.

Diese Fakten duerften selbst Politikern kaum bekannt zu sein - insofern muss der MDR trotz seiner riskanten Geschaefte beinahe in Schutz genommen werden.

4. Erster Erfolg im Kampf gegen Filmpiraterie

Hugh Jackman ist sauer. "Ich sah in die mueden Augen der Special Effect-Spezialisten, mit denen ich gerade die letzten Szenen von `X Men - Wolverine` bearbeitet hatte, als uns die Nachricht traf, dass der Film schon im Netz stehe," erzaehlt der Schauspieler und Produzent. "Piraterie ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verbrechen, das entsprechend geahndet werden muss. Daher freue ich mich auch ueber die klaren Urteile im Stockholmer Pirate Bay Prozess und hoffe, dass die franzoesische und andere Regierungen jetzt Gesetze verabschieden, die eine weitere Strafverfolgung moeglich machen."

Jackman spielt auf das spektakulaere Urteil eines Stockholmer Gerichts an, die vier Betreiber des Internet-Portals Pirate Bay in Stockholm, die sich gerne als Rebellen gegen greisenhafte Musikkonzerne und verkrustete Verwertungs-Strukturen sahen, fuer ein Jahr hinter schwedische Gardinen zu schicken und zu Schadenersatz fuer Firmen der Musik- und Filmindustrie in Hoehe von 2,7 Mio. Euro zu verdonnern. 22 Mio. Nutzer wollen sie nach eigenen Angaben gehabt haben. Im Gegensatz zur Tauschboerse Napster, wo Dateien im Stueck unter den Nutzern weiter gereicht werden, ersannen die Schweden ein Modell, das als juristisch schwerer angreifbar gilt. Beim BitTorrent-Verfahren werden die Kunstwerke in viele kleine Stuecke zerlegt, die von unterschiedlichen Anbietern zum Download angeboten werden. Die entsprechenden Informationen, wer welches Puzzleteil hat, stellt Pirate Bay zur

Verfuegung. Erst auf dem Empfaenger-Rechner werden sie wieder zusammengesetzt.

Die Angeklagten hatten argumentiert, sie haetten nur die Infrastruktur bereitgestellt und waeren weder fuer die Inhalte noch fuer deren Gebrauch verantwortlich zu machen. Das sahen die Richter anders und staerkten die Position der Urheber. Alleine die Filmindustrie beklagt Verluste von 5 Mrd. Euro im Jahr - was einen Teufelskreis ausloest.

Floessen sie rechtmassig an der Kinokasse und in den weiteren Verwertungsketten, waeren Tickets und DVDs preiswerter. "Ich hoffe, dass das Urteil der Anfang von einer Reihe von Massnahmen sein wird," betont auch Martin Moszkowicz, Vorstand der Constantin. Seit der letzten Aenderung im deutschen Urheberrecht hat die erfolgreichste deutsche Filmproduktionsfirma ueber die Gerichte bei den Providern Tausende Adresse von Uploader ihrer Filme ermitteln lassen. An sie wurden Abmahnungen verschickt, dass sie eine Verletzung des Urheberrechts begangen haetten.

Die Betroffenen muessen u.a. die Rechtskosten uebernehmen, was in den meisten Faellen schon Abschreckungseffekt genug ist. "80% der Up- oder Downloader lassen es sein, wenn sie erwischt wurden," weiss Moszkowicz.

Das entspricht der Quote, die sich Familienministerin Ursula von der Leyen von der Sperrung bzw. Kennzeichnung von Seiten mit Kinderpornografie erhofft. Zufaellig unterzeichnete sie am Tag des Stockholmer Urteils mit den fuehrt grossen Providern in Deutschland, die rund 90% des Marktes abdecken, eine freiwillige Vereinbarung, kuenftig solche Seiten zu verbannen. "Das zeigt uns, dass es technisch moeglich ist, die Angebote herauszufiltern und zu sperren. Wir hoffen, dass diese Richtung auch bei den Urheberrechtsverletzungen im Film- und Fernsbereich eingeschlagen wird," hofft Martin Moszkowicz fuer alle Produzenten.

Solche Allianz und die individuelle Abschreckung scheinen notwendig, um das illegale Downloaden in den Griff zu bekommen. Zum einen, weil sich die Provider gegen das Datensammeln sperren. Die Angeklagten im Pirate Bay haben nicht nur Berufung eingelegt und wollen gegebenenfalls bis zum Europaeischen Gerichtshof gehen.

Gravierender ist vielmehr, dass die schwedischen Provider Pirate Bay nicht die Rote Karte gezeigt haben und abwarten. Und selbst wenn die Schweden abgeschaltet werden - die nach dem gleichen Prinzip arbeitende hollaendische Mininova-Site hat nach eigenen Angaben heute schon mehr Zugriffe als die Skandinavier. Und nicht zuletzt soll es auch ueber google moeglich sein, sich Filme und TV-Serien zusammenzustueckeln. Aber, auch das ist leider bekannt, viele Anbieter stehen in Laendern, in denen Urheberrechtsschutz ein voelliges Fremdwort ist.

Kino.to - unverkennbar in Togo stationiert - sorgte bei manch Filmfreund sogar fuer eine unliebsame Ueberraschung, da mit dem Film auch Viren auf dem Computer landeten.

5. Metropolis zur Berlinale 2010

Die Berlinale feiert im Februar 2010 ihren 60. Geburtstag und bietet einen aufregenden Blick in die Filmgeschichte. 83 Jahre nach der Urauffuehrung wird wieder eine Gesamtversion von Fritz Langs "Metropolis" gezeigt werden, dessen ausufernde Kosten in Hoehe von angeblich fuehft Mio. RM die Ufa 1926 beinahe in den Ruin getrieben hatten. Nach heftigen Verrissen hatten die Produzenten von rund drei Stunden gekuerzt. Die herausgeschnittenen Szenen landeten im Papierkorb und galten als verschollen. Es schien, dass Langs Werk als Fragment ueberliefert bleibt und niemals wieder vollstaendig aufgefuehrt werden kann. Voellig ueberraschend tauchten dann im vergangenen Jahr Buechsen mit einer vollstaendigen Fassung im Museo del Cine in Buenos Aires auf. Die wertvollen Filmmeter sind mittlerweile in Wiesbaden, denn die Rechte gehoeren der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung.

Sie hat vor wenigen Wochen mit dem Vergleich den ueberlieferten Fassungen, die 1984 und 2001 von den Archivaren zusammengestellt worden waren, mit der neu aufgetauchten Version begonnen. Dies ist der erste Schritt fuer die Restaurierung des Filmes unter Beruecksichtigung und Einbeziehung aller weltweit vorhandenen Materialien.

Neben "Metropolis" konzentrieren sich die Archive auf ein zweites Grossprojekt zum 120. Geburtstag des Regisseurs. Die Wiederauffuehrung von Fritz Langs Zweiteiler "Die Nibelungen" mit der Originalmusik, die vom Sinfonieorchester des Hessischen Rundfunks neu eingespielt wurde, ist ebenfalls fuer 2010 geplant. "Wir konzentrieren uns auf diese beiden Projekte, nachdem wir in den vergangenen Jahren viele Werke im Kino oder als DVD-Editionen fuer die Oeffentlichkeit zugaenglich gemacht haben, bei denen die Material-Ausgangslage einfacher war", betont Helmut Possmann, Vorstand der Murnau-Stiftung. Doch mehr geht im Moment nicht. Jede Restaurierung ist wegen des Arbeits-Aufwandes nicht nur langwierig, sondern auch kostenintensiv. Das Wiedererstrahlen der "Nibelungen" kostet alleine rund 400.000 Euro, in die die digitale Abtastung des Materials fuer die DVD-Edition noch nicht eingerechnet ist.

Die Kosten und die vorhandenen finanziellen Moeglichkeiten bringen die Wiederauffuehrung des deutschen Filmerbes zunehmend in Gefahr. "Der Filmstock ist weitestgehend gesichert. Aber viele Filme muessen bearbeitet werden, damit sie wieder gezeigt werden koennen" beschreibt Possmann den Ueberlieferungszustand der deutschen Filme bis 1945, fuer die die Stiftung die Rechte besitzt. Dazu gehoeren 2000 Stumm-, 1000 Ton- und rd. 3000 Kurzfilme. Possmann moechte die Schaetze der Filmkunst der Oeffentlichkeit in hoher Qualitaet zugaenglich machen. Die Stiftung finanziert ihre Erhaltungsarbeit jedoch ausschliesslich aus Einnahmen der bundeseigenen Transit-Film GmbH, die ruecklaeufig sind. "Weder die Murnau-Stiftung noch die uebrigen Archive mit aehnlichem Auftrag und vergleichbaren Aufgaben koennen das alleine leisten" stellt Possmann fest. Die finanziellen Mittel fuer die Filmarchivierung wurden 2009 nicht erhoehrt, obwohl der Haushalt von Kulturstaatsminister Bernd Neumann um 1,5% stieg. Ueber 2010 wird gerade verhandelt.

<http://www.murnau-stiftung.de>

6. Verhandlungen ueber Rechteverteilung mit Sendern

Der Rechte Buy-Out deutscher Fernsehsender muese aufhoeren, damit die Produzenten die Chance haben, sie selbst ebenfalls zu verwerten und so das dringend benoetigte Eigenkapital zu bilden, ist eine der zentralen Forderungen der Produzentenallianz gegeneuber den deutschen Fernsehsendern. Die Produzenten wollen selber Rechte fuer die Verwertung im Ausland erwerben oder ihre Filme und Sendungen selbst zweit verwerten. Dabei zielen sie vor allem auf den sich gerade entwickelnden Markt im Netz und bei den digitalen Sendern. Als Gesprachsgrundlage hat die Produzentenallianz am 19. Maerz 2009 den "Forderungskatalog Terms of Trade zur Neuregelung der Mindestvertragsbedingungen der Produzenten bei Auftragsproduktionen fuer Fernsehsender in Deutschland" vorgelegt, in dem sechs grundlegenden Punkte benannt werden. Vorrangiges Ziel ist dabei, dass mit der Grundverguetung nur die "primary rights", eine limitierte Nutzung des Senderechts, abgegolten sind. Darueber hinausgehende "secondary rights" sollen beim Produzenten verbleiben. Besonders erfolgreiche Programme sollen mit einer Bonusregelung/Erfolgsbeteiligung honoriert werden. Weiterentwicklungs- und Formatrechte an vom Produzenten entwickelte oder erworbene Formate verbleiben beim Produzenten.

Ausserdem solle der Kalkulationsrealismus gewahrt bleiben. Dahinter steht, dass die Herstellungskosten einschliesslich der Entwicklungs- und Finanzierungskosten vollstaendig und transparent widergespiegelt werden sollen. Die Zahlungsziele sollen dem tatsaechlichen Cash-Flow der Produktion entsprechen. Last but not least, sollte eine beauftragte Produktion nicht ohne Zustimmung des Produzenten an einen anderen Produzenten uebertragen werden koennen.

Mit der ARD begannen Anfang April die Verhandlungen, das ZDF wird bald folgen. Aehnlich ist die Situation bei den privaten Sendern - mit der Pro7/Sat1-Sendergruppe haben Ende Maerz erste Sondierungen statt gefunden, RTL wird folgen. Dabei zeichnen sich unterschiedliche Ansaetze ab. Bei 100prozentig von den Sendern finanzierten Programmen, fallen weiterhin alle Rechte an sie. Ansonsten zeichnen sich zwei Modelle ab - der Sender verwertet alle Rechte und reicht einen Teil der Erluese an den Produzenten weiter. Oder er verzichtet auf einen Teil der Rechte und der Produzent kann sie selbst verwerten. Eines ist dabei jedoch sowohl fuer die privaten als auch die oeffentlich-rechtlichen Sender klar: Wenn sie Rechte abgeben, wollen sie zumindest die Budgets einfrieren, wenn nicht sogar senken.

<http://www.produzentenallianz.de>

7. Grosser Abend fuer deutsche Synchronstimmen 2009

Sabine Arnholt erhielt fuer die "Die Unbekannte", in der sie Xeniya Rappoport spricht, den deutschen Synchronpreis 2009. Ihr maennliches Pendant ist Olaf Reichmann, der in "Schmetterling und Taucherglocke" Mathieu Amalric die Stimme lieh. Sie setzten sich gegen Ulrike Johannson (Marijke Pinoy in "Ben X") und Luise Helm (Poppy in "HAPPY-GO-LUCKY") sowie Hannes Maurer (im Kinohighlight "Gomorrha" als Ciro Petrone) und David Nathan (Tim Roth in "Jugend ohne Jugend") durch. Die 12jaehrige Pauline Hillebrand aus Potsdam erhielt den Preis als beste Nachwuchssprecherin fuer ihre Synchronarbeit in "Die Unbekannte". Als "herausragendes Dialogbuch wurde die Vorlage von Beate Kloeckner fuer "Schmetterling und Taucherglocke" geehrt. Sie hatte Konkurrenz von "Ich habe den englischen Koenig bedient" von Horst Geisler und "HAPPY-GO-LUCKY" von David Nathan.

In der KATEGORIE "herausragende Synchronregie" setzte sich Christoph Cierpka mit dem Film "Gomorrha" gegen Beate Kloeckner ("Schmetterling und Taucherglocke") und Juergen Neu ("Toedliche Entscheidung) durch.

Als "herausragend synchronisierter Animationsfilm" wurde die Kultserie "Spongebob Schwammkopf" von NICK/MTV bewertet. Den Preis erhielt der Einreicher, die Deutsche Synchron Filmgesellschaft. Als "herausragende TV-Serie" wurde die deutsche Bearbeitung der britische Comedy Serie "EXTRAS" durch die Berliner Synchron AG geehrt. Sie schlugen "Drachenjaeger", bearbeitet von Interopa, und "Ricky Sprocket Showbiz Boy" von NICK/MTV, bearbeitet von der Berliner Synchron AG, sowie "Kommissarin Lund - Das Verbrechen", Bavaria, und die Krimiserie "Standoff" in der Synchro durch die FFS.

Der Ehrenpreis der Jury fuer das "herausragende Gesamtschaffen", als Anerkennung fuer besondere Leistungen im Synchronschaffen, wurde Barbara Ratthey am 2. April in Berlin unter grossem Beifall ueberreicht. Sie ist unter anderem die markante deutsche Stimme von Estelle Getty in "GOLDEN GIRLS". Eine besondere Erwaehnung erhielt die Berliner Synchron AG fuer die deutsche Bearbeitung des Films "Verschwuerung der Herzen". Nichts ueber behinderte Menschen ohne behinderte Menschen". Als deutsche Voiceover-Stimmen der Protagonisten wurden erstmalig zwei Schauspieler mit Down-Syndrom besetzt: Jan-Patrick Kern und Mario Gaulke vom Berliner Theaterensemble RambaZamba unter der Leitung von Gisela Hoehne.

8. Meldungen

Unmut ueber Verhalten deutscher Schauspieler

Warum die Morgenpost kein Interview mit Heike Makatsch bringt, berichteten "Welt" und ihre Berliner Schwester am 10. Maerz. Die von der Entertainerin gewuenschten Streichungen seien so gravierend, dass sie nicht mehr dem Gespraech entspraechen. Kein Einzelfall. Auch andere Zeitungen verzichteten auf Interviews mit Makatsch, da die von ihrem Management frei gegebenen Texte belanglos wurden. Anderen Zeitungen wurden Interviewabdrucke untersagt und mit Klage gedroht. Makatsch ist kein Einzelfall - vor einigen Jahren hatte die "Morgenpost" aehnliches ueber Katja Riemann berichtet. Eine andere Zeitung hatte die Kopie eines Gespraechs mit Hanna Herzprung mit den von ihr vor genommenen Schwaerzungen abgedruckt. Sie bringen den Unmut der Journalisten ueber die weltweit

einmalige Unsitte zum Ausdruck, dass das gesprochene Wort deutscher Schauspieler keinen Wert mehr hat und Zitate, aber Texte und Fotos autorisiert werden sollen.

Nach den in so genannten Gegenlesvereinbarungen formulierten Bedingungen liegen alle Rechte beim Interviewten. Sie bedingen sich mal sieben Tage Bearbeitungszeit aus, wenn zwischen Interview und Premiere acht Tage liegen. Doch oft warten Journalisten so lange auf die Freigabe, dass der Redaktionsschluss ueberschritten ist. Gerne auch, weil der Betreffende bis 11.00 Uhr ausschlafen musste. Oder es werden Interviews frei gegeben, aber unangekündigt nicht fuer das betreffende Medium. Doch es regt sich Widerstand. Die drei grossen Presseagenturen haben ihren Mitarbeitern untersagt, solche Vereinbarungen zu unterschreiben. Die Intendanz des ZDF hat beschlossen, keine Gegenlesvereinbarungen zu vermitteln. Und auch bei einigen Produzenten regt sich Unmut, weil sich die Gesichter des Fernsehens und Films der Presse- und Marketingarbeit fuer ihre Projekte verweigern. Schliesslich schaden sie allen - sie schmaelern Einschaltquoten und die Einnahmen an der Kinokasse und somit die Gelder, die ueber die Referenzfilmfoerderung neuen Projekten zu gute kommen.

ver.di Fernsehpreis 2009

Eva und Volker E. Zahn werden im Oktober in Leipzig mit dem ver.di-Fernsehpreis 2009 fuer ihre Vorlage zu "Ihr koennte euch niemals sicher sein" ausgezeichnet. Hermine Huntgeburch wird fuer "Teufelsbraten" als beste Regisseurin geehrt. Beide Preise sind mit 7.500 Euro dotiert. Die Entscheidung traf eine siebenkoeufige Jury unter Vorsitz von Dina Boesch, Mitglied des verdi-Bundesvorstands. Ausserdem gehoerten ihr die Regisseure Klaus-Peter Hellmich und Rolf Schuebel, Anna Fantl, Filmstiftung NRW, Rudolf Helfrich, DAA, Heide Pfarr, Hans-Blöcker-Stiftung und Frank Werneke, stellv. Vorsitzender von ver.di an.

Die Jury lobte, dass die Filme »unter Wahrung kuenstlerischer Gesichtspunkte zeit- und gesellschaftspolitische Stoffe behandeln, die geeignet sind, die politische Bildung zu vertiefen«. Darueber hinaus sollen die Filme die Urteilsfaehigkeit in gesellschaftspolitischen Fragen erhoehen und die Bereitschaft zum politischen Engagement fuer Freiheit und Demokratie anregen.

http://medien-kunst-industrie.verdi.de/bundesfachbereich/ver.di-fernsehpreis/ver.di_-_fernsehpreis_2009

Deutsches Filmhaus eroeffnet

Kulturstaatsminister Bernd Neumann liess es sich nicht nehmen, mit Hessens Wirtschaftsministerin Eva Kuehne-Hoermann und Wiesbadens Oberbuergemeister Helmut Mueller am 31. Maerz das Deutsche Filmhaus zu eroeffnen, das von der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung fuer 7,4 Mio. Euro gebaut wurde. In dem grosszuegigen Neubau findet die Stiftung ein neues Domizil, aber auch die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und das Deutsche Institut fuer Filmkunde haben bereits Ende Februar 2009 die neuen Raeume bezogen.

Finanzspritze fuer rbb

Der Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb) erhaelt von der ARD ein zinsfreies Darlehen in Hoehe von 20 Millionen Euro. Das haben die Intendantinnen und Intendanten des Senderverbunds Ende Maerz auf ihrer Tagung in Muenchen beschlossen. Die Summe, die ab 2016 zurueckgezahlt werden wird, bringen WDR, SWR, NDR, BR und MDR auf. Die erste Rate in Hoehe von 10 Millionen Euro geht noch in diesem Jahr an den rbb, die zweite 2010.

Die ARD reagiert damit auf den ueberdurchschnittlich hohen Gebuehrenausschlag in Berlin und Brandenburg, der von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) und den Ministerpraesidenten der Laender im vergangenen Jahr anerkannt wurde. Sie haben der ARD diesen Weg vorgeschlagen. Insgesamt erwartet der rbb in der laufenden Gebuehrenperiode Mindereinnahmen von 54 Millionen Euro. Durch die Einstellung der Fernsehsendung "Polylux" und des Radioprogramms "Multikulti" sowie durch weitere Massnahmen konnte der Sender bereits 30 Millionen Euro aus eigener Kraft einsparen. Das 20-Millionen-Darlehen der ARD deckt einen Grossteil der verbliebenen Finanzierungsluecke. Der restliche Fehlbetrag von 4 Millionen Euro erfordert jetzt weitere Sparanstrengungen des rbb.

Stellenstreichungen bei RTL

Bei der RTL-Senderfamilie stehen nach einer technischen Neuordnung rund 35 Stellen auf der Kippe. Der bisherige technische Bereich falle wie geplant weg, sagt eine Unternehmenssprecherin. Dies sei Teil einer Neuordnung der technischen Dienstleistungen der gesamten Mediengruppe RTL Deutschland. Die Verantwortung aller technischen senderuebergreifenden Aufgaben uebernimmt nun die 100-Prozent-Tochter CBC (Cologne Broadcasting Center). Etwa 100 Mitarbeiter haetten bereits einen Vertrag bei CBC unterschrieben. Rund 35 Mitarbeitern konnten aber keine Stelle angeboten werden.

Bereits vor zwei Jahren hatte RTL angekündigt, unter dem Dach der CBC Sendebetrieb, Produktion, Programm-Verbreitung oder System-Technologie fuer RTL, Vox, Super RTL, und n-tv zu buendeln. Damals war von 75 betriebsbedingten Kuendigungen gesprochen worden. Die Neuordnung erfolge im Zuge des RTL-Umzugs in die fruheren Hallen der Koelner Messe, der in diesem Jahr abgeschlossen sein soll.

In einem internen Papier an den Betriebsrat, das der "dpa" vorliegt, ist von voraussichtlich 99 Entlassungen die Rede, die moeglichst noch Ende April erfolgen sollten. Dazu sagt die Sprecherin, es handele sich bei der Neuordnung nicht um einen Betriebsuebergang, daher habe RTL zunaechst aus formalen Gruenden allen Betroffenen gekündigt - "unabhaengig davon, ob sie schon bei CBC unterschrieben haben oder das noch tun werden." Faktisch offen sei "nur"

die Zukunft von rund 35 Mitarbeitern.

http://www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=49be8fab9d3a3&akt=brancheninfos_privaterrundfunk

Premiere saniert sich durch Stellenstreichungen

Im Zuge seiner Sanierung wird der hoch verschuldete Konzern Premiere Mitarbeiter entlassen. Wie viele Mitarbeiter gehen muessen, ist noch unklar. Die Angestellten sollen in den kommenden Wochen ueber Details informiert werden. Fest steht, dass Premiere-CEO Mark Williams Personal in der Zentralredaktion und in der Kommunikation streichen wird. Der Sender will diese Informationen nicht kommentieren. Organisation und Strukturen des Pay-TV-Anbieters werden seit Januar von der Boston Consulting Group durchleuchten. Ihr Plan sieht neben dem Stellenabbau ein personelles Wachstum bei den Abteilungen wie Marketing und Sales vor, die fuer eine Steigerung der Abonnentenzahlen sorgen sollen. Premiere soll bis Sommer wieder auf Vordermann gebracht werden. Ab Juli will Williams mit neuem Programmschema, geaenderten Preisen und eventuell unter anderem Namen im Markt auftreten. Als Vorbild gilt Sky Italia, der italienische Pay-TV-Sender von Grossaktionaer Rupert Murdoch.

<http://www.turi.de>

Kirch wieder bei Constantin

Wie aus einer Mitteilung der Constantin Medien AG hervorgeht, haelt Leo Kirch ueber seine KF 15 GmbH & Co. KG 25,85 Prozent der Stimmrechtsanteile an dem Unternehmen. Somit verfuegt Kirch ueber eine Sperrminoritaet und kann bestimmte Beschluesse auf der Hauptversammlung, fuer die eine Dreiviertel-Mehrheit noetig ist, blockieren. Die KF 15 hielt bislang schon 17,12 Prozent der Anteile an dem Unternehmen, das bis vor kurzem noch unter dem Namen EM.Sport Media firmierte und sich Ende 2008 die Constantin Film AG einverleibte. Zusaetzlich kontrolliert sie ueber Finanzinstrumente weitere 8,72 Prozent der Stimmrechte, die KF 15 nach dem WpHG nun ebenfalls zuzurechnen sind.

<http://www.constantin.de/unternehmen>

9. Impressum / Abo

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persoendlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php3.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Hamburg

Olaf Hofmann

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

fon: 040.28056067, fax: 040.25328815

mail: <mailto:olaf.hofmann@connexx-av.de>

Redaktion: Olaf Hofmann

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschaefsfuehrer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Niedersachsen

Wille Bartz

Goseriede 10-12

30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 05/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den fünften BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php).

Inhalt

1. ["6 statt 12" - Gesetz zur sozialen Absicherung vor Verabschiedung](#)
2. [FFA-Haushalt 2009 steht - Produktionen nicht mehr gefährdet](#)
3. [Fronten bei Tarifverhandlungen verhärtet](#)
4. ["Im Angesicht des Verbrechens" geht trotz Typhoon-Insolvenz weiter](#)
5. [ver.di fordert Wiedereinführung des Krankengeldes für unstetig Beschäftigte](#)
6. [Deutsche Koproduktionen triumphieren in Cannes](#)
7. [Kommunale Kinos fordern finanzielle Sicherheit](#)
8. [Meldungen](#)
9. [Impressum / Abo](#)

1. "6 statt 12" - Gesetz zur sozialen Absicherung vor Verabschiedung

Frank-Walter Steinmeier wollte gerne zu seinem Wort stehen. Zur Berlinale hatte er Schauspielern und Filmschaffenden versprochen, nach jahrelangem Tauziehen zwischen SPD und CDU ein Gesetz zur Verbesserung ihrer sozialen Absicherung auf den Weg zu bringen. Denn seit Einführung der Agenda 2010 durch SPD und Grüne haben rund 50% der mehr als 25.000 Mitarbeiter an deutschen Film- und Fernsehsets keine Chance Arbeitslosengeld zu erhalten, weil sie mit ihren kurzfristigen Engagements nicht auf die geforderte Beschäftigungszeit von 12 Monaten in zwei Jahren kommen. Einzahlen müssen sie aber trotzdem. Diese Situation wird sich nach dem Gesetzentwurf, der am 20. Mai ins Kabinett eingebracht wurde, kaum ändern, befürchten die Interessenvertreter der Beschäftigten vor und hinter der Kamera, obwohl einige Verbesserungen zu den von ihnen heftig kritisierten ersten Überlegungen von Arbeitsminister Olaf Scholz einbezogen wurden. Die Einwände waren von Kulturstaatsminister Bernd Neumann aufgenommen worden, der mit Scholz einen Kompromiss ausgehandelt hatte, gegen den Finanzminister Peer Steinbrück, der Ende April mit Blick auf die angespannte finanzielle Lage der Bundesanstalt für Arbeit sein Veto einlegte. Das zwei Wochen später erfolgte Einlenken Steinbrücks verwässert den richtigen Ansatz der grundsätzlichen Neuregelung weiter. Gelobt wird von allen Verbänden, dass künftig nicht mehr 12, sondern nur sechs Monate Beschäftigungszeit in zwei Jahren gefordert sind, um Ansprüche auf ALG1 zu erlangen. Das Gesetz sieht dann vor:

- 6 Monate Anwartschaftszeit und 3 Monate Alg 1
- 8 Monate Anwartschaftszeit und 4 Monate Alg 1
- 10 Monate Anwartschaftszeit und 5 Monate Alg 1
- Ab 12 Monaten Anwartschaftszeit greift die normale Anspruchsdauer von 12 Monaten für Alg 1, die dann ja nicht mehr an die o.g. Voraussetzungen geknüpft ist.

"Das Gesetz kann aber nur der erste Schritt sein. Es ist zwar gut, dass die Koalition noch in dieser Legislaturperiode für die prekärsten Beschäftigungsformen eine soziale Absicherung schafft. Für viele Betroffene im Film- und Kulturbereich läuft der vorliegende Gesetzentwurf allerdings ins Leere", bewertet der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke den Kompromiss.

[Link zum Volltext](#)

2. FFA-Haushalt 2009 steht - Produktionen nicht mehr gefährdet

Die Krise der FFA ist beendet - jedenfalls vorerst. Am 30. April verabschiedete der Verwaltungsrat den "Nothaushalt" 2009, der ein Volumen von knapp 76 Mio. Euro hat. Im Vergleich zum ursprünglichen Etatansatz fehlen 300.000 Euro, die gleichmäßig auf alle Haushaltsposten verteilt werden sollen. Allerdings rechnet niemand bei der FFA mit der Situation, dass die Töpfe leer werden.

Der Dreh von 31 Filmprojekten mit einem Volumen von mehr als 100 Mio. Euro ist damit gesichert. Die Produzenten konnten die Finanzierung nicht sichern, nachdem Kulturstaatminister Bernd Neumann den Etat der Referenzfilmförderung auf Null gesetzt hatte. Bis auf die Projektförderung wurden alle anderen Posten gestrichen. Der Minister musste diesen Schritt gehen, nachdem Kinobesitzer gegen das Filmförderungsgesetz beim Verwaltungsgericht in Leipzig erfolgreich geklagt hatten und die Kinoketten UCI, Cinestar, Kinopolis und Cinemaxx AG ihre Zahlungen im Rahmen des Gesetzes unter Vorbehalt gestellt hatten.

Um die Einnahmeverluste auszugleichen, hat der Verwaltungsrat der FFA beschlossen, das digitale Sparschein für die Modernisierung der Kinos in Höhe von rund 11 Mio. Euro in der Hoffnung zu schlachten, dass der Streit bis zum kommenden Jahr beigelegt ist.

[Link zum Volltext](#)

3. Fronten bei Tarifverhandlungen verhärtet

In der dritten Runde sind die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Produzentenverbände und ver.di für auf Produktionsdauer beschäftigte Film- und Fernsehschaffende ins Stocken geraten. ver.di fordert neben deutlichen Gagenerhöhungen in Höhe von 10% eine Maximalarbeitszeit von 12 Stunden pro Tag. Nur noch in definierten Ausnahmefällen, wie kurzer Motiv-Verfügbarkeit und höherer Gewalt, sollen 12 Stunden und dann auch nur mit Zustimmung der Filmschaffenden überschritten werden können. *"Die ausufernden Arbeitszeiten an Filmsets wollen wir mit einem gesunden Kompromiss zwischen notwendiger Flexibilität des Filmgeschäfts und zumutbaren Arbeitszeiten eindämmen. Ein Tag hat 24 Stunden: 12 Stunden Arbeitszeit, eine knappe Stunde Pause und die Mindestruhezeit von 11 Stunden, dann ist der Tag vorbei. Die Produzenten wollen den Tag auf 25 Stunden verlängern."*, erklärte der ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. Zudem möchte ver.di die Ruhezeit bis zum nächsten Arbeitsbeginn über das gesetzliche Maß hinaus um eine Stunde auf 12 Stunden verlängern. Und dies vor allem verbindlich festschreiben, wenn es zu genehmigten Überschreitungen kommt, damit zumindest der folgende Arbeitstag kürzer wird. Nicht zuletzt fordert die Gewerkschaft die Dokumentation von Arbeitszeit und Mehrarbeit verbindlicher zu machen, indem der Filmschaffende drei Tage nach einer Arbeitswoche eine unterzeichnete Kopie der Arbeitszeiten erhält.

[Link zum Volltext und Infos](#)

4. "Im Angesicht des Verbrechens" geht trotz Typhoon-Insolvenz weiter

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der von Marc Conrad gegründeten Film- und Fernsehproduktionsfirma Typhoon AG, die unter anderem für den Kinofilm "Freischwimmer" sowie die TV-Produktionen "Die Bluthochzeit", "Abschnitt 40" und "GSG 9 - ihr Einsatz ist ihr Leben" verantwortlich zeichnete, wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Köln vom 01.05.2009 eröffnet. Als Insolvenzverwalter wurde der Kölner Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Delhaes bestellt. Der Jurist und der WDR haben in den vergangenen Tagen eine Einigung über die Fortführung der vom Kölner Sender federführend für die ARD betreuten achttteiligen Serie "Im Angesichts des Verbrechens" gefunden, so dass die Arbeiten an der Postproduction weiter gehen können. Zu den Details wollten sich kurzfristig weder der WDR noch die Typhoon AG äußern.

Der Dreh der Event-Serie von Dominik Graf war im vergangenen Jahr in die Schlagzeilen geraten, nachdem das Berliner Amt für Arbeitsschutz Lagetsi Mitte August einen nächtlichen Dreh wegen Überschreiten der gesetzlich zulässigen täglichen Arbeitszeit und Nichteinhaltung der Ruhezeiten gestoppt hatte. Obwohl sich das Amt in den folgenden Monaten kooperativ bei der Ausgestaltung der Drehzeiten zeigte, wurden 12 Tage mehr als kalkuliert gedreht, was Kosten in Millionenhöhe verursacht hat.

[Link zum Volltext](#)

5. ver.di fordert Wiedereinführung des Krankengeldes für unstetig Beschäftigte

Zum Jahreswechsel wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Krankengeld für kurzfristig Beschäftigte - befristet bis 10 Wochen - und für gesetzlich freiwillig Versicherte dramatisch geändert (Streichung des Krankengeldanspruchs). Auf Druck von ver.di liegt derzeit ein Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des Krankengeldes vor. Die Bemühungen der Gewerkschaft benötigen aber weiterhin die Unterstützung vieler Film- und Kulturschaffender, die von der Neuregelung betroffen sind, denn das, was er vorgelegt hat, reicht bei Weitem nicht aus, um von einer wirklichen Absicherung sprechen zu können. ver.di hat eine ausführliche Stellungnahme zum jetzigen Gesetzentwurf erarbeitet und den politische Verantwortlichen zugesandt. Der Bundesfilmverband BFV als Vertretung der Filmschaffenden in ver.di ruft alle Beschäftigten der Branche auf, sich an dieser Unterschriftenaktion weiterhin zu beteiligen, bis eine Verbesserung des Gesetzes verabschiedet ist.

Die Vorlagen zum Download der Unterschriftenliste findet man auf der Internetseite von connexx.av beim [hier stehenden Link](#).

[Link zum Volltext](#)

6. Deutsche Koproduktionen triumphieren in Cannes

Dem Deutschen Filmförderfond sei Dank- in Cannes räumten in Deutschland gedrehte internationale Koproduktionen kräftig ab. Die Goldene Palme ging an den Österreicher Michael Haneke für "Das weiße Band", produziert von Stefan Arndt, X Filme Creative Pool. Hanekes Landsmann Christof Waltz wurde als bester Darsteller in Quentin Tarantinos "Inglourious Basterds" geehrt, der in Babelsberg und Sachsen unter Beteiligung des Studios Babelsberg gedreht wurde. Charlotte Gainsbourg freute sich über die gleiche Auszeichnung in Lars von Triers "Antichrist", gedreht in Nordrhein-Westfalen.

Auch Kulturstaatsminister Bernd Neumann freute sich über die Bäumchen. "Der Abschluss der Filmfestspiele in Cannes ist ein überragender, gleich dreifacher Erfolg für den Produktionsstandort Deutschland und den Deutschen Filmförderfonds (DFFF). 'Das weiße Band' von Michael Haneke, der Gewinner der Goldenen Palme, ist von dem Berliner Produzenten Stefan Arndt in Deutschland mit deutschen Schauspielern gedreht worden und kann auch für den Deutschen Filmpreis nominiert werden. Dazu gratuliere ich Stefan Arndt und X-Filme sehr herzlich. Die Auszeichnungen der Schauspieler Christoph Waltz und Charlotte Gainsbourg sind nicht nur eine internationale Anerkennung großer Schauspielkunst, sondern auch ein weiterer Beleg für die Attraktivität des DFFF, mit dessen Hilfe die Produktion der von diesen Schauspielern geprägten Filme 'Inglourious Basterds' und 'Antichrist' in Deutschland erst ermöglicht wurde."

7. Kommunale Kinos fordern finanzielle Sicherheit

Das Kommunale Kino dürfe nicht ständig von Einsparungen bedroht sein und müsse im Kanon der Kulturförderung denselben Stellenwert wie Bibliotheken, Theater und andere Institutionen bekommen - das ist eine der zentralen Forderungen des Bundeskongresses der Kommunalen Kinos an Städte und Länder. Die Häuser seien oft die ersten, die betroffen sind, wenn gespart werden müsse - im vergangenen Jahr schloss das Kino in Lübeck, aktuell bedroht ist das "Latücht" in Neubrandenburg. Kürzungen gab es in Erfurt und anderen Städten, das renommierte Kommunale Kino in Bremen muss sich neu profilieren, um die Zuschüsse nicht zu verlieren.

Dem ständigen Hinterfragen ihres Platzes im Kommunalen Kulturangebot und des Programmangebots wollen sich die Macher nicht verschließen. Ihr jahrelanges Motto, "Andere Filme anders zeigen", reiche nicht mehr aus. Kuratorische Arbeit bei der Gestaltung von Reihen, auch Events seien notwendig, um das Publikum zu binden, auch wenn der Zuschauer sich dann selektiv seine Favoriten im Gesamtangebot suche. Um Reihen zu kuratieren, Begeleitmaterial zu erstellen oder spielbare Titel überhaupt ausfindig zu machen, sollen künftig Synergien stärker genutzt werden. So warben die Kommunalen Kinos aus Neubrandenburg und Nürnberg für ihr gemeinsam editiertes Programm "Deutsch-deutsche Filmwelten", das 42 Titel aus beiden deutschen Staaten enthält.

[Link zum Volltext](#)

8. Meldungen

Favorit "John Rabe" triumphiert beim Deutschen Filmpreis

Mit der Goldenen Lola als Bester Film sowie drei Statuetten für Ulrich Tukur, Tu Ju Hua und Lisy Christl wurde das Epos "John Rabe" seiner Favoritenrolle bei der Verleihung der Deutschen Filmpreis am 24. April in Berlin gerecht. "Die Auszeichnung ist wichtig für den Film, der leider am ersten Wochenende gestartet ist, als die Deutschen wegen der ersten Sonnenstrahlen nicht ins Kino gegangen sind. Wer ihn gesehen hat, ist aber begeistert. Und leider sind wir auch - wie ich es auch bei Costa Gavras "Amen" vor zehn Jahren erlebt habe - von Leuten zerrupft worden, deren Koordinatensystem durch die Ambivalenz der Geschichte durcheinander geraten ist. Geschichte ist aber ein zerklüftetes, schwieriges Feld, bei dem man nicht alles über einen Kamm scheren darf", freute sich Tukur über die Ehrung als Hauptdarsteller.

[Link zum Volltext](#)

Aus Premiere wird Sky

Aus alt mach neu - der seit Jahrzehnten eingeführte Name des Pay-TV-Angebots Premiere verschwindet beim Relaunch im Sommer für die von Rupert Murdochs News Corporation auch in anderen Märkten genutzte Marke Sky. Auch in der Optik des Logos bleibt der Sender sehr eng am britischen Sky-Angebot. Anfang Mai wurde sogar über einen möglichen Zusammenschluss von Premiere und dem britischen BSkyB spekuliert. Im April hatte die Eigentümer in einem Prospekt anlässlich der damals geplanten und später beschlossenen Kapitalerhöhung erstmals die Möglichkeit einer Umbenennung eingeräumt. "Im Hinblick auf die künftige Markenstrategie von Premiere wurden bis jetzt noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen. Es besteht allerdings die Möglichkeit, dass Premiere die Nutzung des Markenzeichens Premiere einstellen wird".

[Link zum Volltext](#)

Pro7Sat1 vor Zerschlagung oder Umschuldung?

Wie es in Finanzkreisen heißt, ist ein Konsortium aus den amerikanischen Wagniskapitalgesellschaften *Octavian*, *Apollo Management* und *Avenue Capital Group* bei der Senderfamilie eingestiegen, in dem sie bedeutende Positionen von Krediten der Pro-Sieben-Sat-1-Holding Lavena aufgekauft und sich zudem die Unterstützung weiterer Lavena-Gläubiger gesichert. Konkret geht es um die Übernahme der überschuldeten Lavena Holding. Nach Informationen der "FTD" vertreten die drei Hedge-Fonds etwa drei Viertel der besicherten Kredite (Senior-Kredite) der Lavena. Über sie halten die bisherigen Gesellschafter - die Finanzinvestoren KKR und Permira - 56,7 Prozent des Grundkapitals der Sendergruppe. Durch den Kursverfall der *Pro-Sieben-Sat-1*-Aktie seit dem Einstieg der Investoren Ende 2006 ist die mit Krediten von 1,8 Mrd. Euro beladene Lavena überschuldet. Deshalb hatten KKR und Permira die US-Investmentbank Houlihan Lokey als Berater beauftragt.

[Link zum Volltext](#)

Kein Product-Placement bei ARD und ZDF

Im Zentrum der Neuregelungen des 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrages steht das Product-Placement, um eine entsprechende EU-Regelung umzusetzen. Die zuständigen Referenten der Länder haben sich am 20. Mai geeinigt, ARD und ZDF enge Grenzen bei der kostenlosen Nutzung von Produkten in Informations- oder fiktionalen Sendern zu setzen. Die öffentlich-rechtlichen Sender hatten sich dazu auch schon freiwillig verpflichtet. Großzügiger dürfen dagegen die privaten Sender das Product Placement für die Finanzierung ihrer Programme nutzen.

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Hamburg
Olaf Hofmann
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
fon: 040.28056067, fax: 040.25328815
mail: olaf.hofmann@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 06/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den sechsten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php).

Inhalt

1. [In eigener Sache - Befragung zum BFV-Newsletter](#)
2. [ALG1-Novelle beschlossen – 6 statt 12 Monate Anwartschaft kommen](#)
3. [FFG Zukunft weiter offen](#)
4. [ARD und ZDF legen Telemedienkonzepte vor](#)
5. [Haushaltsabgabe statt Rundfunkgebühr?](#)
6. [Kaum Verbesserung bei Krankengeld für Selbstständig](#)
7. [Meldungen](#)
8. [Impressum / Abo](#)

1. In eigener Sache – Befragung zum BFV-Newsletter

Liebe Leser des BFV-Newsletter, der Newsletter wird bereits monatlich seit 2006 versandt. Damit er aber nicht in die „Jahre“ kommt, möchten wir ihn ein wenig überarbeiten. Im Vordergrund steht die Verbesserung der Übersichtlichkeit und der Lesbarkeit. Daher möchten wir Sie befragen, wo Sie den Newsletter empfangen, damit wir dieses bei der Neugestaltung berücksichtigen können. Bitte klicken sie dazu einfach auf den entsprechenden Link unten.

Ich lese den Newsletter:

1. auf meinem stationären Rechner oder Laptop
2. auf meinem Mobiltelefon, PDA oder MDA
3. als Ausdruck von meinem PC

Danke für die Teilnahme.

Ihr connexx-av Team

Sollten Sie weitere Kritik oder Vorschläge zum BFV-Newsletter haben, so senden Sie uns gerne eine Mail unter: mail@connexx-av.de

2. ALG 1 Novelle beschlossen – 6 statt 12 Monate Anwartschaft kommen

CDU-Generalsekretär Volker Kauder schaffte es immerhin zum Fototermin vor der Expertenanhörung zum 9. SGB III

Änderungsgesetz am 15. Juni im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales. Doch auch der Schulterchluss mit Dominik Raake, Hans-Werner Meyer, Nina Hoger, Christian Karmann oder Caroline Redel konnte die Abgeordneten nicht überzeugen, in letzter Minute noch Änderungen zu Gunsten der Kurzezeitbeschäftigten in Kultur und Medien vorzunehmen. Nach der Alibiveranstaltung passierte das Gesetz am 19. Juni in der seit Wochen bekannten Version den Bundestag.

So bleibt es bei der seit Wochen bekannten Fassung. Ver.di und die anderen Verbände loben, dass künftig nicht mehr 12, sondern mit gewissen Einschränkungen nur sechs Monate Beschäftigungszeit in zwei Jahren gefordert sind, um Ansprüche auf ALG1 zu erlangen.

[Link zum Volltext](#)

3. FFG – Zukunft weiter offen

Kommt es oder kommt es nicht, die unsichere Situation um das FFG ist nicht zu Ende. Eine kleine Novellierung, die die vom Leipziger Verwaltungsgericht beanstandeten Punkte berücksichtigt, sei sofort möglich, beteuert Kulturstaatsminister Bernd Neumann. Nur die Kinoketten, die erfolgreich gegen das Gesetz geklagt hatten, haben signalisiert, dass sie mit der kleinen Lösung wohl nicht zufrieden sind. Die Videowirtschaft hat sich ihnen – entgegen der öffentlichen Beteuerung zum FFG zu stehen - angeschlossen. Sie wollen mehr als die Aufhebung der vom Leipziger Verwaltungsgericht beanstandete Ungerechtigkeit zwischen dem Zwang für die Kinos, auf Grund des Gesetzes einzahlen zu müssen und der freiwilligen Zahlungen der Fernsehsender über die FilmFernsehAbkommen zahlt.

Die Länder haben bereits signalisiert, dass sie als Verantwortliche für den Rundfunk einen Teil ihrer Kulturhoheit aufgeben und sich der Einbeziehung der Sender in den Kreis der Beitragszahler nicht widersetzen werden.

[Link zum Volltext](#)

4. ARD und ZDF legen Telemedienkonzepte vor

Nehmen Sie die Verantwortung ernst und machen Sie aus dem 3-Stufen-Test zur Überprüfung der Internetangebote keine Alibiveranstaltung, mahnte Kulturstaatsminister Bernd Neumann zum Auftakt der CDU-Media-Night am 26. Mai in Berlin die Verantwortlichen von ARD und ZDF. Die Gremien sollten fachlich und organisatorisch in die Lage versetzt werden, ihre Pflichten wahrnehmen zu können, sonst drohe der Beihilfekonflikt mit der EU wieder aufzuflammen.

Der Minister spielte mit seiner Kritik auf ein Positionspapier der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten an. Darin wurde bemängelt, dass die bislang nach den Vorgaben des am 1. Juni in Kraft getretenen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages durchgeführten Test für Internetangebote bei der Prüfung der NDR-Mediathek, kikaninchen.de und kika.plus.de nicht hinreichend umgesetzt worden seien.

[Link zum Volltext und Infos](#)

5. Haushaltsabgabe statt Rundfunkgebühr?

Haushaltsabgabe - an diesen uncharmanten Begriff könnte sich der Bundesbürger ab 2013 gewöhnen müssen. So zumindest der Eindruck nach dem Panel zur Zukunft der Rundfunkgebühren anlässlich der CDU-Media Night am 26. Mai in Berlin.

Die Politiker der Länder erwägen seit längerem die alte Regel, nach der für jedes Empfangsgerät zur Kasse gebeten

wird, zu ersetzen. Zum einen, weil keine zweite Debatte um die Einbeziehung alternativer Empfangsgeräte in das Gebührenaufkommen nach der leidigen Debatte um die Rundfunkgebühr für Computer führen wollen, die dem öffentlich-rechtlichen System einen schweren Imageschaden zugefügt habe. Eingebracht soll sie nur sechs Mio. Euro jährlich haben. Die Geräteabgabe ist eine der beiden Modelle, die von einst sieben Ausgangsvarianten in der Diskussion ist. Die Alternative wäre die Haushaltsabgabe, die den Charme hätte, transparent und simpel zu sein. Sie wirft allerdings ein rechtliches Problem auf, denn sie käme in die Nähe einer Steuer.

[Link zum Volltext](#)

6. Kaum Verbesserungen beim Krankengeld für Selbstständige

Als "allenfalls halbherziges Ausbügeln einer groben sozialpolitischen Fehlentscheidung" bezeichnet der stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Werneke, die heute im Bundestag anstehende Entscheidung zu zukünftigen Ansprüchen aus der Krankenversicherung für freiwillig gesetzlich versicherte Selbstständige und kurzfristig Beschäftigte.

Krankengeld als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung soll es für die genannte Gruppe aufgrund der intensiven Interventionen der Gewerkschaften ver.di und DJV in Zukunft zwar wieder geben - jedoch erst ab der 7. Krankheitswoche. "Dies ist zwar ein erster Schritt, die zum Jahresbeginn gänzlich abgeschaffte Leistung wieder einzuführen", so Werneke, "doch unsere Forderung, den bis Jahresende 2008 geltenden Rechtszustand mit einem Krankengeldanspruch ab dem ersten Krankheitstag für die große Gruppe der kurzfristig Beschäftigten wieder in Kraft zu setzen, ist offensichtlich am Willen der CDU /CSU gescheitert."

Weit über 2.000 Betroffene hatten mit ihrer Unterschrift die Forderung der Gewerkschaften unterstützt, mit dringenden Appellen hatten sich die Vorsitzenden an die politisch Verantwortlichen gewandt - ohne Erfolg. In dem heute im Bundestag zur zweiten und dritten Lesung anstehenden so genannten "Omnibusgesetz" zur Änderung des Arzneimittelgesetzes und anderer Vorschriften ist eine Rückkehr zum alten Recht nicht vorgesehen.

7. Meldungen

Ministerpräsidenten verschieben Einigung über Product Placement

Im Herbst wollen die Ministerpräsidenten der Länder endgültig Klarheit schaffen, wie die EU-Richtlinie zum Product Placement in fiktionalen Programmen Deutschland umgesetzt werden soll. Die Konturen zeichnen sich bereits ab. Den öffentlich-rechtlichen Sendern soll das Product Placement weitgehend verboten werden. Strittig ist, ob Ausnahmen wie etwa Fahrzeuge erlaubt werden könnten. Die CDU soll dagegen, die SPD-regierten Länder für diese Form der Werbung gestimmt haben.

Die privaten Sender könnten nach den bislang bekannt gewordenen Vorstellungen diese Form der verdeckten Reklame uneingeschränkt nutzen, wenn sie im Vor- und Abspann oder in den Werbepausen die beworbenen Produkte benennen.

Medien und Parteien mahnen weiteren Schutz geistigen Eigentums an

1,92 Mio. \$ soll Jammie Thomas-Rasset zahlen, weil sie 24 Songs auf eine Internet-Tauschbörse gestellt hat. Das Urteil aus den USA hat vor allem Symbolkraft, zeigt es doch, dass es dem Gesetzgeber mit der Verfolgung von Urheberrechtsverletzung im Netz ernst ist.

Deutschland tut sich bei gesetzlichen Regelungen noch schwer. Der 1. und 2. Korb des Gesetzes zum Schutz geistigen Eigentums sind nur ein Schritt in die richtige Richtung. Er erwarte vom Justizministerium endlich konkrete

Vorschläge, wie die Piraterie im Internet eingedämmt und der Diebstahl geistigen Eigentums verhindert werden kann, betonte Bernd Neumann zum Auftakt der Jahrestagung der Initiative Kreativwirtschaft von Bundeswirtschaftsministerium und BKM. Angelika Krüger-Leißner, Mitglied des Kulturausschusses für die SPD, schloss sich ihm an.

RTL streicht weitere Stellen

Obwohl bereits in den Bereichen Produktion und Technik ca. 40 Stellen wegfielen und auch beim Sender Vox 10 Mitarbeiter gehen mussten, will RTL nun auch in dem Bereich Fiction und Sitcom weitere Stellen abbauen. Der Sender ließ verlauten, dass es sich zunächst um 20 Stellen handelt. Begründet wird der Abbau mit dem Rückgang der Fiktionalen Produktionen durch den Sender. Hinzu kommt die generelle wirtschaftliche Entwicklung, die Werbeeinnahmen seien in den ersten beiden Quartalen deutlich zurückgegangen.

Insgesamt ist der Anteil von eigenproduzierten Serien, TV-Movies und Sitcoms in den letzten Jahren rückläufig, Geschäftsführerin Frau Schäferkordt betonte jedoch die Wichtigkeit dieser Sparte für den Sender, daher sollen keine laufenden Formate eingestellt werden.

8. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Düsseldorf
Jörg Keunecke-Lotte
Karlstrasse 123 - 127
40210 Düsseldorf
fon: 0211.61824337, fax: 0211.61824468
mail: joerg.keunecke-lotte@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann, Jörg Keunecke-Lotte

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 07/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den siebten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php).

Inhalt

1. [Minimale Bewegung im Tarifstreit](#)
2. [FFG gerettet?](#)
3. [Fernsehsender kürzen Budgets von Kinokoproduktionen](#)
4. [Kein Geld für Film-Archive](#)
5. [Bericht zur Lage der Kultur in Deutschland bleibt Programm des Bundes](#)
6. [Regionalförderer ziehen Reißleine](#)
7. [Aufschlag für Hollywood-Kino](#)
8. [Meldungen](#)
9. [Impressum / Abo](#)

1. Minimale Bewegung im Tarifstreit

Die vierte Runde der Tarifverhandlungen für Film- und Fernsehschaffende zwischen den Produzentenverbänden und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ist am 6. Juli ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Trotz intensiver Verhandlungen und der erstmaligen Bereitschaft der Produzenten zur Fixierung der täglichen Arbeitszeit im Tarifvertrag sind die maximale Dauer der täglichen Arbeitszeit, Ausnahmeregelungen sowie dann fällige Kompensationen strittig geblieben.

ver.di fordert eine Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf zwölf Stunden sowie eine deutliche Tariferhöhung. Zudem ist eine Verlängerung der Ruhezeit nach dem Arbeitsende in die Verhandlungen eingebracht worden. Der Tarifvertrag gilt bundesweit für etwa 25.000 auf Produktionsdauer befristete Beschäftigte in Kino- und Fernsehfilmen.

[Link zum Volltext und Infos](#)

2. FFG gerettet?

Die deutsche Filmförderpolitik steht vor einem Scherbenhaufen, obwohl der Hauptverband deutscher Filmtheater am 8. Juli von seiner Hauptversammlung graue Rauchzeichen sendete.

Die flächendeckende Digitalisierung der Kinos und das 40 Jahre alte Filmförderungsgesetz (FFG) könnten nach monatelangem Streit gerettet werden. Doch zu welchem Preis? Ihre Verknüpfung durch die Politik hat diese so erpressbar gemacht, dass der Ursprungsgedanken des Gesetzes durch den jetzt diskutierten Kompromissvorschlag

in Gefahr ist: Alle, die von der Auswertung deutscher Filme profitieren, zahlen, damit sie gedreht werden können.

[Link zum Volltext](#)

3. Fernsehsender kürzen Budgets von Kinokoproduktionen

Im öffentlichen Jubel von Cannes fehlte Bettina Reitz. So ist es meist, wenn Erfolge wie der Gewinn der Goldenen Palme durch Michael Hanekes "Das weiße Band" gefeiert werden. Dabei wäre der Film ohne sie kaum entstanden. Die Fernsehchefin des Bayerischen Rundfunks half, als der Berliner Produzent Stefan Arndt wenige Tage vor dem Dreh in der brandenburgischen Prignitz vor einer Finanzierungslücke stand. Sie bettelte bei Intendant Thomas Gruber, der Mittel aus seinem Etat locker machte

Ohne das Gespür von Reitz für aufregende Stoffe wäre auch Florian Henckel von Donnersmarcks Oscar-Gewinner "Das Leben der anderen" nicht entstanden. Künftig muss Reitz kürzer treten. Grubers Topf ist seit mehr als einem Jahr für Kinofilme tabu. Außerdem ist ihr Etat für Kinokoproduktionen um sechs Mio. Euro gekürzt worden. Wie hoch die Einsparungen 2010 sein müssen, weiß Bettina Reitz noch nicht. "Es wird auf jeden Fall sehr, sehr schwierig."

[Link zum Volltext und Infos](#)

4. Kein Geld für Film-Archive

400 Mio. Euro sollen im Rahmen des Kulturinvestitionsprogramms für den Erhalt des kulturellen Erbes in den kommenden Jahren ausgegeben werden. Berücksichtigt wird jedoch nur, was in Stein verbaut wurde. Für den großen Schatz der Filmarchive ist dort kein Cent eingeplant und im Etat von Kulturstaatsminister Bernd Neumann für 2010 ist für den Erhalt der Filme ebenso kein Zuwachs vorgesehen. Er folgt damit einem Beschluss des Kulturausschusses des Bundestags, dass die Pflege des deutschen Filmerbes kostenneutral erfolgen soll.

Erwartungsgemäß hatte der Bundestag im November 2008 einen Antrag der Linken abgelehnt, in den kommenden fünf Jahren 90 Mio. Euro für die Arbeit der Film-Archive bereitzustellen, die sich Bundeshaushalt und Branche hätten teilen sollen. Die Kostenneutralität bedeutet jedoch nicht mehr und nicht weniger als die Quadratur des Kreises. Mehrere 100 Millionen sind heute schon notwendig, um die Bestände zu erhalten und die aktuelle Produktion zu sichern.

[Link zum Volltext](#)

5. Bericht zur Lage der Kultur in Deutschland bleibt Programm des Bundes

In seiner letzten Sitzung hat der Kulturausschuss des deutschen Bundestages seinen Nachfolgern empfohlen, die Empfehlungen aus dem vor 18 Monaten verabschiedeten Bericht der Enquetekommission zur Lage der Kultur in Deutschland weiter zu einer Richtschnur seines Handelns zu machen. 465 Empfehlungen wurden ausgesprochen, 80 wurden bereits von Bund, Ländern und Kommunen aufgegriffen und umgesetzt. Viele allerdings halbherzig, wobei ausdrücklich das Bibliotheksgesetz in Thüringen und die Neuregelung der Rahmenfrist für Kulturschaffende genannt wurden. Finanzielle Nöte wurden in allen Fällen für die unzureichende Umsetzung genannt.

[Link zum Volltext](#)

6. Regionalförderer ziehen Reißleine

90 Förderanträge mit einem Volumen von 17 Mio. Euro in diesem Monat in Bayern. 23 Mio. Euro hätte Kirsten Niehaus ausgeben können, vier Mio. Euro konnte die Geschäftsführerin des Medienboards im Juni nur vergeben. Die Berlin-Brandenburger Förderinstitution erstickt wie ihre Pendants in den anderen Ländern momentan in Anträgen.

Was zum einen dem politischen Willen bei der Novellierung des FFG zum 1. Januar 2009 geschuldet ist, den Anteil der Referenzfördergelder an der Gesamtförderung um knapp 10% zu kürzen. Das hat Löcher in manch Kalkulation geschlagen, die über die Filmförderung gedeckt werden sollen. Außerdem ist die Flut der ungewissen Situation bei der FFA geschuldet. Vor allem aber der Lage vieler Produzenten, die schon seit Jahrzehnten klagen, dass ihre Eigenkapitaldecke zu dünn sei. Das rächt sich jetzt. Sie müssen drehen, sonst stehen viele vor dem Aus.

[Link zum Volltext](#)

7. Aufschlag für Hollywood-Kino?

Etwas weniger soll der Zuschauer künftig für die unter die Haut gehenden Beziehungsdramen des Regisseurs der Berliner Schule zahlen, etwas mehr darf es für hochbudgetierte Filme aus Deutschland, aber vor allem aus Hollywood sein. Mit diesem Vorschlag überraschte Christof Müller, Deutschfilm und früher bei Senator, am 25. Juni in der "Süddeutschen Zeitung".

Nun ist es sicher eine Illusion, dass der Eintrittspreis deutscher Filme nach dem Budget berechnet werden könnte. Es bestünde die Gefahr, dass Filmemacher wie Petzold und ihre Produzenten, deren Budgets sich an den möglichen Einspielergebnissen orientieren, die Grundlage ihres Geschäftsmodells verlieren. Und auch High-Budget-Produktionen könnte es in die Schieflage bringen, wenn der Preis manch potentiellen Besucher vom Kauf einer Karte abhält.

[Link zum Volltext](#)

8. Meldungen

Neumanns Haushalt steigt auch 2010

Trotz der schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen hat das Bundeskabinett Ende Juni eine Steigerung des Kulturhaushalts für 2010 von 1,143 Mrd. Euro auf 1,162 Mrd. Euro beschlossen. Bernd Neumann konnte damit in seiner Amtszeit bereits zum fünften Mal in Folge eine Steigerung des Kulturhaushalts erreichen. Sein Haushalt wuchs um 10,14 Prozent. "Gerade in den Zeiten der Wirtschaftskrise setzen die Etatsteigerung und auch die zusätzlichen Programme ein deutliches Signal für die Kultur", erklärte der Kulturstaatsminister. "Dies zeigt eindrucksvoll, dass das Regierungsprogramm auch in schwierigen Zeiten umgesetzt wird, wonach Kulturausgaben zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen gehören."

http://www.bundesregierung.de/nn_24668/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/06/2009-06-24-kulturhaushalt.html

Schrumpfende GEZ-Einnahmen

Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) habe 2008 erstmals weniger Gebühren eingenommen als im Vorjahr, berichtet epd Medien unter Berufung auf den GEZ-Geschäftsbericht 2008. Danach habe das Gebührenaufkommen 2008 bei 7,26 Milliarden Euro gelegen, 38 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Dies liege zum einen am Bevölkerungsrückgang, aber auch an Gebührenbefreiungen. Neben Hart IV mache sich jetzt auch der "demografische Faktor" bei der Erhebung der Rundfunkgebühren bemerkbar, sagte Buchholz. Der Ausfall durch Gebührenbefreiungen hat sich 2008 auf 754 Millionen Euro summiert, 19 Millionen mehr als im Vorjahr. Auch bei den Gründen für die Befreiung von Gebührenzahlern mache sich die veränderte Bevölkerungsstruktur bemerkbar. Die Zahl der Gebührenbefreiungen wegen "Grundsicherung im Alter" nehme deutlich zu.

http://www.epd.de/medien/medien_index_66431.html

Europäischer Filmpreis zieht um

In Essen wird mit dem Publikum gefeiert, in Bochum wird in diesem Jahr der Europäische Filmpreis verliehen. Da die Jahrhunderthalle - einst Gaskraftzentrale eines Bochumer Stahlwerks - zum traditionellen Termin am 1.

Dezemberwochenende belegt ist, muss die Europäische Filmakademie auf das 2. Wochenende für ihr Klassentreffen ausweichen. Geplant ist jetzt ein Europäisches Kinofest als Publikumsveranstaltung am 11. 12. in der Essener Lichtburg und am 12. 12. die Verleihung der Filmpreise in Bochum.

http://www.filmstiftung.de/index.php?we_objectID=2923&pid=0

Neuer Vorstand im Verband der Agenturen

Die Mitglieder des Verbandes der Agenturen (VdA) im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung während des Münchner Filmfestes Antje Schlag (Agentur Charade, Berlin), Beate Wolgast (die agenten, Berlin) und Dirk Fehrecke (Dirk Fehrecke Agentur, Berlin) zum neuen Vorstand gewählt. Antje Schlag wird den Vorsitz übernehmen. Der VdA vertritt seit 1998 die Interessen der privaten Künstleragenten im deutschsprachigen Raum in den Bereichen Film, Fernsehen und Bühne.

Die 58 Mitgliedsagenturen repräsentieren über 2.300 Schauspieler, Regisseure, Autoren und Kameraleute. Zu den zentralen Anliegen gehören u.a. die Stärkung und Qualitätssicherung des Berufsbilds des Künstleragenten, die Beteiligung an Gesetzgebungsvorhaben und die aktive Einmischung bei film- und medienpolitischen Themen.

<http://www.verband-der-agenturen.de/>

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Düsseldorf
Jörg Keunecke-Lotte
Karlstrasse 123 - 127
40210 Düsseldorf
fon: 0211.61824337, fax: 0211.61824468
mail: joerg.keunecke-lotte@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann, Jörg Keunecke-Lotte

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 08/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den achten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php).

Inhalt

1. [Gesetzgeber führt Krankengeldanspruch für Selbstständige, unständig und kurzzeitig Beschäftigte wieder ein](#)
2. [Vorbehaltszahlungen an FFA bleiben](#)
3. [Marktanteil ja, Filmpreis nein](#)
4. [Produzentenallianz gegen Verharmlosung des Piraterie-Problems](#)
5. [Verband der deutschen Filmkritik fordert bundesweite Pressevorführungen](#)
6. [Babelsberg in der Krise](#)
7. [Schelte an Privaten Programmen](#)
8. [Meldungen](#)
9. [Impressum / Abo](#)

1. Gesetzgeber führt Krankengeldanspruch für Selbstständige, unständig und kurzzeitig Beschäftigte wieder ein

Zum 1.1.2009 hatte der Gesetzgeber den Krankengeldanspruch für in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte Selbstständige, unständig und kurzzeitig (d.h. unter 10 Wochen) Beschäftigte gestrichen. Die Betroffenen konnten einen Anspruch auf Krankengeld seither nur mit teuren Wahlтарifen als Zusatzleistung erwerben. Zum 1.8.2009 hat der Gesetzgeber auf Druck der Gewerkschaften diesen Fehler behoben und den Krankengeldanspruch wieder eingeführt. Alle bisherigen Wahlтарife endeten zum 31.7.2009.

Unständig und kurzzeitig Beschäftigte müssen Arbeitgeber über Beitragssatz informieren - normaler Arbeitnehmerbeitrag von 14,9 % dringend empfohlen

Kurztzeitig und unständig Beschäftigte sollten gegenüber ihrer Krankenversicherung erklären, dass sie zukünftig den normalen Arbeitnehmerbeitrag von 14,9 % zahlen wollen. Damit sichern sie sich den gesetzlichen Krankengeldanspruch ab dem 43. Krankheitstag. Die Alternative wäre der reduzierte Krankenversicherungsbeitrag von 14,3 %. Damit wird jedoch auf den Krankengeldanspruch verzichtet. Bei Arbeitsaufnahme erklärt der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber, für welchen Beitragssatz er sich entschieden hat – 14,9% mit gesetzlichem Krankengeldanspruch oder 14,3% ohne Krankengeldanspruch.

Versicherte müssen sich bis 30.9. entscheiden - Wahloption

Spätestens bis zum 30. September 2009 muss jede/r Versicherte entscheiden, wie er/sie das finanzielle Risiko ab der siebten Krankheitswoche absichern will: Entweder durch den gesetzlichen Anspruch oder - beim niedrigeren Krankenversicherungsbeitrag - auf eigenes Risiko oder über einen zusätzlichen Wahlтарif.

Wahlтарife für früheren Krankengeldanspruch

Anstelle oder zusätzlich zum gesetzlichen Krankengeldanspruch können Wahltarife abgeschlossen werden. Damit kann ein Krankengeldbezug schon vor der siebten Krankheitswoche versichert werden. Die bisher veröffentlichten Tarife sind sehr unterschiedlich. Hier gibt es zum Beispiel auch solche, die Unständige bereits ab dem ersten Krankheitstag absichern.

Mehr zum Krankengeld für Selbstständige im Ratgeber mediafon:
http://www.mediafon.net/ratgeber_detailtext.php?id=40ead9434a7b8

Zu den bekannten Wahlтарifen im mediafon Newsbereich:
http://www.mediafon.net/meldung_volltext.php?id=4a8edc3e0d967&akt=news_versicherungen

2. Vorbehaltszahlungen an FFA bleiben

Alle durch das Filmförderungsgesetz zu Zahlungen an die Filmförderungsanstalt verpflichtete Marktteilnehmer müssen zahlen und können die Filmabgabe auch nicht mit der Begründung verweigern, dass das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 22. Februar 2009 das FFG in einem Punkt beanstandet und zur endgültigen Entscheidung an das Bundesverfassungsgericht verwiesen hatte. Dies hat das Verwaltungsgericht Berlin im Juli klargestellt. Hintergrund war ein Eilantrag - wahrscheinlich gestellt von der Kinokette UCI - mit dem das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Filmabgabe für das Jahr 2009 vorerst völlig entgehen wollte. Sie zahlt - wie andere Kinos auch - die Filmabgabe seit mehreren Monaten unter Vorbehalt, damit das Geld im Falle eines endgültigen Erfolgs der Klage gegen das FFG vor dem Verfassungsgericht wieder zurückbezahlt werden kann.

[Link zum Volltext](#)

3. Marktanteil ja, Filmpreis nein

Die Deutsche Filmakademie bleibt bei ihrem Jein bei der Zulassung von Koproduktionen im Rahmen der Verleihung des Deutschen Filmpreises. Dazu hat sie ihre Regeln am 13. August modifiziert. Bislang mussten zwei der folgenden drei Kategorien erfüllt sein: Produzent und Regisseur mussten deutscher Herkunft sein oder dem deutschen Kulturkreis angehören und es muss in deutscher Sprache gedreht worden sein. Daran scheiterten unter anderem Golden Globe-Gewinner „Waltz with Bashir“, „Adam Resurrected“, die Babelsberg-Produktionen „Der Vorleser“ und „Operation Walkyrie“, während Tom Tykwers „International“ hätte nominiert werden können.

[Link zum Volltext](#)

4. Produzentenallianz gegen Verharmlosung des Piraterie-Problems

Die Allianz deutscher Produzenten – Film und Fernsehen hat sich gegen eine Verharmlosung des Problems in Deutschland gewandt. Am Rande der Informations- und Diskussionsveranstaltung „Aktuelle Herausforderungen bei der Pirateriebekämpfung“ im Rahmen des Filmfestes München wurde die vermeintliche Erfolgsmeldung über einen Rückgang der Straftaten in Zusammenhang mit Urheberrechtsverletzungen kritisiert. Sie sind laut der Mitte Juni veröffentlichten „Polizeilichen Kriminalstatistik 2008“ im Vergleich zum Vorjahr um 44,5 Prozent auf „nur“ 17.979 Fälle zurückgegangen.

[Link zum Volltext](#)

5. Verband der deutschen Filmkritik fordert bundesweite Pressevorführungen

Günter H. Jekubzik ärgert sich im Newsletter der Filmstiftung NRW, dass viele Filme nicht mehr in der Medienstadt Köln und oder in Düsseldorf gezeigt werden. Dagegen wendet er ein: „NRW produziert nicht nur mit die meisten Filme, die hier ansässigen Medien wie WDR oder Deutschlandfunk haben bundesweite Relevanz. Ingrid Bartsch, die

als Freie Mitarbeiterin des WDR den Kinotipp des Morgenmagazins macht, beklagt jedoch, dass nicht alle Filme in Köln zu sehen seien.“

Status Quo seien in NRW über Jahrzehnte je eine Vorführung in Köln und Düsseldorf, sowie manchmal in Bochum und in den letzten Jahren in Essen noch eine weitere gewesen. Nun fallen immer öfter die Termine in Düsseldorf aus - eine Verschlechterung der lange bemängelten Randlage.

[Link zum Volltext](#)

6. Babelsberg in der Krise

Trotz des Drehbeginns von „Hexe Lilli 2“, bei dem das Studio Babelsberg wieder Koproduktionspartner ist, haben die Geschäftsführer Christoph Fisser und Carl Wobcken für den Zeitraum September bis November Kurzarbeit angemeldet. Sie betreffe die Verwaltung des Unternehmens. Die AG hat 85 fest angestellte Mitarbeiter.

Unternehmenssprecher Eike Wolf bestätigte eine entsprechende Meldung von „Brandenburg Aktuell“. Dabei handele es sich um eine reine Vorsichtsmaßnahme, auf die man sich mit dem Betriebsrat geeinigt habe.

[Link zum Volltext](#)

7. Schelte an Privaten Programmen

Baden-Württembergs Ministerpräsident Öttinger hat es vorgemacht, die Landesmedienanstalt Saarland (LMS) legte nach. Sie wirft den privaten Senderveranstaltern in einer groß angelegten Medienschelte vor, durch fragwürdige Formate ihre Glaubwürdigkeit verlieren zu verlieren. 25 Jahre nach dem Start des Privatfernsehens in Deutschland stellt der Medienrat der LMS fest, dass erhebliche Teile des Privatfernsehens in Deutschland ihrer öffentlichen Aufgabe nicht genügen. In einer Resolution zur Programmentwicklung wurden Formate wie „Big Brother“, „Erwachsen auf Probe“ oder „Ultimate Fighting Championship“ benannt. Zudem wurde die stark rückläufige politische Berichterstattung in den privaten Vollprogrammen beklagt, die selbst bei den reichweitenstärksten Programmen, RTL und Sat.1, zu beobachten sei.

[Link zum Volltext](#)

8. Meldungen

Setbesuch? – Gern!

Viele Filmschaffende nutzen die Gelegenheit, bei uns Beratung einzuholen, gewöhnlich per Mail, am Telefon und im persönlichen Gespräch. Dass wir auch Sets besuchen, um über Arbeitszeiten, Gesundheitsschutz, den Tarifvertrag für Film- und Fernsehschaffende zu informieren, wissen bisher nur wenige. Deshalb machen wir auf diesen Service ausdrücklich aufmerksam und möchten ihn vermehrt anbieten. Bisher konnten wir damit ausschließlich positive Erfahrungen machen: uns ermöglicht der Setbesuch besseren Einblick in die vielfältige Arbeit von Filmschaffenden, Sie profitieren von unserer Information unmittelbar am Arbeitsplatz, dann wenn es passt: vor Drehbeginn oder in der Drehpause.

Wir stehen Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung - beim Außendreh oder im Studio, bei TV- oder Kinoproduktionen. Wenn Ihr Drehort nicht unerreichbar ist, kommen wir auf Absprache gern vorbei. Ihren Wunsch und Ihre Anfrage behandeln wir absolut vertraulich. Melden Sie sich bei uns und wir besprechen gemeinsam, wie ein Setbesuch zu realisieren wäre.

Weitere Fragen?

Mailen Sie uns: mail@connexx-av.de

oder rufen Sie uns an: 0511.12 400 602

Ihr connexx.av Team

Hands on HD – Workshop & Netzwerk 2009

nordmedia und Band Pro Munich laden Ende September zu „Hands on HD“

Ende September heißt es wieder Hands on HD! Der von nordmedia und Band Pro Munich veranstaltete Workshop mit integrierter Tagung findet vom 28. September bis 03. Oktober 2009 auf dem Expo-Gelände in Hannover statt. Der neu integrierte X-Over-Tag feiert dabei seine Premiere. Hands on HD vermittelt die inzwischen unverzichtbar gewordenen Kenntnisse im High-Definition-Produktionsbereich der Kino-, TV- und Werbefilmproduktion.

Für ver.di Mitglieder ist eine Teilnahme an dem Workshop vergünstigt

[Link zum Termin](#)

Täglich 18 Stunden Teamwork

Die immer weiter ausufernden Drehzeiten bei Filmproduktionen sind Inhalt eines Artikels in der taz. Drehtage erreichen nicht selten Zeiten von mehr als 16 Stunden. Dabei sind Vor- und Nacharbeiten an den Sets noch nicht einmal berücksichtigt. Durchschnittlich sind die Arbeitszeiten in den letzten Jahren stetig angestiegen. Immer öfter kommt es deshalb zu Anzeigen bei Ämtern für Arbeitsschutz.

Zum Artikel in der taz:

<http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/taeglich-18-stunden-teamwork/>

Sinkende Produktionszahl in Deutschland

Der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) hat im ersten Halbjahr 2009 50 Prozent weniger Projekte unterstützt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. 23 Projekte (43 im Vorjahreszeitraum) mit Gesamtproduktionskosten von 141,9 Mio. Euro und einem „German Spend“ von 101,4 Mio. Euro sind mit 17,7 Mio. Euro (26,7 Mio. Euro im Vorjahreszeitraum) unterstützt worden.. Wegen der Finanzkrise seien viele Projekte verschoben worden, erklärte DFFF Projekt Managerin Christine Berg gegenüber „Screen International“.

Deutscher Oscar-Beitrag gesucht

Stark wie lange nicht ist die Konkurrenz um den deutschen Teilnehmer im Rennen um den deutschen Kandidaten für den besten nicht englischsprachigen Film 2009. Berücksichtigt werden Filme, die zwischen dem 1. Oktober 2008 und dem 30. September 2009 im Kino angelaufen sind. Es beweben sich: „Anonyma“, „Krabat“, „Im Winter ein Jahr“, „Nordwand“, „Buddenbrooks“, „John Rabe“, „Ob ihr wollt oder nicht“, „Alle anderen“, „Vision – Hildegard von Bingen“, „Berlin Sommer 36“ sowie Cannes-Gewinner „Das weiße Band“. Letzterer wird von X-Verleih in einigen Kinos in der Region, in der gedreht wurde, vor dem regulären Starttermin am 15. Oktober ausgewertet.

Sender einig gegen Product-Placement-Beschränkungen bei Kaufproduktionen

Die öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender wehrten sich gemeinsam gegen eine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht von Produktplatzierungen im Fernsehen, berichtet epd Medien. „Eine Kennzeichnung von Fremdproduktionen – besser: Kaufproduktionen - ist unpraktikabel, geht an der Realität vorbei und dient letztlich auch nicht der Zuschauertransparenz“, hätten ARD, ZDF und der Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) in einem gemeinsamen Brief an die Chefs der Staats- und Senatskanzleien geschrieben.

Der Leiter der in der Medienpolitik federführenden Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Martin Stadelmaier (SPD), habe dem evangelischen Pressedienst epd bestätigt, dass es im Kreis der Länder Überlegungen gebe, den Sendern auch bei angekauften Filmen vorzuschreiben, Product-Placement zu kennzeichnen. Bisher seien die deutschen Sender davon ausgegangen, dass eine Kennzeichnungspflicht für solche Filme nicht bestehe. In dem Brief schrieben sie, eine Verpflichtung zur Kennzeichnung „würde einer verfassungsrechtlich bedenklichen, absoluten Überregulierung

aus rein formalistischen Gründen gleichkommen“. Auch die Europäische Kommission habe keine europaweite Verpflichtung zur Kennzeichnung vorgeschrieben.

RTL und ProSiebenSat.1 leiden unter Werbekrise

Die RTL Group leidet europaweit unter Rückgang der TV-Werbung: Umsatz bricht um knapp 10 Prozent ein, Gewinn um fast 37 Prozent. Der Ausblick für 2009 bleibt trübe. Einsparungen von 198 Mio Euro wurden bereits realisiert, davon 97 Mio bei RTL in Deutschland.

Bei der Sendergruppe ProSiebenSat1 sank der Umsatz im 2. Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum. 694 Millionen Euro wurden eingenommen. Der Einbruch konnte durch eine Reduzierung der Kosten abgefedert werden – der Gewinn sank nur von 60 auf 45,5 Millionen Euro. Maßgeblich dafür war das Sparpaket, das das Management geschnürt hatte.

Nur Hartz IV zählt bei GEZ-Befreiung

Das Verwaltungsgericht Baden-Württemberg hat bekräftigt, dass der Gesetzgeber nur eine Befreiung von Haushalten vorgesehen hat, die ausschließlich von Hartz IV leben. Jede weitere Leistung führe automatisch zur Zahlungsverpflichtung.

Geklagt hatte eine Frau aus dem Raum Stuttgart gegen den Südwestrundfunk (SWR). Sie bekam neben ihrem Arbeitslosengeld II einen monatlichen Zuschlag von zehn Euro. Der SWR forderte 17,03 Euro Gebühr. Eine Befreiung lehnte er ab. Zu Recht, so das Mannheimer Gericht. Das Urteil ist rechtskräftig. (Az.: 2 S 1400/08)

Kloiber verfügt über Cinemaxx-Mehrheit

Herbert Kloiber ist jetzt Mehrheitseigentümer der Cinemaxx AG. Der Münchner Unternehmer hat seinen Anteil an der CinemaxX AG auf über 50 Prozent erhöht, teilte die Kinokette in einer Pflichtveröffentlichung mit. Kloibers Stimmrechtsanteil liegt aktuell bei 68,975 Prozent. Gegenüber dem "Handelsblatt" erklärte er, er erwarte durch diesen Schritt einen Umsatzsprung für seine Tele München Gruppe von rund 170 Mio. Euro für das laufende Jahr, wodurch sich die Erlöse auf knapp 500 Mio. Euro erhöhen würden.

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Düsseldorf
Jörg Keunecke-Lotte
Karlstrasse 123 - 127
40210 Düsseldorf
fon: 0211.61824337, fax: 0211.61824468
mail: joerg.keunecke-lotte@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann, Jörg Keunecke-Lotte
Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover

Quelle: www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?akt=publikationen_newsletter_bfv&id=4a9c052837a9e

Zeitpunkt des Ausdrucks: 27.03.2015 10:56:57



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 09/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den neunten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php).

Inhalt

1. ["6 statt 12" - ver.di fordert schnellen Abbau von Hürden bei ALG I-Anspruch](#)
2. [Unbezwingbarer Berg von Partikularinteressen blockiert FFG-Novelle](#)
3. [Heinze Kündigung - Einzelfall oder Wiederholung möglich?](#)
4. [ver.di fordert professionelleren Umgang zwischen Sendern und Produzenten](#)
5. [Über "Buddenbrooks" zu neuen Regeln zwischen TV und Kino?](#)
6. [Deutsche Politiker unterschätzen Dimension der Internet-Piraterie](#)
7. [Studio Babelsberg rügt Kreditvergabe der Landesbank](#)
8. [Meldungen](#)
9. [Impressum / Abo](#)

Sondermeldung: Setbesuche - voller Erfolg für gewerkschaftliche Präsenz am Set!

In der Woche vom 21. bis 25. September besuchten die Gewerkschafter von connexx.av im Auftrag der ver.di-Filmschaffenden insgesamt sieben Film-Sets in Berlin. Produktionen von Teamworxx (Kommissar Le Brea), Ufa (Ein starkes Team), Ziegler (Weißensee) und anderen besuchte das connexx-Team mit einem umgebauten Eiswagen als Informationsstand für Filmschaffende. "Ihr kommt genau richtig...", "Was, ihr kommt nur für uns hier raus...", "Kontrolliert ihr die Arbeitszeiten..., super...", so und mit anderen Begrüßungsworten wurde das gewerkschaftliche Rollkommando an mehreren Sets empfangen. Das war kaum verwunderlich und kam zur rechten Zeit, da mancher Orts die 12 Stunden wieder deutlich überschritten wurden. "Wir waren absolut positiv überrascht, wie gut die Aktion angenommen wurde und interessiert die Filmschaffenden zu Tarifthemen, Krankengeldregelung, ALG I-Anspruch nach "6 statt 12 nachfragten", so die connexx-Kollegen. Die Botschaft der Filmschaffenden war unmissverständlich solche Aktionen fort zu setzen. Für Hamburg, München und Köln sind ähnliche Aktionen geplant, vermutlich aber erst im nächsten Frühjahr.

1. "6 statt 12" - ver.di fordert schnellen Abbau von Hürden bei ALG I-Anspruch

Aufgrund neuer Hürden bei der Beantragung von Arbeitslosengeld (ALG) I durch Filmschaffende fordert der stellvertretende Vorsitzende von ver.di, Frank Werneke, das Arbeitsministerium in einem Schreiben auf, "schnell tätig zu werden und die notwendige Klarstellung zu veranlassen." Dadurch soll für Kultur- und Medienschaffende ein kontinuierlicher Anspruch auf ALG I bei sechs bis zwölf Monaten Anwartschaftszeit in zwei Jahren abgesichert

werden, wenn diese überwiegend kurz befristete Arbeitsverträge abschließen müssen, aber gelegentlich auch länger als sechs Wochen beschäftigt sind.

"Bei der entsprechenden Gesetzesänderung ist wohl mit heißer Nadel gestrickt worden. Es ist unsinnig, wenn jemand seinen vorher bestehenden ALG I-Anspruch nur wegen eines Jobs verliert, der länger als 42 Tage andauert. Ohnehin schon prekär Beschäftigte verlieren damit ihren ALG I-Anspruch trotz steigender Beitragszeiten, das ist nicht nachvollziehbar. Angesichts der Arbeitspraxis vieler Kultur- und Medienschaffenden läuft damit die Gesetzesänderung entgegen den Versprechen aus der Regierungskoalition ins Leere", erklärte Werneke. Arbeitnehmer, die in zwölf Monaten bis zu 30.240 Euro verdienen und in zwei Jahren Beschäftigungszeiten überwiegend aus bis zu sechs Wochen befristeten Beschäftigungsverhältnissen ansammeln, sollten demnach mindestens für drei Monate Anspruch auf ALG I haben. Erste, an ver.di von Filmschaffenden gemeldete Ablehnungsbescheide zeigten allerdings, dass der Anspruch verwehrt werde, sobald die Anzahl der Beschäftigungstage aus Verträgen über sechs Wochen Laufzeit, diejenige aus kürzeren Arbeitsverhältnissen überwiege.

[Info als PDF](#)

2. Unbezwingbarer Berg von Partikularinteressen blockiert FFG-Novelle

Die deutschen Fernsender werden sich einer gesetzlichen Einbeziehung in den Einzahlerkreis für das Filmförderungsgesetz nicht entziehen, so die wichtigste Erkenntnis der Runde "Nach der Novellierung ist vor der Novellierung", in der eine hochkarätig besetzte Runde aus Vertretern von CDU, SPD und FDP mit Branchenvertretern über die Zukunft des Filmförderungsgesetzes (FFG) bei der Medienwoche Berlin-Brandenburg diskutierte.

Das Umschwenken wurde von Stefan Gärtner, Seven Pictures, für die Pro7Sat1 Media AG auf dem Podium angekündigt. Jürgen Doetz hatte bereits vorher betont, dass die VPRT organisierten Sender auf eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen eine gesetzlich fixierte Abgabepflicht verzichten werden.

[Link zum Volltext](#)

3. Heinze Kündigung - Einzelfall oder Wiederholung möglich?

Es schlug wie ein Bombe ein - Doris J. Heinze, mächtige Fernsehspielchefin des NDR, wurde am 27. August vom Dienst suspendiert. Am 9. September folgte die fristlose Kündigung. Heinze hatte zunächst zugegeben, für fünf Bücher ihre Mannes Claus Strobel unter dem Pseudonym Niklas Becker grünes Licht gegeben zu haben. Was ARD-Intendant Lutz Marmor am Rande des Sommerfestes des Studios Berlin in Adlershof wunderte. Der Sender könne kein Berufsverbot wegen familiärer Bindungen aussprechen, Heinze hätte die Tätigkeit ihres Mannes bekannt machen können - dann wären die Bücher von einem anderen Mitarbeiter des Senders oder in einer anderen ARD-Anstalt geprüft worden.

[Link zum Volltext](#)

4. ver.di fordert professionelleren Umgang zwischen Sendern und Produzenten - zum Wohl der Filmschaffenden

Als Reaktion auf die Affäre "Heinze" und die Insolvenz der Typhoon AG fordert der Vorstand des BFV in ver.di mehr Professionalität und eine klare Aufgabenabgrenzung bei Auftragsproduktionen zwischen Sendern, Auftragnehmern und Förderern. Er fordert vor allem, die ausgedehnte Machtstruktur von Redaktionen zu beschränken, um einen fairen Wettbewerb unter Auftragsproduzenten stattfinden zu lassen. Diesen dürfe nicht schon bei Auftragsvergabe eine Unmöglichkeit mit in den Vertrag geschrieben werden. Dass sie nämlich mit begrenzten Budgets, aber nur mit von der Redaktion ausgewählten Regisseuren, Kameraleuten und Hauptdarstellern das Projekt bekämen. Wie sie, die Produzenten, es dann umsetzen, unter teilweise illegalen Arbeitsbedingungen, ist der Redaktion meistens egal.

5. Über "Buddenbrooks" zu neuen Regeln zwischen TV und Kino?

Volker Herres ist verärgert. Der Programmdirektor der ARD hätte mit der aufwändigen Adaption der "Buddenbrooks" durch Heinrich Breloer gerne ein Highlight im Weihnachtsprogramm 2009 gesetzt. So war es seit Monaten angekündigt. In dieser Woche machte das Erste einen Rückzieher. "Da die Auswertung im Kino bisher so erfolgreich war, wollte der Verleih einer Verkürzung der Auswertung im Kino und auf DVD nicht zustimmen. Die Fernsehrechte können erst nach Ablauf des exklusiven Zeitfensters genutzt werden."

Das heißt nach 18 Monaten. So will es das Filmförderungsgesetz. Sechs Monate nach Kinopremiere kann die DVD auf den Markt gebracht werden. Nach einem Jahr darf das Pay-TV ausstrahlen und nach 18 Monaten erstmals das Free-TV. Verkürzungen des Zeitfensters sind möglich, wenn der Produzent einen Antrag bei der Film-Förderungsanstalt stellt.

[Link zum Volltext](#)

6. Deutsche Politiker unterschätzen Dimension der Internet-Piraterie

Die Constantin AG hat einen weiteren juristischen Erfolg gegen Raumkopierer erlangt. Wie Martin Moszkowicz auf dem Berliner Medienkongress erzählte, ist das Münchner Unternehmen gegen RapidShare vorgegangen. Seit Jahren stehen sämtliche Filme, die die Constantin Film ins Kino brachte und bei denen Raupkopien ins Internet gelangten, zeitnah über die Plattform zum Download bereit. Anfang August wurden die Verantwortlichen von RapidShare aufgefordert, Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von "Maria, ihm schmeckt's nicht!" über seinen Filesharing-Dienst zu ergreifen. Dem ist der Internetdienstleister mit Sitz im schweizerischen Cham nicht nachgekommen. Das Landgericht München sah dies als ausreichend an, um RapidShare als Störer in die Haftungsverantwortung zu nehmen und eine entsprechende einstweilige Verfügung zu erlassen.

[Link zum Volltext](#)

7. Studio Babelsberg rügt Kreditvergabe der Landesbank

Studio Babelsberg fühle sich im Kampf gegen die Wirtschaftskrise von der Brandenburger Landesregierung und der Investitionslandesbank (ILB) im Stich gelassen, schreiben die "Potsdamer Neuesten Nachrichten" am 31. August. Die Investitionsbank Brandenburg (ILB) habe dem Studio einen Kredit in Höhe von 3,75 Millionen Euro versagt, sagte Vorstandschef Carl Wuebcken bei einem Wahlkampf-Besuch der SPD-Landtagsabgeordneten Klara Geywitz. Das Geld sollte genutzt werden, um nach dem schwierigen Jahr 2009, in dem die Wirtschaftskrise große Hollywood-Produktionen in den Hallen vor den Toren Berlins verhinderte, wieder in sichereres Fahrwasser zu kommen. Das Studio wollte ein zweites Mal in ein Hollywood-Filmpaket investieren, so Wuebcken. Das Studio wollte für zehn Millionen US-Dollar "Produktionsanteile" an 15 US-Filmen kaufen, deren Produzenten verpflichteten sich im Gegenzug, einen Großteil der Filme in Babelsberg zu drehen.

[Link zum Volltext](#)

8. Meldungen

Brief an alle Freiberufler und Selbstständigen von ver.di angekommen?

Das ver.di-Referat Selbstständige hat Ende August alle freiberuflich und selbstständig tätigen Mitglieder angeschrieben. Das Referat bittet nun alle Freien und Selbstständigen, die keinen solchen Brief erhalten haben, um eine kurze Rückmeldung an: selbststaendige@verdi.de, damit sie in Zukunft auch die zusätzlichen Informationen für Freie und Selbstständige bekommen.

Krankengeldregelung - bis zum 30.9.2009 Entscheidung zum KV-Tarif

Während es für unständig Beschäftigte und solche, die unter zehn Wochen als Arbeitnehmer beschäftigt sind, seit Jahresbeginn das Problem gab, dass für sie kein Krankengeldanspruch bestand und deshalb für sie auch ein reduzierter KV-Beitrag anzunehmen war, hat sich erfreulicherweise ab dem 1. August die Situation deutlich verbessert. Allerdings sind dafür zwei Schritte notwendig.

Erstens: Kurzzeitig Beschäftigte müssen gegenüber ihrer Krankenversicherung bis zum 30.9.2009 erklären, dass sie zukünftig den normalen Arbeitnehmerbeitrag von 14,9 % zahlen wollen.

Zweitens: Bei Arbeitsaufnahme erklärt der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber, ggf. erst nach Aufforderung, dass der normale Arbeitnehmerbeitrag und NICHT der reduzierte Beitrag für das Beschäftigungsverhältnis gilt.

[Weitere Infos](#)

Was hat die Gewerkschaft eigentlich je für uns getan?

Immer wieder wird den Gewerkschaftsmitgliedern vorgehalten, dass sie doch viel zuwenig tun würden für die Menschen in unserem Land. Entgegen dieser Wahrnehmung ist nach Vorlage von "Monty Python" ein Spot entstanden, der in einfachster, klarer und bestechender Weise darstellt, dass die heute normalsten Dinge der Welt einmal von Mitgliedern der Gewerkschaft erkämpft wurden.

[Link zum Spot](#)

Niedersächsischer Medienkongress 09 - Impulstag für Freiberuflerinnen

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hannoverimpuls, die Niedersächsischen Ministerien für Wirtschaft und Soziales, und die Landeshauptstadt Hannover stärken und zeigen die wirtschaftliche Bedeutung von Frauen in der Medienbranche, u.a. mit Filmregisseurin und Drehbuchautorin Franziska Stünkel. Ziel ist es, den Teilnehmerinnen durch das praxisbezogene Programm gebündelten Wissenstransfer, Vernetzung und Aspekte zur Erschließung neuer Märkte anzubieten. Die Veranstaltung findet statt am Freitag, den 23.10.2009, 9.30 - 16.00 Uhr Fachhochschule Hannover im Design-Center, Expo Plaza 2, 30539 Hannover.

[Weitere Infos und Anmeldung](#)

Besucherplus im europäischen Kino

Anlässlich der 66. Filmfestspiele in Venedig veröffentlicht die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle einen Überblick über die Entwicklung der Kinobesucherzahlen in Europa im ersten Halbjahr 2009. Mit rund 348 Mio. verkaufter Kinokarten ist die Zahl der Besucher in den fünf großen EU Märkten - Großbritannien, Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland - um 3,8% gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr gestiegen. Großbritannien verzeichnete einen beeindruckenden Anstieg um 14,5 % und erreichte das beste Ergebnis seit sieben Jahren. Ebenfalls stark im Plus waren Deutschland (+6,5%) sowie Spanien (+7,9%). Nur in Frankreich ging der Besuch um 4,4% zurück, was aber auch dem starken Vorjahrshalbjahr mit dem Erfolg von "Willkommen bei den Sch'tis" zurückzuführen ist.

Fernsehvorschriften erschweren Beistellungen in Kinoproduktionen

Die Chefs der Staatskanzleien könnten nach Informationen von Meedia.de, FAZ und "Süddeutscher Zeitung" Ende Oktober beschließen, dass auch im Ausland eingekaufte Produktionen künftig gekennzeichnet werden müssen, wenn sie Product Placement enthalten. Der Privatsenderverband VPRT hatte sich heftig gegen die Regelung gewehrt. VPRT-Präsident Jürgen Doetz kommentierte: "Das ist ein skandalöser Umgang mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den privaten Rundfunk. Hier steht einmal wieder Überregulierung gegen Wirtschaftlichkeit." Aber auch die Öffentlich-Rechtlichen werden gezwungen sein, einen erheblichen Teil von Gebührengeldern, die eigentlich ins Programm fließen sollten, in die Prüfung von Filmen, TV-Produktionen oder Serien made in Hollywood oder Europa zu stecken.

Neo startet im November

Das ZDF wird den bisherigen ZDF-Dokukanal ab November als Familienkanal ZDFneo auf Sendung schicken. Das Programm aus Information, Dokumentationen, Spielfilmen und Comedies sollen vor allem die 25- bis 49-Jährigen angesprochen werden. Das Zweite hat den ältesten Zuschauerschnitt der fünf großen Programme - im Schnitt ist das Publikum 58 Jahre alt. Der Digitalkanal soll auch als Testfeld für das Hauptprogramm dienen. Erfolgreiche Formate können ins ZDF-Programm wandern.

Studio Hamburg vor Privatisierung?

Martin Willich, Geschäftsführer von Studio Hamburg, sagte der "Wirtschaftswoche", es gebe Bestrebungen, die hundertprozentige Tochter des NDR zu privatisieren. "Wenn wir einen Partner finden, würde das funktionieren. Und ich bin nicht pessimistisch", so Willich. Als Zeitrahmen für die Investorsuche nannte er die kommenden 18 Monate. Der Partner müsse aber aus der deutschen Medienbranche kommen.

[Link zum Volltext](#)

NDR und SWR zahlen für SR und Radio Bremen

Die Intendantinnen und Intendanten der ARD haben sich Mitte September auf weitere finanzielle Hilfen für die klammen Anstalten Saarländischer Rundfunk und Radio Bremen verständigt, die den im April 2008 verabschiedeten neuen internen Finanzausgleich zwischen den ARD-Anstalten entsprechen. Die "Bonner Beschlüsse", die bereits einen Ausbau der Unterstützung der kleinen Anstalten SR und Radio Bremen sowie eine finanzielle Entlastung der mittleren Anstalten MDR, HR und RBB durch die großen Anstalten WDR, SWR, NDR und BR vorsehen, wurden nach Kritik durch die kleineren Anstalten und einer Aufforderung durch die Ministerpräsidenten der Länder weiterentwickelt.

Deutschland mit guten Chancen auf Europäischen Filmpreis

Mit "33 SZENEN AUS DEM LEBEN", "ALLE ANDEREN", "ANTICHRIST", "DER BAADER MEINHOF KOMPLEX", "JERICHO", "JAFFA", "PANDORAS BOX", "DER VORLESER" und "DAS WEISSE BAND", ist Deutschland mit neun Filmen unter den 48 Empfehlungen für den Europäischen Filmpreis gut vertreten. Hanekes Cannes-Gewinner gilt als einer der Favoriten, wird sich aber wohl ein heißes Rennen mit Oscar-Gewinner "Slumdog Millionär" liefern. Die Verleihung der Preise findet am 12. Dezember in Bochum statt.

37 deutsche Produktionen für PRIX EUROPA 2009 nominiert

Mit 665 Bewerbungen aus 40 Ländern wurde so viele Produktionen wie noch nie eingereicht. 231 haben es geschafft und können sich vom 17. bis 24. Oktober im Berliner Haus des Rundfunks an der Masurallee mit der internationalen Konkurrenz messen. In acht Kategorien aus den Bereichen Fernsehen, Radio und Emerging Media stellen sich die Macher dem Urteil der Jurys und streiten um eine der 13 begehrten PRIX EUROPA-Stiertrophäen. Sie werden am 24. Oktober in einer feierlichen Preisgala übergeben werden.

Nominierungen für Babelsberger Medienpreise 2009

Anfang des Monats tagten in der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) "Konrad Wolf" drei Jurys, um aus den Einreichungen die Preisträger des Jahres 2009 der Babelsberger Medienpreise auszuwählen. Die Förderpreise gehen an die besten Absolventenfilme im Bereich Spielfilm und im Bereich Dokumentarfilm. Außerdem wird der "Erich Kästner-Fernsehpreis für das beste deutschsprachige Kinder- und Jugendprogramm" vergeben. Connie Walther, Ralph Schwingel, Katrin Boehringer, Prof. Jens Becker und Sebastian Peterson wählten unter den 17 Einreichungen aus 8 Filmhochschulen die Absolventenfilme "Desperados on the Block", Tomasz Emil Rudzik, HFF München, "Freies Land" Hannes Treiber, und "Polar", Michael Koch, KHM Köln. Die Preisträger werden bei der Verleihung unter der Schirmherrschaft von Berlinale-Direktor Dieter Kosslick und der Erich Kästner-Preis unter der Patenschaft von Familienministerin Ursula von der Leyen am 9. Oktober 2009 bekannt gegeben.

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Düsseldorf
Jörg Keunecke-Lotte
Karlstrasse 123 - 127
40210 Düsseldorf
fon: 0211.61824337, fax: 0211.61824468
mail: joerg.keunecke-lotte@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann, Jörg Keunecke-Lotte
Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 10/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den zehnten BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php).

Inhalt

1. Insgesamt 5,5% mehr Geld und Arbeitszeitbegrenzung auf 13 Stunden am SET
2. Koalitionsverhandlungen müssen Pflöcke im FFG-Streit setzen
3. Roman Polanski – Berlinale oder Knast?
4. DFFF trotz Rückgang der Produktionen wohl ausgeschöpft
5. SPIO-Wunschliste für Merkel und Westerwelle
6. GEMA fordert besseren Schutz des geistigen Eigentums
7. ver.di-Fernsehpreis an Eva und Volker A. Zahn und Hermine Huntgeburth
8. Meldungen
9. Impressum / Abo

+++Sondermeldung+++

Streetworker auf dem Datenhighway - connexx.av wird 10 Jahre alt

Das ver.di-Innovationsprojekt connexx.av wird zehn Jahre alt. Geplant waren drei, dann sechs Jahre. Inzwischen fungiert connexx.av seit einem Jahrzehnt als Modell für moderne Gewerkschaftsarbeit, gilt gar als eines der größten Innovationsvorhaben deutscher Gewerkschaftsgeschichte. Unkonventionell, kreativ, nicht selten kritisch beäugt, infiltriert das ver.di Projekt Branchen, die gewerkschaftlichem Einfluss eher abhold sind: privater Rundfunk, audiovisuelle Medien, Film- und Fernsehproduktionen und Internetwirtschaft.

[Link zum Volltext](#)

Das Team von connexx.av möchte sich bei allen herzlich bedanken, die uns in den letzten 10 Jahren als Freund, Betriebsrätin, Förderer, Kollegin, Mitglied, Expertin und Kritiker begleitet und unterstützt haben! Wir laden aus diesem Grund alle ein, die dies mit uns feiern wollen. Wir freuen uns sehr, euch zu empfangen.

[Infos zur Feier](#)

1. Insgesamt 5,5% mehr Geld und Arbeitszeitbegrenzung auf 13 Stunden am SET

Künftig wird bei Filmproduktionen eine Maximalarbeitszeit von 13 Stunden gelten, die nur in definierten Ausnahmefällen an einzelnen Tagen überschritten werden kann. Außerdem sind die Zuschläge für Mehrarbeit nach der 13. Stunde auf 100 % angehoben worden, um die ausufernden Arbeitszeiten einzudämmen. Sie sollen in Form von verlängerten Ruhezeiten und Mehrarbeitszuschlägen kompensiert werden. Eine verbindliche Dokumentation der Arbeitszeiten soll zusätzlich mehr Transparenz für den Arbeitszeitnachweis schaffen. Diese Einigung wurde von ver.di mit der Allianz Deutscher Produzenten – Film und Fernsehen am 7. Oktober erzielt. Am 26. Oktober konnten weitere redaktionelle Klarstellungen vereinbart werden. Bis Ende November wollen die Tarifparteien sich mitteilen, ob sie die verhandelte Fassung so akzeptieren.

In den Verhandlungsrunden hätten sich beide Seiten bemüht, Verständnis für die jeweiligen Positionen zu zeigen: Sicherheit am Produktionsort, vor dem Hintergrund großen wirtschaftlichen Drucks aber auch eine effiziente Produktionsgestaltung, betont die Allianz. „Nach der Einführung von Zeitkonten im letzten Tarifabschluss haben wir

nun einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Situation hinsichtlich der Arbeitszeithematik von Filmschaffenden erreicht. Wir haben die Produzenten überzeugt, dass zum Schutz der Filmschaffenden auch am Filmset der Arbeitszeit Grenzen gesetzt werden müssen. Gegen ausufernde Arbeitszeiten werden wir weiterhin und nun noch wirkungsvoller vorgehen.“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Ab Januar 2010 steigen die Gagen einheitlich zunächst um 1,75 % und ab Januar 2011 um weitere 2 %. Ergänzend sind vorab einzelne Tätigkeiten überproportional angehoben worden, um deren gestiegener Bedeutung gerecht zu werden. Dieser Schritt macht im Durchschnitt 1,75 % zusätzliches Volumen des Tarifabschlusses aus. Der Tarifvertrag erhält eine Laufzeit bis Ende 2011. „Die Tariferhöhungen liegen hinter unseren Erwartungen zurück, aber das schwierige Marktumfeld der Sender und Filmproduktionen hat keine kräftigeren Gagensteigerungen ermöglicht. Das Gesamtvolumen des Abschlusses bewegt sich mit 5,5% im Bereich der Tarifabschlüsse von ver.di für öffentlich rechtliche Sender,“ so von Fintel.

[Infos zur Tarifverhandlung](#)

2. Koalitionsverhandlungen müssen Pflöcke im FFG-Streit setzen

Die Koalitionsverhandlungen laufen und das Schicksal der Kultur liegt in den Händen von Hans-Joachim Otto, FDP, Maria Böhmer, CSU und Bernd Neumann, CDU. Die kleine Gruppe soll die Schwerpunkte für die kommenden vier Jahre ausloten und hat bereits eine Forderung formuliert. Kultur soll als Staatsziel mit ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Neben dem großen Ziel werden die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Jahre gesetzt. Zum einen wird wohl über das Archivgesetz verhandelt, das in der vergangenen Legislaturperiode liegen geblieben ist. Wobei hier die Finanzierung der Bewahrung des kulturellen Erbes im Filmbereich das größte Hindernis bleibt. Der Kulturausschuss hatte die Regierung bekanntlich gebeten, die Archivierung und Nutzbarmachung dieses Kulturgutes kostenneutral zu gestalten, was der Quadratur des Kreises gleicht. Hier ist zu hoffen, dass man wenigstens den ersten Schritt geht und nach internationalem Vorbild die Erfassung aller in Deutschland produzierten Filme vorsieht. Kostenpunkt: sechs bis sieben Mio. Euro.

Und natürlich müssen die brennenden Probleme flächendeckende Digitalisierung und Filmförderungsgesetz gelöst werden. Von der Sitzung des Verwaltungsrates der FFA am 1. Oktober gab es dazu graue Rauchzeichen – eine Einigung über ein Digitalisierungsmodell scheint nahe. Nach 100er und Cent-Modell wird jetzt eine Pauschale diskutiert, wobei noch unklar ist, wie insbesondere kleinen Kinos finanziell unter die Arme gegriffen werden kann.

3. Roman Polanski – Berlinale oder Knast?

Roman Polanski verhaftet auf dem Flughafen von Zürich, wo ihn der 5. Jahrgang des Filmfestivals für sein Lebenswerk ehren wollte. Ein Schweizer Polizist hatte die Einladung bemerkt und bei seinen Vorgesetzten gefragt, ob der von amerikanischen Behörden ausgestellte internationale Haftbefehl gegen den prominenten Regisseur mit zweitem Wohnsitz in der Gstaad vollstreckt werden sollte. Dem Künstler polnischer Herkunft mit französischem Pass droht die Auslieferung in die USA. Eine Haftverschonung wurde abgelehnt.

Der „Fall Polanski“ scheidet seitdem die Geister. Auf der einen Seite stehen jene Prominenten, zu denen Tom Tykwer, Fatih Akin und Martin Scorsese gehören, die sich mit dem Oscar-Gewinner solidarisieren und einen Schlussstrich von der US-Justiz fordern. Auf der anderen Seite jene, die mit moralischer Entrüstung für die Vollstreckung des Ersuchens plädieren. Auch wenn das Verbrechen schon 30 Jahre zurück liegt.

[Link zum Volltext](#)

4. DFFF trotz Rückgang der Produktionen wohl ausgeschöpft

61 Projekte wurden durch den Deutschen Filmförderfond in diesem Jahr bereits gefördert, 34,7 Mio. Euro sind zum 30. September bereits ausgegeben. 17 weitere Projekte werden in den kommenden Wochen entschieden, womit die 60 Mio. fast ausgeschöpft sind. Das teilte Christine Berg, Projektkoordinatorin mit. Nur 1 Projekt - Tarantinos „Inglorious Basterds“ kam mit 6,8 Mio. Euro in den Genuss der Sonderförderung von mehr als 4 Mio. Euro. Polanskis „The Ghost“ erhielt mit 3,5 Mio. Euro den zweithöchsten Betrag. Ansonsten wurde nur selten die Millionengrenze bei den Zuschüssen überschritten. Trotzdem reicht das Geld in diesem Jahr vielleicht nur für 80 Filme, 20 weniger als in den vergangenen beiden Jahren. Das ist vor allem auf die geringe Zahl von geförderten Dokumentarfilmen zurückzuführen.

5. SPIO-Wunschliste für Merkel und Westerwelle

Ohne Visionen, dafür nah an den drängenden Fragen der deutschen Filmpolitik, bewegt sich der Forderungskatalog der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft für die Bundesregierung. Sie wünscht sich die Fortführung des DFFF in

mindestens der bisherigen Höhe, dabei jedoch eine Anpassung der DFFF-Kriterien an aktuelle Gegebenheiten. Dass FFG sollte grundlegend novelliert werden, um eine dauerhafte, gerechte und nachhaltige Finanzierung des Kinofilms in Deutschland zu gewährleisten. Daran schließt sich der Wunsch nach der Sicherstellung des flächendeckenden nationalen Rollouts zur digitalen Projektion in den deutschen Kinos an. Außerdem wird ein verbesserter Schutz gegen Internetpiraterie z.B. mit graduated response-Modellen angeregt, die Novellierung des Jugendmedienschutzes, Veränderungen beim Urheberrecht in der Form, dass an der Filmherstellung Mitwirkenden zusätzliche Ansprüche auf Beteiligung nur zustehen können, wenn der Produzent selbst Gewinn erzielt. Last but not least wird auch an die Novellierung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und eine Neuregelung der Künstlerbesteuerung durch Freistellung internationaler Filmschaffender bei der Mitwirkung an Produktionen in Deutschland von der Quellensteuer, die Befreiung der ausländischen Künstler von der Künstlersozialabgabe und die Senkung der Beiträge der abgabepflichtigen Unternehmen der Filmwirtschaft gegenüber der Künstlersozialkasse durch aktive Fortführung des Novellierungsprozesses der KSK gedacht.

Zum Schluss kommen wie immer die Archive und die Forderung, die Sicherung des nationalen Filmerbes hinsichtlich Vollständigkeit und Qualität durch entsprechende weitere gehende gesetzliche Regelungen zu verbessern und die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen.

6. GEMA fordert besseren Schutz des geistigen Eigentums

Der Schutz des geistigen Eigentums soll nach Vorstellung der GEMA im Regierungsprogramm von CDU/CSU und FDP ebenso fest verankert werden wie die angemessene Vergütung schöpferischer Leistungen – sowohl in Deutschland als auch in Europa. Sie fordert einen Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften in der EU, da die inhaltlich unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Rechtsinstrumentarien der Europäischen Kommission zur Lizenzierung von Musikrechten im Online-Bereich bei Rechteinhabern und Nutzern zu großer Verwirrung und Rechtsunsicherheit geführt hätten.

Sie wünscht sich nach dem Vorbild der französischen Regierung bei ihrer Schwester SACEM - Unterstützung beim gerichtlichen Vorgehen gehen die am 16. Juli 2008 durch die Europäische Kommission erlassene Untersagungsverfügung gegen die GEMA und 23 andere europäische Verwertungsgesellschaften im so genannten CISAC-Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof.

[Link zum Volltext](#)

7. ver.di-Fernsehpreis an Eva und Volker A. Zahn und Hermine Huntgeburth

Im Rahmen eines Festaktes hat die Vorsitzende des Gewerkschaftsrats der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Monika Brandl, im Orchestersaal des Klangkörperdomizils des Mitteldeutschen Rundfunks in Leipzig am 24. Oktober den diesjährigen ver.di-Fernsehpreis 2009 verliehen.

In Anwesenheit der sächsischen Wissenschaftsministerin Sabine Irene Freifrau von Schorlemer (parteilos) und des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ging der ver.di-Fernsehpreis an Eva Zahn und Volker A. Zahn für das Drehbuch zum Film "Ihr könnt euch niemals sicher sein" und an Hermine Huntgeburth der ver.di-Fernsehpreis für die Regie beim Film "Teufelsbraten". Beide Filme wurden vom WDR gesendet.

Prämiert wurden damit zwei Fernsehspiele, die nach Auffassung der siebenköpfigen Jury "unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkte zeit- und gesellschaftspolitische Stoffe behandeln, die geeignet sind, die politische Bildung zu vertiefen".

Darüber hinaus sollen die Filme die Urteilsfähigkeit in gesellschaftspolitischen Fragen erhöhen und die Bereitschaft zum politischen Engagement für Freiheit und Demokratie anregen. Der ver.di-Fernsehpreis für die Sparten Drehbuch und Regie ist mit je 7.500 Euro dotiert.

8. Meldungen

Veranstaltung für Film- und Fernsehschaffende in Köln am 14.11.2009

Unter dem Titel „Kammerflimmern in der Kiste – ist der Medienstandort Köln für die Zukunft gerüstet?“ veranstalten ver.di und connexx.av einen Thementag für Film- und Fernsehschaffende in Köln. Die Situation in der Fernsehbranche hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. Konnte es vor einigen Jahren nicht genug Personal geben, hat sich heute bei abnehmenden Produktionszahlen und erheblichen Einsparungen der Sender das Blatt gewendet. Produktionsfirmen werden im Preiskampf insolvent, Beschäftigte bleiben ohne Auftrag – die Stimmung ist deutlich rauer geworden.

Mit Experten, Kennern der Branche, aber vor allem mit den Beschäftigten wollen wir gemeinsam über die Situation informieren und diskutieren.

Im Anschluss an die Beschreibung der aktuellen Lage der Fernsehschaffenden am Medienstandort Köln sollen die folgenden Fragen bei einer Podiumsdiskussion im Mittelpunkt stehen:

- Opfer des Preiskampfes - wie wird sich die Fernsehbranche entwickeln für Beschäftigte und Produktionsfirmen?
- Wege aus der Krise - Was muss sich am Markt ändern?
- Keine Chance auf (für) Nachwuchs – erlebt oder produziert die Branche ein Nachwuchsproblem?

Informationen zur Veranstaltung:

www.kammerflimmern.net

Workshop für Filmschaffende im Filmstudio der iSFF

Sie treten immer in einer Funktion vor eine Gruppe oder eine Person, gut gerüstet mit Ihrem Können und Ihrer Erfahrung. Selten jedoch nutzen Sie bewusst die Wirkung Ihrer Person für Ihre Absichten. Dabei ist es entscheidend, wie Kollegen und Vorgesetzte - und auch zukünftige Arbeitgeber - Sie wahrnehmen. Denn Ihre individuelle Integrität und Authentizität sind wichtige Faktoren für jegliche Kommunikationsvorgänge und den Erfolg Ihrer Bemühungen. Ziel des Workshops ist es, das Potential aufzuzeigen, das sich im bewussten Umgang mit der tatsächlichen persönlichen Wirkung verbirgt. Mit diesem Bewusstsein kann man überprüfen, welches Auftreten dem eigenen natürlichen Wirken entspricht und wie man seine Persönlichkeit aktiv nutzen kann, um ein sachliches und angenehmes Kommunikationsklima zu schaffen und sein Auftreten zielgerichtet zu optimieren.

[Infos zum Termin](#)

Nominierung für Kurzfilm-Lola

Am 29. Oktober 2009 wird Staatsminister Bernd Neumann in Kooperation mit der Filmakademie Baden-Württemberg in Ludwigsburg den Deutschen Kurzfilmpreis 2009 verleihen. Lolas in Gold werden vergeben für Spielfilme mit einer Laufzeit bis 7 Minuten und von mehr als 7 Minuten bis 30 Minuten Laufzeit, für Animations-/Experimentalfilme und für Dokumentarfilme mit einer Laufzeit bis 30 Minuten. Die Preise in Gold sind mit einer Prämie bis zu jeweils 30.000 Euro verbunden. Weiterhin ist ein Sonderpreis für Filme mit einer Laufzeit von mehr als 30 bis 78 Minuten Laufzeit vorgesehen, der mit 20.000 Euro dotiert ist.

253 Filmvorschlägen sind von den Jurys Deutscher Kurzfilmpreis (Spielfilm) und Deutscher Kurzfilmpreis (Animations-/Experimentalfilm, Dokumentarfilm, Sonderpreis) begutachtet worden. 10 Filme wurden nominiert und ein Sonderpreis vergeben. Mit der Nominierung ist eine Prämie von 15.000 Euro verbunden.

ARD und ZDF stehen für Fernsehqualität

„Mogadischu“ (ARD) von Titeldauergewinner teamWorx, „Wir sind das Volk“, (Sat1) Olga Film, als bester Mehrteiler“ und die Serie „Der Lehrer“, (RTL), SonyPictures Film & Fernsehen, räumten am 26. September bei der diesjährigen Verleihung der Fernsehpreise in den Hauptkategorien ab. Ganz nach Proporz ging es weiter: Nikolaus Leytner freute sich für „Ein halbes Leben“ (ZDF) über den Regiepreis.

Das Zweite war der Gewinner des Abends. Der Österreicher Josef Hader wurde für „Ein halbes Leben“ als bester Schauspieler geehrt, Anna Fischer für „Die Rebellin“ als beste Nebendarstellerin. Für „Die Wölfe“, Ziegler Film, gab es drei Preise: Für den Schnitt von Annemarie Bremer, die Ausstattung von Franz Godt und Monika Hinz sowie den Förderpreis für das junge Ensemble Henriette Confurius, Neel Fehler, Nina Gummich, Vincent Redetzki, Maximilian Werner, Philip Wiegratz.

Die ARD ging auch nicht leer aus. „Freundschaft! Die Freie Deutsche Jugend“ wurde als beste Dokumentation ausgewählt. Senta Berger freute sich über ihren ersten Fernsehpreis für die Hauptrolle in „Schlaflos“, Florian Bartholomäi erhielt ihn für die beste Nebenrolle in „Bloch: Schattenkind“. Kameramann Martin Langer für den Tatort „Auf der Sonnenseite“ und Ulrich Reuter für die Musik von „Die Freundin der Tochter“ und „Den Drachen besiegen“ rundeten die Erfolgsserie des Ersten ab.

Auch die Privaten gingen nicht ganz leer aus: Silke Zertz rettete Sat1, sie wurde für das Buch zu „Wir sind das Volk“ gekürt. RTL konnte lediglich mit den „TV Helden“ mit Jan Böhmermann, Caroline Korneli und Pierre M. Krause punkten.

Babelsberger Medienpreise

„Freies Land“ von Hannes Treiber von der Hamburg Media School wurde am 9. Oktober in Babelsberg mit dem mit 18.000 Euro dotierten Förderpreis für den besten Absolventenfilm (Spielfilm) geehrt, der von der Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten (GWFF) München und die Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) „Konrad Wolf“ gestiftet wurde.

„Nid hei cho“ von Thaïs Odermatt, Abschlussfilm an der Hochschule Luzern – Design & Kunst, gewann den Förderpreis für den besten Dokumentarfilm, der vom rbb gestiftet wurde. Den mit 25.500 Euro dotierten Erich Kästner-Fernsehpreis, der in diesem Jahr unter der Patenschaft von Familienministerin Ursula von der Leyen stand, ging an

das Produktionsteam von „Moritz – „Wäre cool, wenn sie ein Engel wird...“ aus der Reihe „Stark! Kinder erzählen ihre Geschichte“ des ZDF.

Nominierungen für Europäischen Filmpreis

Isabelle Huppert und Ken Loach werden in diesem Jahr mit den Ehrenreisen der Europäischen Filmakademie geehrt. Fünf Spielfilme gehen in diesem Jahr um den besten Europäischen Nachwuchsfilm. Neben „AJAMI“ Deutschland / Israel, Drehbuch & Regie: Scandar Copti & Yaron Shani wurden „The Other Bank“, Georgien / Kasachstan, Regie: George Ovashvili, Drehbuch: Nugzar Shataidze, Berlinale-Wettbewerbssfilm „KATALIN VARGA“ Rumänien / Großbritannien / Ungarn, Drehbuch & Regie: Peter Strickland, „Be Good“, Frankreich / Dänemark, Drehbuch & Regie: Juliette Garcias, sowie „Autumn“, Türkei / Deutschland, Drehbuch & Regie: Özcan Alper, nominiert. Die Dokumentarfilm-Jury hat sich bereits entschieden: „DAS SUMMEN DER INSEKTEN – Bericht einer Mumie“ von Peter Liechti aus der Schweiz hat das Rennen gemacht.

Goldene Kamera am 30. Januar 2010 in Berlin und im ZDF

Nach der Auszeit 2009 wird der Medienpreis 2010 wieder im Rahmen einer feierlichen Gala verliehen, die das Zweite live überträgt. Die Preisträger der Nominierten-Kategorien sowie der beste Nachwuchsschauspieler werden wie in den Jahren zuvor von einer Jury gewählt, die sich jedes Jahr neu formiert. In diesem Jahr konnten HÖRZU-Chefredakteur Christian Hellmann, Produzent Martin Hoffmann, dem ehemaligen ZDF-Fernsehspielchef Hans Janke, Schauspieler Jan Josef Liefers, die Moderatorin Caren Miosga, der Schauspieler Bastian Pastewka sowie den HÖRZU-Redakteurinnen Julia Brinckman und Angela Meyer-Barg gewonnen werden.

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Hamburg
Olaf Hofmann
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
fon: 040.28056067, fax: 040.25328815
mail: olaf.hofmann@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann
Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 11/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den elften BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an (http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php).

Inhalt

1. [Interview mit Tarifsekretär Matthias von Fintel zum Tarifergebnis für Filmschaffende \(FFS\)](#)
2. [FFA zieht die Reißleine bei der Kinodigitalisierung – FFG wird modifiziert](#)
3. [GVL muss sparen – Ausschüttung an Künstler fast halbiert](#)
4. [Hohe Erwartungen nach Koalitionsvereinbarung – mehr Berücksichtigung der Belange der Film- und Fernsehschaffenden](#)
5. [Gemeinsam gegen Piraten](#)
6. [Pro7Sat 1 als Pay TV oder mit Zwangsgebühr?](#)
7. [Regeln für Product Placement in Kraft](#)
8. [Meldungen](#)
9. [Impressum / Abo](#)

1. Interview mit Tarifsekretär Matthias von Fintel zum Tarifergebnis für Filmschaffende (FFS)

Red: Der Tarifvertrag soll eine Höchstarbeitszeit festlegen. Diese liegt jetzt bei 13 Stunden. Was verbessert sich dadurch für die Filmschaffenden?

Matthias von Fintel (MvF): Bisher galt am Filmset meistens die grenzenlose Arbeitszeit. Dies stand auch im Zusammenhang mit dem Druck der Auftraggeber an die Produktionsfirmen, immer weniger Drehtage zu planen. Zukünftig ist bereits die Drehzeit so zu planen und rechtzeitig zu beenden, dass für jeden am Drehort die Arbeitszeit von maximal 13 Stunden eingehalten werden kann. Hier sind alle in der Pflicht, vom Produzenten, über die Produktionsleitung bis zum Regisseur und Kameramann, darauf zu achten, dass 13 Stunden nicht überschritten werden. Darüber hinaus sind alle Produktionen verpflichtet, in Zukunft die langen Arbeitszeiten der Filmschaffenden zu erfassen, und jeder Filmschaffende ist berechtigt, sich seine erbrachten Arbeitszeiten mit der monatlichen Abrechnung aushändigen zu lassen. Hier empfiehlt sich, dies zu Beginn einer Produktion zu klären und zur Kontrolle und Übersicht eigene Aufzeichnungen zu machen. Eine weitere Verbesserung ist die definierte Höchstarbeitszeit außerdem deshalb, weil jetzt die kontrollierenden Aufsichtsbehörden eine eindeutige Handlungsgrundlage haben. Und nicht nur, wie in der Vergangenheit, bei der Einhaltung der Mindestruhezeit.

Red: Die gesundheitlichen Belastungen werden bei Filmproduktionen, vor allem bei den Arbeitszeiten, als sehr hoch angesehen. Wo hat der Tarifvertrag Schutzvorkehrungen geregelt?

MvF: Bereits mit dem bisherigen Tarifvertrag konnte die 12. Arbeitsstunde nur mit Zustimmung des Filmschaffenden überschritten werden. Das bleibt auch in Zukunft so. Und dies war in der Vergangenheit schon eine Möglichkeit auf Basis des Tarifvertrages gegen Produktionen mit überzogenen Arbeitszeiten vorzugehen. Außerdem wird die Pause insgesamt auf eine Stunde pro Tag verlängert, wenn die 12 Stunden überschritten werden. Und danach greift die neue Begrenzung mit der Tageshöchstarbeitszeit bis zur 13. Stunde; damit verhindern wir die regelmäßig ausufernden Arbeitszeiten von 14, 15, 16 Stunden und mehr. Zusätzlich wird durch das Zeitkonto für Mehrarbeit bekanntermaßen ja die soziale Absicherung gestärkt. Die Schutzvorkehrungen sind aber nur so gut, wie ihre tatsächliche Anwendung auch eingefordert wird. Hier muss es zu einem Bewusstseinswandel aller Beteiligten kommen. Zu lange Arbeitszeiten sind ungesund, bringen selten bessere Drehergebnisse und leisten dem Trend zu immer weniger Drehtagen Vorschub. Sollte es mit der Durchsetzung der Tarifregelungen nicht funktionieren, ob schon während der Verhandlung oder am Set, kann sich jeder sofort an seine Gewerkschaft wenden.

Red: Immer wieder wird gerne der internationale Vergleich angesprochen, insbesondere England mit einer

12-Stunden-Grenze. Hält unser Tarifvertrag einem Vergleich Stand?

MvF: Im internationalen Vergleich war Deutschland das Land ohne gelebte Arbeitszeitgrenze, und wurde dafür von manchen internationalen Produktionen unrühmlicherweise geschätzt. Ich wiederhole, hier wird es zu einem Bewusstseinswandel kommen müssen. Die Arbeitszeitgrenzen in anderen Ländern werden auch nur mit Nachdruck eingehalten. In Großbritannien beispielsweise gilt zwar die Begrenzung auf 12 Stunden am Tag, aber immer bezogen auf eine 6-Tage-Woche. Eine reguläre 6-Tage-Woche wurde hier auch von den Produzenten gefordert, aber das haben wir erfolgreich abgelehnt. Mit anderen Worten: Ja, wir können uns sehr gut vergleichen und haben teilweise unterschiedliche Regeln.

Red: Für bestimmte Ausnahmen sollen längere tägliche Arbeitszeiten möglich sein? Wie kann das kontrolliert werden?

MvF: Jeder einzelne bestimmt mit und ist in der Pflicht; ver.di unterstützt, klopf der Produktion auf die Finger und ruft bei Regelverstößen auch gerne die Arbeitsschutzbehörde an. So ging es bisher schon, wenn manche Produktionen aus dem Ruder liefen. Das machen wir weiter so. Ganz nebenbei ist das ein guter Grund, ver.di als Filmgewerkschaft beizutreten und sich mit vielen Film- und Fernsehschaffenden im BundesFilmVerband BFV zu organisieren. Zu den Ausnahmefällen: nur mit den definierten Gründen und auch nur an einzelnen Tagen, und das ist wichtig, auch dann nur mit Zustimmung der Filmschaffenden ist eine Überschreitung der 13 Stunden möglich. Nicht zu vergessen, nach der 13. Stunde sind die Zuschläge bei 100 % und die Ruhezeit bis zum nächsten Arbeitsbeginn muss mindestens 12 Stunden betragen. Es wird also teurer und verschiebt den Drehplan, wenn zu lange gearbeitet wird.

Red: Ein wichtiges Thema für die Filmschaffenden ist die Absicherung im Krankheitsfall. Der Gesetzgeber hat seine Novellierung zum 1.1.2009 korrigiert und nun können die Filmschaffenden wieder zum normalen Beitrag versichert werden mit Krankengeldanspruch ab dem 43. Tag. Wie steht es aber mit der tariflichen Entgeltfortzahlung in den ersten vier Wochen der Beschäftigung?

MvF: Da Filmschaffende meist kürzer als 10 Wochen beschäftigt werden, haben wir eine bedeutsame Klarstellung im Tarifvertrag gefordert und am Ende auch erreicht. Die Entgeltfortzahlung muss immer ab dem ersten Arbeitstag greifen und nicht erst nach vier Wochen. Einerseits verbessert dies unmittelbar den Lohnfortzahlungsanspruch bei Krankheit; nämlich von Beginn an. Außerdem ist gegenüber den Krankenversicherungen klargestellt, dass der Filmschaffende nach dem Tarifvertrag einen sofortigen Anspruch auf Entgeltfortzahlung hat. Nach dem Gesetz beginnt dieser erst nach vier Wochen. Darum sind irgendwelche Zusatzversicherungen für ein Krankengeld in den ersten vier Wochen einer Beschäftigung überflüssig geworden. Zumindest wenn die Kollegen Gewerkschaftsmitglieder sind und die Produktion ebenfalls Tarifpartner. Für alle anderen besteht hier ein Risiko.

Red: Das klingt sehr akzeptabel. War's das denn für die Kollegen?

MvF: Nicht ganz, wir haben auch noch die tarifvertragliche Grundlage für die Beiträge an die Pensionskasse Rundfunk verbessert, eine Praktikantenregelung erreicht, damit keine Tätigkeit von professionellen Filmschaffenden ersetzt wird, die Feiertagszuschläge beim versetzten Dreh klargestellt, sowie, last but not least, die Strukturanpassungen einzelner Stabsgehälter und die Einführung des Kameraschwenkers mit 1.350 € und Gagenerhöhungen erreicht.

[Tarifinfo als PDF](#)

[Tarifergebnis zur Tageshöchstleistungszeit als Präsentation](#)

2. FFA zieht die Reißleine bei der Kinodigitalisierung – FFG wird modifiziert

Das 100er Modell und alle weiteren Solidarpakte der Filmbranche zur flächendeckenden Digitalisierung der Filmtheater sind gescheitert, beschloss das Präsidium der FFA am 17. November. Eine Hiobsbotschaft und ein Befreiungsschlag zugleich, um die jede Entscheidung lähmenden Diskussionen zur Finanzierung der Kinoumrüstung und das Filmförderungsgesetz (FFG) zu beenden, die nach den verfassungsrechtlichen Bedenken des Leipziger Verwaltungsgerichts im Februar begonnen hatten.

Da mindestens 20, nach dem letzten Modell 40 Mio. Euro aus den nach dem FFG gesammelten Geldern für die Digitalisierung genutzt werden sollten, konnte es nur eine Lösung für beide geben. Bis zuletzt rangen die FFA einschließlich Bernd Neumann um eine einvernehmliche Lösung mit der gesamten Filmbranche. Sie schien nahe, scheiterte aber ausgerechnet an einem Teil der Nutznießer der Digitalisierungssubventionen, den im HDF organisierten Multiplexketten und mittelständischen Kinos. Sie wollten bis zum Schluss umfangreiche Änderungen zu ihren Gunsten im FFG durchsetzen. So sollten ihre Abgaben gesenkt, die kleinen Kinos belastet werden. Außerdem wollten sie den Großteil ihrer Einzahlungen für eigene Investitionen wieder zurück haben. Für die Filmförderung, dem eigentlichen Zweck des Gesetzes, wäre nicht viel übrig geblieben. Mit dem nachvollziehbaren Befreiungsschlag der FFA ist aber auch die geplante Unterstützung, Weiterbildung und Umschulung der Filmvorführer in den dann digitalisierten Kinos völlig offen. Ursprünglich war zumindest angedacht, auch sie in die Fördermaßnahmen einzuschließen. Kulturstaatsminister Bernd Neumann wird nun ein modifiziertes FFG einbringen, das den Vorgaben der Richter entspricht, die Fernsehsender zu Zahlungen zu verpflichten. Die Ministerpräsidenten der Länder als auch die Anbieter selbst haben ihr Okay gegeben. Dann wird der Minister das Gesetz nach Leipzig schicken und hofft, dass das Verfahren erledigt ist.

[Link zum Volltext](#)

3. GVL muss sparen – Ausschüttung an Künstler fast halbiert

Das „Weihnachtsgeld“ von der GVL fällt in diesem Jahr spärlicher als erhofft aus. Um die Hälfte musste die Geschäftsführung der Verwertungsgesellschaft die Ausschüttungen für Musiker, Produzenten, Schauspieler und andere Wahrnehmungsberechtigte kürzen. Ein Schritt, der ihr nicht leicht gefallen ist. Sie wurde dazu von der Musikindustrie sowie den Produzenten und Importeuren von technischen Geräten und Speichermedien gezwungen. Die großen Plattenfirmen hatten Mitte 2007 erstmals Ausschüttungen für die bei ihnen unter Vertrag stehenden Künstler gefordert, die nicht in einem EU-Land beheimatet sind und deren Werke auch in Deutschland geschützt seien. Sie sprechen für Künstler wie Madonna oder Michael Jackson, deren cds und dvds weltweit am gleichen Tag erscheinen, spätestens aber innerhalb von 30 Tagen nach der Erstveröffentlichung auch auf den deutschen Markt offiziell zu kaufen sind. Bei den neuen Alben besteht daran wenig Zweifel. Für ältere Aufnahmen der beiden wie für das gesamte Repertoire wird es aber schwer werden, dies überhaupt nachzuprüfen. Die Plattenfirmen berufen sich auf gültige Verträge. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Zweitverwertungsrechte der Künstlern und Herstellern von der GVL wahrgenommen werden, treten zum Beispiel amerikanische Künstler alle Rechte an die Firmen ab.

[Link zum Volltext](#)

4. Hohe Erwartungen nach Koalitionsvereinbarung – mehr Berücksichtigung der Belange der Film- und Fernsehschaffenden

Bernd Neumann bleibt Staatsminister für Kultur und Medien in der Bundesregierung und kann seine Arbeit in der Kultur- und Medienpolitik für weitere vier Jahre fortsetzen. „Eine der wichtigsten Aufgaben wird sein, sicherzustellen, dass trotz der Wirtschaftskrise und der unverzichtbaren Sanierung der Staatsfinanzen die Kultur nicht unter die Räder kommt. Denn die Förderung von Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft. Mein Amt macht mir Spaß, und ich werde weiterhin für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kultur kämpfen!“ betonte der 67jährige.

Im neuen Koalitionsvertrag seien im Bereich Kultur und Medien alle Forderungen der Kulturarbeitsgruppe erfüllt. Zu den Bereichen Medien und Film werden folgende Schwerpunkte gesetzt: die Fortführung der Initiative „Kultur und Kreativwirtschaft“, die weitere Stärkung des Filmstandortes Deutschland durch Fortsetzung des erfolgreichen Filmförderfonds, die schrittweise flächendeckende Digitalisierung der Kinos in Gemeinschaftsaktion von Filmwirtschaft, Bund und Ländern, die Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums, damit Urheber angemessener an der Nutzung beteiligt werden, das Öffnen neuer Finanzierungswege für den deutschen Film unter Einbeziehung der staatlichen KfW-Bank, sowie die Stärkung der Medienkompetenz, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Außerdem soll das nationale Filmerbe dauerhaft gesichert werden.

Der BundesFilmVerband in ver.di (BFV) erwartet von Neumann und der neuen Regierung deutliche Signale zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Filmschaffenden und Einhaltung der Tarifstandards bei geförderten Film- und Fernsehproduktionen. Die bislang erreichten Ergebnisse bei der verkürzten Anwartschaftszeit würden jetzt schon deutlich machen, dass nur ein minimaler Kreis von Filmschaffenden hier einen wirklichen Vorteil von hat. Die Neufassung des Artikels 1, Ziffer 2 im FFG, dass auch die Belange der Beschäftigten in der Filmbranche berücksichtigt werden sollen, muss nun zeigen, ob die Verfasser und handelnden Personen auch gewillt sind, diese Selbstverpflichtung umzusetzen. Hier stehen die Einhaltung sozialer Standards, wie den Tarifregelungen für Film- und Fernsehschaffende und die Stärkung des Urheberrechts im Fokus der Gewerkschaft. „Die Stärkung der Belange der Beschäftigten muss auch bei einer folgenden Neufassung des FFG unterstrichen und erweitert werden“, so der Vorstand des BFV.

[Link zum Volltext](#)

5. Gemeinsam gegen Piraten

Während sich Deutschlands Politiker noch zieren und Forderungen der Filmproduzenten bei einer GVVU-Tagung (Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen e.V) in Berlin nach wirksamen Maßnahmen gegen die Piraterie zu einem Aufschrei der Internet-Gemeinde geführt haben, könnte Hilfe für den Schutz der Rechte von Deutschlands Kreativen auf internationaler Ebene kommen.

Die Verhandlungsführer des geplanten Anti Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) sind sich laut einer Mitteilung aus dem Büro des US-Handelsbeauftragten einig, das umkämpfte Anti-Piraterie-Abkommen "2010 so früh wie möglich" zu verabschieden. Ihr nächstes Treffen haben die Delegierten für Januar 2010 in Mexiko angesetzt. In Folge sollen die Arbeiten an der Vereinbarung zügig abgeschlossen werden, hieß es am 23. November bei heise.de. Im Rahmen des

internationalen Anti-Piraterie-Abkommens ACTA haben die Teilnehmerstaaten Anfang November in Seoul die Etablierung von weit über das deutsche Urheberrecht hinaus reichende Regelungen für die Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen im Internet diskutiert - von Verfahren einer "abgestuften Erwiderung" auf Urheberrechtsverstöße etwa durch illegale Filesharing-Aktivitäten bis hin zu Internetsperren gemäß dem "Three Strikes"-Modell.

[Link zum Volltext](#)

6. Pro7Sat 1 als Pay TV oder mit Zwangsgebühr?

ProSiebenSat.1-Chef Thomas Ebeling entwickelt neue Ideen, um der Werbeflaute zu trotzen und die Lecks in den Kassen des Privatsenders zu stopfen. Nach dem Umzug der Berliner Mitarbeiter nach München, soll nun der Zuschauer zur Kasse gebeten werden und für den Empfang der Sender künftig eine Nutzungsgebühr zahlen. So Ebeling im „Handelsblatt“. Doch so heiß wie es das Blatt aufgemacht hatte, war die Überlegung dann wohl doch nicht. ProSiebenSat.1-Sprecher Julian Geist korrigierte in DWDL.de, wenn Ebeling sage, für die Zukunftsfähigkeit des Konzerns sei es enorm wichtig, dass wir Beziehungen zu den Endkunden aufbauen, etwa über Pay-TV, Video-on-Demand oder andere Geschäftsmodelle, sei das keine Ankündigung von PayTV, da der Konzern bereits seit über drei Jahren mit Sat.1 Comedy und Kabel Eins Classics im PayTV aktiv sei und hier Wachstumsmöglichkeiten vermutet werden.

[Link zum Volltext](#)

7. Regeln für Product Placement in Kraft

Am 30. Oktober unterschrieben die Ministerpräsidenten der Bundesländer den 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der das Product Placements regelt. Als Stichtag für die Platzierungen gilt der 19. Dezember 2009. Alle Produktionen, die nach diesem Datum hergestellt wurden, fallen unter die neue Regelung. Danach soll erlaubt sein, Produkte und Firmen in Fernsehhalten ins Bild zu rücken, wenn die Zuschauer darüber informiert werden und die Platzierung nicht allzu werblich ist. Auch eingekaufte Formate sollen von den Sendern auf Placements untersucht und diese gekennzeichnet werden.

Hierin sehen öffentlich-rechtliche wie private Veranstalter eine unrealistische Zumutung. "In vielen Filmen werden Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs benutzt: Laptops, Autos, Lebensmittel. Wie soll man herausfinden, ob es sich dabei um Product Placements handelt?", sagte ein ARD-Mitarbeiter der "Frankfurter Rundschau".

[Link zum Volltext](#)

8. Meldungen

Stellenausschreibungen Projektmanager/innen connexx.av Köln und Frankfurt

(Hannover, 23. November 2009) Für die Standorte Köln und Frankfurt werden je ein/e Projektmitarbeiter/in gesucht. Die Stelle in Frankfurt soll ab sofort, die Stelle in Köln zum 01.04.2010 besetzt werden. Beide sind vorläufig auf zwei Jahre befristet. Die Projektmitarbeiter/innen unterstehen der Planung innerhalb von connexx.av in Absprache mit den Landesfachbereichsleitungen und sind sowohl disziplinarisch als auch fachlich der Projektleitung zugeordnet. Arbeitsschwerpunkte sind die Betreuung der Medien in Hessen bzw. NRW innerhalb des Fachbereichs 8 von ver.di.

[Link zum Volltext](#)

ver.di-Preis zur DOK Leipzig

(Leipzig, 30. September 2009) Auch beim 52. Internationalen Festival für Dokumentar- und Animationsfilm DOK Leipzig (26.10. bis 01.11.2009) wird der "Preis der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – Fachbereich Medien und Kunst" an einen der zwölf Filme des internationalen Wettbewerbs in der Kategorie Dokumentarfilm vergeben. Neu ist, dass der Preis in diesem Jahr mit 2.500 Euro dotiert werden kann; 1.000 Euro mehr als in den Vorjahren. Mehr noch: ver.di steigt durch ein Sponsoring in Höhe von 1.500 erstmals in die Riege der "Freunde der DOK" auf. Ermöglicht wird dies durch die finanzielle Beteiligung des BundesFilmVerbandes in ver.di. "Damit ist ver.di in den Kreis der Sponsoren eingetreten und wird überall als solcher genannt. Tolle Werbung für uns!", freut sich Juryvorsitzender Jürgen Kauz.

[Link zum Volltext](#)

Großbritannien setzt auf 3-Stufen-Modell gegen Piraten

Nach Vorbild des französischen Hanoi-Gesetzes, mit dem Internetpiraterie bekämpft werden soll, will die britische Regierung vorgehen. Sie will im April ein Gesetz einbringen, das Mitte 2011 verabschiedet werden könnte. Danach wäre auch auf der Insel ein dreistufiges Prozedere denkbar. Wer einmal erwischt wird, bekommt eine freundliche Ermahnung per Mail, Wiederholungstäter erwartet ein böser Brief und wer es dann noch nicht lassen kann, dem kann auf richterliche Anordnung der Internetzugang für ein Jahr gesperrt werden. In Deutschland sind ähnliche Gesetze wohl Träume. So hatte Hans-Joachim Otto, FDP, vor der Wahl erklärt, man könne doch keinen vom Zugang in die digitale Welt ausschließen, schließlich verdienen viele damit ihren Lebensunterhalt. Vertreter der Medienbranche konterten: Bei Berufskraftfahrern frage auch keiner, was für sie der Verlust des Führerscheins nach mehrmaligen Verstößen gegen geltendes Recht bedeute und gesellschaftlich sei dies akzeptiert.

Rückzieher im Kampf gegen Verbreitung von Kinder-Pornografie im Netz lässt Schlimmes ahnen

CDU/CSU und FDP haben sich in ihren Koalitionsvereinbarungen auf höhere Hürden bei Online-Durchsuchungen und über eine Aussetzung der Internetsperren für Kinderpornografie geeinigt.

Im Wahlkampf hatte die FDP gefordert, die Vorratsdatenspeicherung abzuschaffen, mit der die Große Koalition eine EU-Richtlinie umgesetzt, die Provider verpflichtet, die Zugangsdaten von Internetnutzern sechs Monate lang zu speichern und der Polizei zugänglich zu machen. Nach dem Willen der Koalitionäre soll der Zugriff des BKA auf die Daten nun bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beschränkt werden – auf „Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben und Freiheit“.

Kinderpornografische Seiten werden zunächst gelöscht und nicht gesperrt, sagte eine FDP-Sprecherin. Damit erleidet das Bemühen von Familienministerin von der Leyen und Bundeskriminalamt einen Rückschritt, diesen verbrecherischen Müll aus dem Internet zu verbannen.

ZDF 2008 mit Verlust, ARD-Sender mit Sparhaushalten 2010

Das ZDF hat das Haushaltsjahr 2008 operativ mit einem Verlust von 72,1 Millionen Euro abgeschlossen, wie der Mainzer Sender Ende Oktober bekannt gab. Trotz des deutlichen Verlusts lag das ZDF damit sogar 7,8 Millionen Euro über dem Haushaltsplan. Der ZDF-Fernsehrat genehmigte in seiner jüngsten Sitzung den Jahresabschluss. Trotz des deutlich negativen Ergebnisses 2008 schloss das ZDF die vierjährige Gebührenperiode insgesamt dennoch mit einer "schwarzen Null" ab. ZDF-Intendant Schächter zeigte sich zufrieden: "Wir haben in einer Punktlandung unser Ziel erreicht, die Gebührenperiode mit einer 'schwarzen Null' abzuschließen. Trotz drohender geringerer Gebührenerträge wird das ZDF alles in seiner Macht Stehende tun, um dieses finanzielle Gleichgewicht auch in der jetzt laufenden Gebührenperiode zu erreichen." Auch in den ARD-Sendern muss laut Peter Boudgoust gespart werden. Der ARD-Vorsitzende und SWR-Intendant kündigte eine generelle Überprüfung aller Ausgaben an, um den Etat in Einklang mit den Einnahmen zu bringen.

Neue Home-Entertainment-Vertriebswege bei Disney

Disney will die DVD abschaffen. Ein neues Projekt namens "Keychest" bereitet den Einstieg in den Ausstieg aus physikalischen Datenträgern vor. Egal, ob auf der Glotze, dem Computer oder dem Handy, die Zuschauer sollen künftig unabhängig von der Technik ihre Filme sehen können. Der "Key", also der Schlüssel für die Datei, soll auf allen Systemen funktionieren. Ausgerechnet der amerikanische Traditionskonzern setzt somit auf "Cloud Computing". Diese Idee teilt Disney mit einer eher technikverliebten Initiative aus den USA, dem "Digital Entertainment Content Ecosystem". Technisch würde der Konzern damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen ist der DVD-Vertrieb langsam und teuer. Zum anderen wird Speicherplatz auch auf der größten Festplatte irgendwann knapp - die Disney-Filme würden aber in Zukunft gestreamt werden und somit kaum Speicher beim Konsumenten belegen. Die Entwicklung wird getrieben von um ein Viertel gesunkenen DVD-Umsätzen und dem eher lahmen Start der Blu-ray-Scheiben.

ARD-Produktionen gewinnen beim PRIX EUROPA 2009

13 Preisträger freuten auf der Bühne des grossen Sendesaals des RBB über eine der Stiertrophäen und einen Scheck über jeweils 6.000 Euro. Die glücklichen Gewinner hatten sich gegen die harte Konkurrenz von 231 nominierten Produktionen aus 35 Ländern durchgesetzt. Zwei PRIX EUROPA Preise gingen jeweils an Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Weitere Sieger des Wettbewerbs kamen aus Polen, Russland, Belgien, Norwegen, Großbritannien und Irland. Lobende Erwähnungen erhielten Produktionen aus Deutschland (2), Frankreich (2), Großbritannien (2), Niederlande, Belgien, Norwegen, Dänemark und Österreich.

Kurze Filme mit Goldenen Lolas

Am 29. Oktober wurde auf einer Festveranstaltung im Reithaus Ludwigsburg der Deutsche Kurzfilmpreis vergeben. Anlässlich dieser Verleihung erklärte der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann: „Der deutsche Kurzfilm ist nicht nur eine eigene Kunstform, sondern auch ein außerordentlich gutes Experimentierfeld für junge Filmschaffende. Deutsche Kurzfilme werden seit Jahren weltweit für ihre Kreativität geschätzt und prämiert. Man kann von einer Erfolgsserie sprechen: 2005, 2007 und 2008 gewannen Filme von Absolventen deutscher Filmhochschulen Studenten-Oscars. Und in diesem Jahr holte Thomas Freydank darüber hinaus sogar den Kurzfilm-Oscar für ‚Spielzeugland‘. Unser Ziel ist es, den Kurzfilm wieder mehr ins Kino zu bringen. Dafür tut die Bundesregierung einiges. Allein im Bereich der Kinoprogrammpreise zeichnen wir gute Kurzfilmprogramme mit insgesamt 110.000 € aus.

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Hamburg
Olaf Hofmann
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
fon: 040.28056067, fax: 040.25328815
mail: olaf.hofmann@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH
c/o ver.di LBZ Niedersachsen
Wille Bartz
Goseriede 10-12
30159 Hannover



**Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.
Rundfunk,
Film, AV-Produktion und
Neue Medien**

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel. 030-6956 2305
Fax 030-6956 3651
E-Mail mail@connexx-av.de

BFV-Newsletter 12/2009

Sie erhalten heute von connexx.av den zwölften BFV-Newsletter in 2009. connexx.av und der BundesFilmVerband (BFV) in ver.di wollen mit diesem monatlichen Newsletter für bessere Information und Transparenz bei den Beschäftigten der Produktionswirtschaft von Film- und Fernsehen sorgen. Insbesondere sollen hier film- und sozialpolitische Themen aufgegriffen werden. Der BFV bildet das gewerkschaftliche Netzwerk von Film- und Kulturschaffenden sowie allen anderen an der Film- und Fernsehproduktion beteiligten Beschäftigten. Er tritt für Kunstfreiheit und gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als vorrangiges Ziel strebt er eine integrierte Interessenvertretung dieser Filmberufe in der zergliederten Branche gegenüber Sendern, Produzenten und der Politik an:

http://www.connexx-av.de/filmfernsehproduktion_bfv.php

Inhalt

1. [Neuer Tarifvertrag für Film- und Fernsehschaffende – Die wichtigsten Inhalte](#)
2. [Studio Hamburg – connexx.av informiert Behörde zur Kontrolle beim Tatort](#)
3. [Einigung bei Verwertungsrechten und Budgets zwischen Produzenten und ARD](#)
4. [„Vorleser“ Deutsches Kulturgut? – Kritik an Akademiebedingungen](#)
5. [HDF sendet vergeblich versöhnliche Signale](#)
6. [Mitte 2010 wollen Bundesländer neue Gebührenabgabe beschlossen haben](#)
7. [Glanzvoller Abend für den deutschen Film bei der Berlinale 2010](#)
8. [Meldungen](#)
9. [Impressum / Abo](#)

1. Neuer Tarifvertrag für Film- und Fernsehschaffende – Die wichtigsten Inhalte

Der neue Tarifvertrag für auf Produktionsdauer befristet beschäftigte Film und Fernsehschaffende tritt ab Januar 2010 in Kraft. Eine Reihe neuer Regelungen sind in einem neu bearbeiteten Tarifvertrag zusammengefasst. Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die neue Gagentabelle, mit strukturellen Veränderungen bei einzelnen Berufsgruppen und neuen Gagen, sowie die Einführung einer Tageshöchst Arbeitszeit. Diese wird ergänzt um längere Pausenzeiten bei mehr als 12 Stunden Arbeitszeit. Zukünftig müssen Drehpläne berücksichtigen, dass Arbeitszeiten von 13 Stunden nicht überschritten werden. Nur in definierten Ausnahmefällen darf abweichend von dieser Planung und auch nur an einzelnen Tagen länger gearbeitet werden. Und dies muss durch Zuschläge von 100% und eine längere unmittelbare Ruhezeit von 12 Stunden ausgeglichen werden.

Hervorzuhebende weitere Neuerungen sind:

- Zukünftig ist für alle eindeutig klargelegt, dass im Krankheitsfall die **Entgeltfortzahlung bereits ab dem ersten Tag** des Arbeitsvertrages gilt. Auch wenn dies nicht häufig vorkommen wird, ist für diesen Fall die Entgeltfortzahlung tarifvertraglich besser als im Gesetz geregelt, denn gesetzlich würde diese erst nach vier Wochen beginnen. Filmschaffende brauchen mit dieser Tarifregelung jedenfalls keine zusätzliche Krankengeldversicherung für die ersten vier Beschäftigungswochen abzuschließen.
- Gibt der/die Filmschaffende bei Auftragsproduktionen für öffentlich-rechtliche Sender seine Mitgliedschaft in der **Pensionskasse Rundfunk** der Filmproduktionsfirma bekannt, so wird auch der Zusatzbeitrag für diese Altersvorsorge gezahlt.
- Für **Feiertage beim sog. versetzten Dreh** wurde klargelegt: auch wenn ein Feiertag in der Phase 1. bis 5. Produktionstag liegen sollte, wird für diesen sicher ein Zuschlag von 100 % gezahlt. Davon ausgenommen sind nur die Feiertage Hl. 3 Könige, Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt und Allerheiligen.
- Bei Ausgleich der **Zeitkontenguthaben** wurde für den Fall vereinbart, dass der letzte Tag der Beschäftigung ein Freitag ist, dann wird der Arbeitsvertrag noch bis zum folgenden Sonntag vergütungsfrei andauern. Dies schafft zwei weitere Tage für die Anwartschaft bei der Sozialversicherung.
- Die **Mehrarbeit ist von der Produktion zu erfassen** und dem Filmschaffenden auf Wunsch mit der Gagenabrechnung auszuhändigen.

- Für die Beschäftigung von **Praktikanten/Trainees** wurde vereinbart, dass dadurch keine Tätigkeit eines Filmschaffenden ersetzt wird.

Zur neu eingeführten **Tageshöchst Arbeitszeit** von maximal 13 Stunden wurde vereinbart:

- Die Planung und tägliche Dauer der Drehzeit ist so einzurichten, dass für alle Filmschaffenden am Drehtag und Drehort eine tägliche Höchst Arbeitszeit gemäß den folgenden Bestimmungen eingehalten werden kann.
- Die maximale Tagesarbeitszeit beträgt 13 Stunden, es sei denn Ausnahmesituationen rechtfertigen an einzelnen Tagen eine Überschreitung dieser Arbeitszeit mit Zustimmung der Filmschaffenden. Ausnahmen sind:
 1. zeitlich aufgrund Drittentscheidung,
 2. eingeschränkte Motivverfügbarkeit,
 3. erheblich erhöhter organisatorischer Aufwand bei Massenszenen, zum Beispiel in historischen Kostümfilmen, oder in vergleichbaren außergewöhnlichen Fällen,
 4. höhere Gewalt oder
 5. nicht planbare Ereignisse, die außerhalb des Verantwortungsbereichs des Produzenten verursacht wurden.
- Bei Überschreitung von 13 Stunden täglicher Arbeitszeit verlängert sich die direkt anschließende gesetzliche Mindest-Ruhezeit von 11 Stunden auf tarifvertraglich 12 Stunden.
- Bei verlängerten Arbeitszeiten muss nach der 9. Arbeitsstunde eine weitere Pause gewährt und Gelegenheit zur Einnahme einer Mahlzeit gegeben werden; sie muss mindestens 15 Minuten betragen. Bei Überschreitung von 12 Stunden Arbeitszeit ist eine weitere Pause von 15 Minuten zu gewähren; dabei sollen die Pausenzeiten möglichst zusammenhängend gewährt werden.
- Tägliche Mehrarbeit: Fallen an einem Tag – sofern gesetzlich zulässig – mehr als 12 Stunden Arbeitszeit an, so beträgt der Mehrarbeitszuschlag für die 13. Stunde 50 %, für jede weitere 100 %.

Diese Regelungen sind mit dem Koordinator der Landesarbeitschutzbehörden abgestimmt, damit die Rechtssicherheit und die Kontrolle durch die Behörde dieser neuen Tageshöchst Arbeitszeit ab dem neuen Jahr gewährleistet werden kann. Alle Filmschaffenden sind aufgefordert, Verstöße gegen die 13 Stunden Höchst Arbeitszeit mitzuteilen und sich mit der Gewerkschaft in Verbindung zu setzen. *„Wir werden unsererseits mit den Kollegen von connexx.av die in Berlin durchgeführten Setbesuche zur Durchsetzung der Tarifbestimmungen fortsetzen und an den Standorten München, Hamburg und Köln ausbauen. Um mit noch mehr Rückhalt in der Branche auftreten zu können, müssen wir uns noch besser organisieren. Darum rufen wir allen Filmschaffenden-Kollegen zu, sich gewerkschaftlich im BundesFilmVerband in ver.di BFV zu organisieren und damit die Tarifarbeit sowie die Lobbyarbeit zur Verbesserung der sozialen Rahmenbedingung gegenüber der Regierung zu stärken“*, so der Vorstand des BFV.

[Link zum Volltext](#)

2. Studio Hamburg – connexx.av informiert Behörde zur Kontrolle beim Tatort

Am 25.11.2009 staunten die Verantwortlichen der Tatortproduktion „Seitenwechsel“ nicht schlecht. Pünktlich zu Drehbeginn um 11.00 Uhr standen zwei Mitarbeiter des Amtes für Arbeitsschutz am Set in der City Nord. Mehrere Filmschaffende hatten aufgrund längerer Arbeitszeiten in den zurückliegenden 16 Drehtagen den BundesFilmVerband in ver.di BFV und connexx.av informiert, die ihrerseits sofort die Arbeitsschutzbehörde informierten.

[Link zum Volltext](#)

3. Einigung bei Verwertungsrechten und Budgets zwischen Produzenten und ARD

Es waren kurze Wege, die der Ex-Stuttgarter Christoph Palmer, Vorsitzender der Allianz Deutscher Produzenten- Film und Fernsehen, und der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust, im Haupterwerb Intendant des SWR, zumindest örtlich zurückzulegen hatten. Am 2. Dezember einigten sie sich auf neue Eckpunkte bei der Vergütung von fiktionalen Programmen, mit denen die Ära des totalen Rechte-Buy-Outs für fiktionale Programme endet.

[Link zum Volltext](#)

4. „Vorleser“ Deutsches Kulturgut? – Kritik an Akademiebedingungen

Der deutsche Film boomt wie lange nicht. Auf 30% und mehr stieg der Marktanteil der Filme made in Germany in diesem Jahr an der Kinokasse. Was allen ein Lachen aufs Gesicht zaubert. Kinos, Produzenten, Kreativen und der Politik. Film-Minister Bernd Neumann freute sich nicht zuletzt bei der Verleihung der Deutschen Filmpreise im April über die Akzeptanz des einheimischen Kinos. Doch ausgerechnet bei den Auszeichnungen mit den Lolas wird auch 2010 ein Großteil jener Titel fehlen, die für klingende Kassen sorgen.

[Link zum Volltext](#)

5. HDF sendet vergeblich versöhnliche Signale

Das Präsidium der FFA blieb am 3. Dezember hart. Es bleibt beim Aus für die gemeinsam von der Filmbranche entwickelten Modelle der flächendeckenden Digitalisierung der Kinos. Hoffnungen auf eine Renaissance des Modells hatte sich der Hauptverband Deutscher Filmtheater gemacht, der die Branche in den vergangenen Monaten mit immer neuen Forderungen nach finanzieller Unterstützung und Zugeständnissen bei der Neufassung des Filmförderungsgesetzes vor sich her getrieben hatte. Und dabei offenbar den Absprung verpasst hat, die ausgestreckte Hand zu ergreifen.

[Link zum Volltext](#)

6. Mitte 2010 wollen Bundesländer neue Gebührenabgabe beschlossen haben

Seit Jahren machen sich die Länderchefs ja Gedanken, wie das Modell reformiert werden kann, das bisher an ein Empfangsgerät gekoppelt ist. Das war lange der Fernseher, seit 2007 darf es rechtlich auch der PC sein, da die Sender ihre Präsenz im Netz kräftig ausbauen und die Technik beider Medien kompatibler wird.

[Link zum Volltext](#)

7. Glanzvoller Abend für den deutschen Film bei der Berlinale 2010

Im Jahr seines 120. Geburtstages kehrt Fritz Langs „Metropolis“ in der Originalfassung von 1927 bei den 60. Internationalen Filmfestspielen Berlin 2010 auf die große Kinoleinwand zurück. In einer Galavorstellung am 12. Februar 2010 im Friedrichstadtpalast wird die von der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung restaurierte Fassung des Stummfilmklassikers, 83 Jahre nach seiner Uraufführung, endlich wieder in einer nahezu vollständigen Fassung zu sehen sein.

[Link zum Volltext](#)

8. Meldungen

Neumann drängt auf weiter reichende Regelungen beim ALG I für Filmschaffende

Der Film liegt ihm immer noch am Herzen, doch die Geduld von Bernd Neumann ist erschöpft. Und auch die Abgeordneten des Kulturausschusses sind des Themas Filmförderungsgesetz leid. Und so blieb es dabei, dass Neumann nochmals den Zeitplan für eine kleine Novellierung des Gesetzes nach den Vorgaben des Urteils des Leipziger Verwaltungsgerichts vom 25. Februar am 2. Dezember vor den Abgeordneten umriss. Im Dezember erfolgt die Abstimmung über das Gesetz mit den Ressorts, insbesondere dem Justizministerium. Im Januar wird der Entwurf eingebracht. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause soll das novellierte Gesetz das Parlament passiert haben.

Außerdem versicherte Neumann, dass er die unabhängigen Filmtheater bei der Digitalisierung ihrer Häuser finanziell nicht im Regen stehen lassen wird. Auch den DFFF will er über 2012 verlängern – er soll wohl zum Dauerinstrument werden. Das müsse aber bei Wolfgang Schäuble durchgesetzt werden. Überhaupt nicht erwähnt wurden dagegen die Filmarchive und die Sicherung des audiovisuellen Erbes. Es ist zu befürchten, dass der Vorstoß der Archive zur Sicherung des schriftlichen Archivguts in den Vordergrund der Bemühungen rückt und alle finanziellen Mittel binden wird. Neumann will jeden Angriff auf die Künstlersozialkasse abwehren. Er betonte auch nochmals, dass er sich weiter reichende Regelungen beim Arbeitslosengeld für Filmschaffende erhofft habe. Er wisse schon jetzt, dass die gefundenen Lösungen nicht ausreichen.

Pressefreiheit kontra CDU

Bernd Neumann, bekennen sie sich zu Ihrer Verantwortung bei der Abwahl von Nikolaus Brender als ZDF-Chefredakteur. Für diese Aufforderung erhielt der scharfzüngige Kabarettist Georg Schramm tosenden Beifall im Rahmen des Empfangs zum 25jährigen Jubiläum von 3sat. Und er legte gleich nach und forderte Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit auf, die Grünen bei ihrer angestrebten Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht zu unterstützen. Die Sozialdemokraten können sich aber nicht recht entscheiden, ob sie Grünen und Linken folgen. Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland Pfalz, setzt eher auf eine Reform der Staatsverträge, bei der der Einfluss der Politik in den Gremien zurückgedrängt werden soll. Der DGB und ver.di fordern eine parteiübergreifende Initiative aus der Mitte des Bundestages heraus, mit dem Ziel, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. In Karlsruhe muss grundsätzlich geklärt werden, inwieweit sich die Politik in journalistische Entscheidungen eines öffentlich-rechtlichen Senders einmischen darf.

"Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind jetzt gefordert, auf die Einhaltung des Grundgesetzes zu dringen und Normenkontrollklage in Karlsruhe zu erheben", betonen Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, und Frank Werneke, Stellvertretender Vorsitzender von ver.di.

Europäischer Filmpreis nach Österreich

„Das Weiße Band“ des österreichischen Regisseurs Michael Haneke dominierte zum 20. Jubiläum der Europäischen Filmpreise, die am 12. Dezember in Bochum vergeben wurden. Die österreichisch-italienisch-französisch-deutsche Koproduktion, produziert von Stefan Arndt, Veit Heiduschka, Michael Katz, Margaret Menegoz und Andrea Occhipinti gewann in den Kategorien Bester Film, bestes Drehbuch und Regie. „Slumdog Millionaire“ ging völlig, die deutsch-britische Koproduktion „Der Vorleser“ weitgehend leer aus – was einmal mehr die Zahl der deutschen Filmszene in der Mitgliederliste der Europäischen Filmakademie widerspiegelt. Das Publikum wählte dagegen die fulminante „Wer wird Millionär“-Geschichte aus Indien. Anthony Dod Mantle wurde für Lars von Triers dänisch-deutsche Koproduktion „Antichrist“ und Danny Boyles Oscar-Gewinner „Slumdog Millionaire“ zum besten Kameramann gekürt.

Deutsche Filme haben gute Chancen bei den Golden Globes

Studio Babelsberg kann sich über eine Nominierung von „Inglorious Basterds“ als bester Film, für Regisseur und Autor Quentin Tarantino sowie Christopf Waltz als bester Nebendarsteller, freuen. Der Film wurde komplett in Deutschland gedreht. Helen Mirren und Christopher Plummer wurden als beste Darsteller in „Ein russischer Sommer“ von Michael Hoffman nominiert. Das Drama um das letzte Lebensjahr von Lew Tolstoi wurde komplett von Egoi Tossell Film in Deutschland finanziert und vor allem in Brandenburg und Sachsen-Anhalt gedreht. Auch „Das weiße Band“ des österreichischen Regisseur Michael Haneke kann sich Hoffnungen in der Kategorie bester fremdsprachiger Film machen. Die deutsch-österreichisch-italienisch-französische Koproduktion inszenierte er komplett im Norden von Brandenburg. Alle Filme wurden vom DFFF, dem Medienboard Berlin-Brandenburg, der MDM und anderen Förderinstitutionen unterstützt.

<http://www.goldenglobes.org/news/id/159>

Innovationspreise des BKM 2010

Die Münchner Firma ScanlineVFX und ihr Projekt „Flowline“, einem Simulations-Programm, das die digitale Bilderzeugung fluiddynamischer Systeme wie Wasser, Rauch, Dampf und Feuer erlaubt, sowie das von einer Gruppe junger Informatiker und Mediendesigner entwickelte Projekt „moviac.de – Deine Wunschfilme im Kino“, wurden am 8. Dezember in der Berliner Kinemathek von Bernd Neumann mit dem Innovationspreis 2009 geehrt. Durch die neue Software, die erstmals die Simulation naturgewaltiger Schlüsselszenen ermöglicht, werden neue Bereiche für die digitalen Trick- und Effektechniken erschlossen, die mit den analogen Mitteln des Modelltrick bislang kaum realisierbar waren. Dabei eröffnet das Programm durch die Anwendung kleinerer Computer vergleichsweise nutzungsfreundliche und kostengünstige Filmproduktionen. Da kam selbst Roland Emmerich, der als interessierter Gast zugegen war, ins Staunen.

Deutsche Filmkritiker ehren Ron Holloway

„Filmkritiker, Kritiker überhaupt können ja oft ihre Schwäche nicht verbergen, die darin besteht, dass sie ihre Kritik mehr lieben als das, was sie kritisieren und worüber sie schreiben. Ron Holloway hat diese Schwäche nicht. Was er schreibt, hat nur ein Ziel: einem den Film und seine Akteure näher zu bringen. Er gehört zu den Filmkritikern, für den die eigene Kritik nicht das Wichtigste ist. Seine Position ist von Anfang an klar. Sie ist auf der Seite der Filme und derer, die sie machen. Das ist seine Dienstleistung, die zugleich sein höchstes Vergnügen sei,“ sagte Volker Hassemer, Kultursenator a.D. Berlins, in seiner Laudatio aus Anlass der Auszeichnung des amerikanischen Filmkritikers mit dem Preis für das Lebenswerk durch den Verband der Deutschen Filmkritik.

Der Preis wurde am 9. Dezember im Rahmen des Branchentreffs des Medienboards Berlin-Brandenburg an Dorothea

Holloway überreicht. Ihr Mann konnte die Auszeichnung auf Grund eines langwierigen Krankenhausaufenthalts nicht selbst in Empfang nehmen.

ARD will jünger werden

Intendanten haben es nicht leicht, vor allem, wenn sie über das, was Journalisten und deren Publikum interessiert nicht reden wollen. Und so war interessanter, was nicht gesagt wurde als das, was Peter Boudgoust, ARD-Vorsitzender, nach der zweitägigen Tagung der ARD-Intendanten am 30. November und 1. Dezember in Berlin zu berichten hatte. Da lehnte sich zum Beispiel Programmdirektor Volker Herres zufrieden zurück, 12,7% Marktanteil für die ARD, mit den Dritten zusammen ein Viertel der Zuschauer, damit ist er zufrieden. Ihn freut der Dienstag, die Quoten am Mittwoch und am Degeto-Abend am Freitag, womit da wohl keine Veränderung zu erwarten ist. Und den Montag, den leiste man sich für anspruchsvolle Reportagen. Das Erste will jünger werden, vom Durchschnittsalter der Zuschauer von 61 auf unter 60. Zum Beispiel mit Harry Potter im Weihnachtsprogramm. Behutsam wolle man das Erste und die Schwestern im Dritten verjüngen, das Publikum im mittleren Alter auf den digitalen Kanälen zurückgewinnen und die Jugend im Netz treffen, wenn die 3-Stufentests endlich durch sind. Sparen muss das Erste auch, 15% in den kommenden Jahren. Nicht am Programm, sondern durch Synergien, etwa durch gemeinsame Ausschreibungen bei der Erneuerung der technischen Infrastruktur. Bei Sportgroßveranstaltungen solle geguckt werden, dass Synergien ausgebaut werden. Es braucht ja nicht jede Anstalt eigene Reporter.

Gute Wünsche des connexx.av Teams

Wir wünschen sorglose Feiertage, einen guten Rutsch in das Jahr 2010, das wegen der gleichnamigen Agenda keinen seltsamen Beigeschmack haben sollte, weniger Stress und einige Stunden Zeit für Dinge, die Ihnen persönlich wichtig sind.

Eine Weihnachtsgeschichte: Neulich auf dem Infoabend der Rentier-Bundesvereinigung

Vor einiger Zeit kamen die Weihnachtsmänner und vereinbarten mit den Rentieren einen neuen Tarifvertrag. Wie das üblich und notwendig ist, um miteinander verbindlich gut arbeiten zu können. Da es aber unterschiedliche Rentiere gibt, die unterschiedliche Meinungen zum Tarifvertrag haben, entbrannten auf einer Infoveranstaltung der Rentiere eine große Diskussionen.

Einige Rentiere fanden das alles nicht besonders gut, im Gegenteil, sie fanden, da gäbe es ganz böse Verschlechterungen, die man hätte nicht hinnehmen sollen.

Die anderen Rentiere waren froh, dass es jetzt neuerdings sofortige Heufortzahlung gibt, wenn man krank wird. Ja, und außerdem gibt es für unterschiedliche neue Tätigkeitsfelder, wie Schlitten ziehen, Geschenke auswerfen, Sternchen streuen oder Schnee fegen endlich richtige Regelungen.

Einige Rentiere staunten, das hatten sie auch gelesen, aber vielleicht nicht so wichtig genommen?

Die anderen Rentiere waren aber begeistert darüber, dass der Einsatz von Praktikanten-Elchen oder Aushilfs-Hirschen nicht einfach die Tätigkeit eines echten Rentieres ersetzen kann.

Einige Rentiere bekamen plötzlich leuchtende Augen. Das ist doch klasse!

Ja, sagten die anderen Rentiere und dann bekommen wir noch zusätzlich Heu in eine Pensionskasse einbezahlt, bei den Schlittenfahrten, die öffentlich-rechtlich sind.

Einige Rentiere waren wütend, dass vor allem die Arbeitszeit ja plötzlich soooo lang sei, da können wir ja manche Tage nicht rechtzeitig in den Stall und vorher noch unser Heu besorgen. Da soll man ja jetzt rund um die Uhr am Schlitten hängen, das war vorher viel besser.

Alle anderen Rentiere fanden das nicht. Wir mussten schon immer viel länger arbeiten, das ist doch nix neues. Wenn jetzt außergewöhnlich viele Geschenk-Pakete ausgeliefert werden müssen, dann bekommen wir aber Zuschläge. Und das nicht nur, weil jemand wieder versäumt hat, alles rechtzeitig zu packen. Länger müssen wir nur noch in ganz wenigen Fällen, die man nachlesen kann. Und der Weihnachtsmann muß vor allem richtig Buch führen, wie lange wir den Schlitten gezogen haben. Dann bekommen wir extra freie Zeit zum äsen. Und mehr Zeit zum wiederkäuen und schlafen.

Daraufhin guckten auch die Rentiere, die vorher so skeptisch waren, sehr interessiert und freudig, und fanden, jetzt muss sich aber die ganze Herde der Rentiere dafür einsetzen, dass das für alle gilt und dass alle sich dran halten. Und so konnten alle Rentiere zufrieden ihre gewohnt gute Arbeit leisten und dann gemeinsam fröhlich Weihnachten

feiern! Nur ein einzelnes Rentier verzog sich schmollend in die Weiten der Taiga und murmelte etwas von Betrug.

9. Anmeldung/Impressum

Erscheinungsdatum: Der BFV-Newsletter erscheint immer am vierten Donnerstag im Monat. Wenn Sie den BFV-Newsletter kostenlos erhalten wollen, melden Sie sich bitte persönlich an unter http://www.connexx-av.de/newsletter_bfv.php.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik erreichen Sie uns unter:

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Hamburg

Olaf Hofmann

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

fon: 040.28056067, fax: 040.25328815

mail: olaf.hofmann@connexx-av.de

Redaktion: Olaf Hofmann

Impressum und V.i.S.d.P.

Dieser Newsletter wird von Wille Bartz, Geschäftsführer connexx.av GmbH, dem Projekt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, monatlich herausgegeben.

connexx.av GmbH

c/o ver.di LBZ Niedersachsen

Wille Bartz

Goseriede 10-12

30159 Hannover